



## „Das Braun der Erde“. Die Träger der Haidinger-Medaille der Geologischen Bundesanstalt und der Nationalsozialismus

GUNNAR MERTZ\*

31 Abbildungen, 2 Tabellen

*Zeitgeschichte  
Geologische Bundesanstalt  
Nationalsozialismus  
Geschichtspolitik  
Haidinger-Medaille*

### Inhalt

Zusammenfassung	359
Abstract	360
Das „Ehrregime“ der Haidinger-Medaille	360
Problem- und Fragestellungen	360
Die Medaille von 1856	361
Die Neuprägung nach dem Zweiten Weltkrieg	362
Das „Ehrregime“ der GBA 1951–1985	363
Junktimierung der Ehre: Die Haidinger-Medaille und das Denkmal für Eduard Suess	365
Medaille und Preisträger als Konfliktfelder	366
Untersuchungssample und Methodik	367
Clar, Eberhard Dietrich	368
Friedrich, Othmar Michael	371
Horninger, Georg	376
Janoschek, Robert	378
Kieslinger, Alois	379
Müller, Leopold	385
Petrascheck, Wilhelm Josef	387
Schadler, Josef	389
Stiny, Josef	393
Stowasser, Hermann	397
Thurner, Andreas	398
Zusammenfassung	400
Dank	402
Quellenverzeichnis	402
Archivbestände	402
Zeitungen	402
Gedruckte Quellen und Websites	402
Anhang	408

### Zusammenfassung

Diese Studie untersucht die Geschichtspolitik der Geologischen Bundesanstalt. Die Haidinger-Medaille ist die höchste Auszeichnung der Anstalt. Sie wurde 1856 erstmals geprägt und nach der Wiedereinführung 1951 an 18 Geologen vergeben. Das Untersuchungssample der Studie sind die relevanten Geburtsjahrgänge der späteren Preisträger für die Zeit des Nationalsozialismus. Elf Personen wurden biografisch in Hinblick auf ihre nationalsozialistische Betätigung und fachliche Tätigkeit während der NS-Zeit untersucht: Der Anteil an Nationalsozialisten unter den späteren Preisträgern war hoch. Acht dieser Personen wurden Mitglieder der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Sieben Personen wurden als sogenannte illegale Nationalsozialisten anerkannt, weil sie schon vor dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich 1938 einen Beitrag für die Ziele des nationalsozialistischen Deutschlands geleistet hatten. Ein späterer Preisträger wurde aus der

\* GUNNAR MERTZ: Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, Spitalgasse 2–4 (Campus AAKH), Hof 1.13, 1090 Wien. [gunnar.mertz@univie.ac.at](mailto:gunnar.mertz@univie.ac.at)

NSDAP wieder ausgeschlossen. Das Spektrum der Betätigung für die Ziele der NS-Diktatur war breit gestreut. So waren etwa drei Preisträger in der Errichtung und Weiterführung des Konzentrationslagers Mauthausen oder seiner Außenlager involviert. Zumindest ein Preisträger blieb auch nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus seinen ideologischen Überzeugungen treu und rechtsextreme Positionen flossen in seine fachliche Arbeit ein.

### “The Brown of the Earth”.

#### The Recipients of the Haidinger Medals of the Geological Survey of Austria and the National Socialist Era

##### Abstract

This study analyses the politics of history of the Geological Survey of Austria. The Haidinger medal is the highest award granted by the Survey. First minted in 1856, 18 geologists have received it since the medals reintroduction in 1951. This study sample looks at those recipients born in relevant years so as to have been active during the National Socialist period. The biographies of eleven recipients were examined specifically concerning their political and professional activities as they related to National Socialism. The percentage of National Socialist party members among post war recipients was high. Eight of these recipients became members of the National Socialist German Workers' Party either before or after Germany's annexation of Austria. Seven were recognized as so-called illegal National Socialists because they contributed to the goals of National Socialism even before its rise to power in Austria. One was later expelled from the Party. Individually, the later recipients engaged in a wide variety of activities in support of the Nazi regime, such as the construction or maintenance of the Mauthausen concentration camp and its subcamps. At least one of the recipients remained faithful to Nazi ideology after the collapse of the regime and incorporated far-right positions into his scientific work.

### Das „Ehrregime“ der Haidinger-Medaille

#### Problem- und Fragestellungen

*„Ich weiß nicht, war es das Braun der Erde, das die Geologen mehr oder weniger alle nahe dem unsolideren der NSDAP gebracht hatte, oder was sonst, Hauptsache wird wohl sein, dass die Geologie nie zu jenen einfluss- und ertragreichen, dabei vergleichsweise bequemen Berufen zählte, die der Tummelplatz von Juden, Couleurbrüdern, politischen und sonstigen Fanatikern waren, und dass im Zeichen des Hammers (ohne Sichel) solche Opportunistennaturen daher immer schon sehr rar waren, sofern es überhaupt welche gab. Kurz: weit und breit war in Österreich kein Geologe in Sicht, hinter den sich jene Protektoren hätten stellen können, fast alle waren sie mehr oder weniger ‚belastet‘, die ganz wenigen Ausnahmen schon geborgen.“*

RAIMUND KLEBELSBERG (1953: 259)

Der „freiheitlich großdeutsche“ Professor der Geologie, Raimund Klebelsberg (1886–1967), galt in der Verbotszeit der NSDAP ab 1933 als Kollaborateur des Netzwerkes nationalsozialistischer Dozenten der Universität Innsbruck (GOLLER, 2017: 371). Nach dem „Anschluss“ trat er der NSDAP bei und war von 1942 bis 1945 Rektor der Universität Innsbruck. In dieser Funktion verfügte er am Tag der Hinrichtung des Widerstandskämpfers Christoph Probst (1919–1943), dem 22. Februar 1943, dessen Ausschluss von der Hochschule. 1946 wurde Klebelsberg von seinen Ämtern enthoben. Dem führenden Innsbrucker Universitätsfunktionär der letzten Jahre der NS-Zeit gelang es „mithilfe alter Seilschaften, in deren Rahmen man sich gegenseitig politische Unbedenklichkeit zusicherte, rasch in seine Professur zurückzukehren“ (ebd. 392–393), Klebelsberg blieb auch nach 1945 ein Antisemit. In dem eingangs angeführten Zitat aus dem Jahr 1953 beschrieb Klebelsberg die Lage der institutionalisierten Geologie in Österreich nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur. Er stellte die Frage, warum viele Geologen „braun“ und Mitglieder der NSDAP geworden seien. Dabei brachte er seine Abneigung gegenüber Mitgliedern von Studentenverbindungen und Menschen jüdischer Herkunft zum Ausdruck.

Der österreichische Nachkriegsantisemitismus wurde in den 1980er Jahren von einem interdisziplinären Team um die Linguistin Ruth Wodak untersucht (WODAK et al., 1990). Das Forschungsteam sah Judenfeindlichkeit nach 1945 in einem Rechtfertigungsdiskurs eingebettet. Im Nachkriegsösterreich, so die These, habe man nicht mehr öffentlich antisemitisch sein können; im Gegenteil, man habe stets beteuern müssen, es niemals gewesen und von diesem Vorurteil frei zu sein. In bestimmten Kontexten werde aber ein Sündenbock gesucht oder gebraucht und dann müsse „der Jud“ herhalten (ebd. 26–27). In diesem Rahmen des Sagbaren brachte Klebelsberg bei seiner Rechtfertigung und Suche nach einem Sündenbock seine Judenfeindschaft überraschend deutlich zum Ausdruck. Während er sich mit „Couleurbrüdern“ auf freiwillige Mitglieder von Verbindungen bezieht, erhält sein Zitat mit dem Bezug auf „Juden“ eine rassistische Dimension. Mit einer Opfer-Täter-Umkehr schob Klebelsberg Menschen jüdischer Herkunft die Verantwortung dafür zu, dass in der Geologie „mehr oder weniger alle“ Nazis geworden wären. Sie seien zu opportunistisch für die Geologie. Da sie nach Klebelsberg nur in einflussreichen und bequemen Berufen tätig gewesen seien, bedient er das antisemitische Vorurteil von den einflussreichen, geschäftstüchtigen, reichen, geldgierigen und intelligenten Jüdinnen und Juden (ebd. 26–27).

Mit der hypothetischen Frage, ob die Farbe der Erde für die offenbar hohe Zahl von NS-Angehörigen in der Geologie verantwortlich sei, zieht Klebelsberg zynisch seine eigene Rolle in der NS-Zeit ins Lächerliche. Denn zweifelsohne war das „Braun der Erde“ nicht dafür verantwortlich, dass Klebelsberg im März 1938 seine Freude über den „Anschluss“ ausdrückte: „Jubel ohne Ende, Sieg Heil!“ (GELLER, 1988: 103). Das „Braun der Erde“ spielte auch keine Rolle, als Klebelsberg im Mai 1938 in Innsbruck seine Unterschrift auf einen Personal-Fragebogen zur Ausstellung einer vorläufigen NSDAP-Mitgliedskarte setzte (Personal-Fragebogen, 17.05.1938, Bundesarchiv Berlin, in Folge: BArch, R 9361-II/523175). Zudem negierte Klebelsberg das Wirken von Jüdinnen und Juden in der Geologie sowie ihre Ausgrenzung und Verfolgung in der NS-Zeit. So hatte der Begründer der modernen Geologie, Eduard Suess (1831–1914), einen jüdischen Hintergrund. Suess' Werk „Das Antlitz der Erde“ wird heute als eines der bedeutendsten Bücher in der Geschichte dieser Wissenschafts-

disziplin gehandelt (ŞENGÖR, 2015) und sein Wirken als Revolution der methodischen Sichtweise in den Geowissenschaften erachtet (GASCHE, 2014). Die herausragenden Leistungen in den Geowissenschaften der festen Erde von Menschen jüdischen Glaubens oder jüdischer Herkunft haben HOPPE & HOPPE (2018) für den deutschsprachigen Raum zuletzt hervorgehoben. Rohstoffe waren ein sehr wichtiges Thema für die Machthaber, ebenso wie Wehrgeologie bzw. Militärgeologie. Damit waren die Rahmenbedingungen für jene günstig, die das politische System unterstützten oder sich anpassten. Insbesondere während der Zeit des Nationalsozialismus wurden viele Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler wegen eines Bezugs zum Judentum verfolgt und der deutsche Sprachraum hat zahlreiche begabte Kolleginnen und Kollegen verloren. Andere Länder hätten glücklicherweise Überlebende gewinnen können (HOPPE & HOPPE, 2018: 92).

Kleblsbergs zynische Lagebeschreibung der institutionalisierten Geologie in den 1950er Jahren bietet für die Problemstellung der vorliegenden Studie eine Innenansicht eines Angehörigen der geowissenschaftlichen Community. Nach Kleblsbergs Beschreibung sollen „mehr oder weniger alle“ Mitglied einer Partei geworden sein, in die, nach dem Leiter des NSDAP-Mitgliedschaftamtes, ANTON LINGG (1939: 163), aber nicht mehr als 10 Prozent der Bevölkerung aufgenommen werden sollte. Nach 1945 waren die geologischen Organisationen mit dem Problem zahlreicher NS-Belastungen ihres Personals konfrontiert. Kleblsbergs Beschreibung bietet zudem eine Außenansicht auf die hier thematisierten Preisträger der Haidinger-Medaille. Die Medaille ist die höchste Auszeichnung der Geologischen Bundesanstalt. Sie ist nach dem Wegbereiter der Geowissenschaften in Österreich, Wilhelm Ritter von Haidinger (1795–1871), benannt, der ab 1849 der erste Direktor der k. k. Geologischen Reichsanstalt war (CERNAJSEK, 1996; BACHL-HOFMANN, 1999; LEUTNER, 1999; KADLETZ & HEINDL, 2000). Kleblsberg gehört nicht zu dem Kreis der mit dieser Medaille ausgezeichneten Personen, wurde jedoch selbst auch nach 1945 vielfach geehrt. Das einleitende Zitat schneidet das Problemfeld der vorliegenden Studie an. In Österreich konnten Personen geehrt werden, die in der NS-Diktatur wichtige Funktionen innehatten. Sie konnten selbst dann geehrt werden, wenn sie noch nach 1945 antisemitisch agitierten. Bei dieser Problemstellung ergeben sich für die vorliegende Studie folgende zentrale Fragen:

- Inwieweit waren Preisträger der Haidinger-Medaille der Geologischen Bundesanstalt (GBA) durch Mitgliedschaften in NS-Organisationen oder anderweitiges Engagement aktiv an der Errichtung oder Aufrechterhaltung des NS-Regimes involviert?
- Erfolgte das Engagement nach dem „Anschluss“ 1938 oder bereits in der „illegalen“ Phase der NSDAP in Österreich ab 1933?
- Mit welchen fachlichen oder anderweitigen Praktiken oder Aktivitäten haben die einzelnen Preisträger regimekonform gehandelt oder das NS-Regime gestützt?
- In welcher Quantität war NS-Engagement unter den späteren Preisträgern verbreitet?
- Was waren die Strategien der Rechtfertigung im Zuge der Entnazifizierung nach der Befreiung vom Nationalsozialismus?

- Haben sie sich in der Nachkriegszeit zu ihrer NS-Vergangenheit bekannt, diese heruntergespielt oder sogar verschwiegen?
- Welche weiteren demokratie- und menschenfeindlichen Einstellungen und Handlungen, auch nach dem Ende der NS-Diktatur, sind über die Preisträger bekannt?
- Wurden Preisträger der Haidinger-Medaille vom NS-Regime unterdrückt oder verfolgt?

Die vorliegende Studie schließt mit der Untersuchung der Preisträger wissenschaftlicher Ehrungen an einen Forschungsbereich an, der mit zunehmendem historischen Bewusstsein auch in Österreich an Aktualität gewinnt (zuletzt: PINWINKLER & KOLL, 2019). Als der Mineraloge und Wissenschaftshistoriker MARTIN GUNTAU (2002) einige Aspekte der Geologie in der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland mit Berücksichtigung politischer Aspekte untersuchte, wirkte die Begründung seiner Forschung noch wie eine Rechtfertigung und wie eine Aufforderung, endlich auch die Wissenschaftsgeschichte der Geologie in der NS-Zeit zu untersuchen:

*„Die Ereignisse der Verfolgung von Geowissenschaftlern, die Versuche des Einbringens von rassistischen Gesichtspunkten in die Erkenntnis der Erde und vor allem auch die Indienstellung der Geologie in die aggressive Politik der nationalsozialistischen Machthaber mit ihren fürchterlichen Folgen für viele Völker rechtfertigen unseres Erachtens eine solche Sichtweise. Die in den Jahren von 1933 bis 1945 durch den deutschen Faschismus angerichteten Schäden in bis dahin nicht gekannten Dimensionen überdecken die in diesen 12 Jahren durch deutsche Geowissenschaftler zweifelsfrei erbrachten Leistungen zur Erkenntnis der Erde. Diese Zusammenhänge können nicht übersehen werden und rechtfertigen auch eine entsprechende Sicht in die Geschichte, wie sie auch von Historikern der Physik, Mathematik, Geographie und anderen Disziplinen seit Jahren praktiziert wird“* (GUNTAU, 2002: 145).

Mittlerweile liegen zur Wissenschaftsgeschichte der Geologie der NS-Zeit einige Studien vor, wobei für Österreich die Arbeit von PETER DANNER (2015) hervorsteicht. Andreas und Dorothee Hoppe bemängelten 2018, dass „eine gründliche Erforschung der Einbindung unserer Fachdisziplin(en) in die Interessen des Nationalsozialismus und ihre möglichen Folgen noch aussteht“ (HOPPE & HOPPE, 2018: 92; vgl. auch KÖLBL-EBERT, 2017: 63). Die vorliegende Studie liefert einen kleinen Baustein zur Wissenschaftsgeschichte der Geologie. Zunächst wird die Medaille im Kontext von „Ehregimen“ diskutiert. In Folge wird auf die Bildung des Samples und die Methodik der Untersuchung eingegangen. Den Kern der Studie bildet die qualitative biografische Analyse zu den einzelnen Preisträgern. Die Ergebnisse werden abschließend zusammengefasst.

## Die Medaille von 1856

Im Jahr 1856 beschlossen Freunde und Mitarbeiter Haidingers ihm als Zeichen der Verehrung und Dankbarkeit eine Medaille prägen zu lassen. An der Geologischen Reichsanstalt wurde ein Ausschuss, bestehend aus Franz Foetterle (1923–1876), Franz von Hauer (1822–1899), Moriz Hörnes (1815–1868) und Marcus Vinzenz Lipold (1816–1883) eingerichtet. Der Ausschuss versuchte im Geheimen



Abb. 1.  
Haidinger-Medaille der Yale University, 2012 (Yale University Art Gallery, public domain).

Freunde und Verehrer innerhalb der Monarchie von ihrem Vorhaben zu überzeugen, „ein öffentliches Zeichen ihrer hohen Achtung für die wissenschaftliche Stellung, die er einnimmt, und ihrer Dankbarkeit für die unvergänglichen Dienste, die er sich um das Erblühen der Naturwissenschaften in Oesterreich erworben hat darzubringen“ (FOETTERLE et al., 1856: V; HOFMANN, 1999: 394). Der Entwurf des Prägestockes stammte vom Architekten der Wiener Staatsoper, Eduard van der Nüll (1912–1868), und die Gravierung führte der k. k. Münzgraveur Konrad Lange durch. Auf der Vorderseite befindet sich der Kopf Haidingers. Auf ihrer Rückseite befindet sich in einem Tierkreis die östliche Halbkugel der Erde mit dem von Friedrich Schiller entlehnten Motto Haidingers als Umschrift: „NIE ERMÜDET STILLE STEHEN“.

Die Medaille wurde Haidinger am 29. April 1856 feierlich übergeben, begleitet von einem Album mit den Unterschriften von 363 Personen, darunter drei Erzherzöge. Weitere, in unbekanntem Umfang geprägte Exemplare wurden nach

der Verleihung an Haidinger noch an verschiedene Personen, Institute und Gesellschaften verschickt und übergeben (HOFMANN, 1999). Während der Expedition der k. k. Fregatte Novara stiftete Ferdinand von Hochstetter (1829–1884) beispielsweise 1858 die Medaille dem Government Central Museum in der südindischen Stadt Chennai, dem damaligen Madras (HAIDINGER, 1858: 185). Ein weiteres Exemplar befindet sich heute etwa an der Yale University in den Vereinigten Staaten von Amerika (Abb. 1).

#### Die Neuprägung nach dem Zweiten Weltkrieg

GBA-Direktor Heinrich Küpper (1904–2000) griff im Zuge der Feierlichkeiten zum 100. Jubiläum der Anstalt die Idee der Vergabe von Haidinger-Medaillen wieder auf. Sofern feststellbar, war die Medaille seit Mitte des 19. Jahrhunderts nicht mehr geprägt worden. Die Prägestöcke waren als einziger Rest der Medaillensammlung der GBA durch die Kriegswirren erhalten geblieben (Abb. 2).



Abb. 2.  
Prägestock der Medaille, 2012 (GBA).

Die Neuprägung erfolgte 1950. Die Vorbereitungen der verspäteten Feierlichkeiten zum 100. Jubiläum der Anstalt hatten sich zwei Jahre verzögert. Im Jubiläumsjahr 1949 war das Gebäude der GBA, das Palais Rasumovsky, durch mehrere Fliegerbombentreffer und Beschuss durch SS-Truppen in den letzten Kämpfen um Wien 1944/45 noch so schwer beschädigt, dass die Feierlichkeiten um ein Jahr verschoben werden mussten.

Das zerstörte Palais sollte im Sommer 1950 soweit teilweise wiederhergestellt sein, dass „es sich bei dem zu erwartenden regen Besuch der internationalen Fachwelt aus aller Herren Länder wieder sehen lassen kann“ (Presseausendung, 16.11.1949, Zl. 1451/1949, Archiv der Geologischen Bundesanstalt, in Folge: AGBA, Amtsarchiv). Doch auch 1950 wurde die Feier nicht durchgeführt, obwohl die erforderliche Planung weit fortgeschritten und die Feier in der Presse bereits angekündigt war. Neben dem noch nicht abgeschlossenen Wiederaufbau war ein Grund für die weitere Verschiebung eine Terminkollision mit den Feierlichkeiten des Bayerischen Geologischen Landesamtes. 100 Jahre nachdem König Maximilian II (1811–1864) im Jahr 1850 in Bayern die „Geognostische Landesdurchforschung“ gründete, hatte das Landesamt ebenso eine Feier angesetzt (Zl. 1510/1949, AGBA, Amtsarchiv). Erst am 12. Juni 1951 konnte die GBA daher ihre „Wiederaufbau- und Hundertjahrfeier“ begehen, die mit Fachvorträgen und Exkursionen eine Woche dauern sollte. Dabei vergab die Anstalt drei Medaillen an Wilhelm Petrascheck (1876–1967), Josef Schadler (1889–1978, Abb. 3) und Josef Stiny (1880–1958). Erste Hinweise auf eine geplante erneute Verleihung der Haidinger-Medaille finden sich ab Anfang 1950. Der betreffende Schriftverkehr der GBA mit dem Hauptmünzamt zur Prägung der Medaille ist allerdings nicht mehr erhalten (Zl. 83/1950, ebd.). Im Bestand fehlen zudem einige weitere protokollierte Akten über die Medaille der Jahre 1949 bis 1951. Daher sind das Motiv und der Ablauf der Entscheidungsfindung für die erneute Vergabe der Medaille nicht mehr im Detail rekonstruierbar. Wie schon bei der Verleihung der ursprünglichen Medaille an Haidinger selbst, dürfte es vorab gegenüber der Öffent-

lichkeit Geheimhaltung gegeben haben. Deutlich wird dies, als Direktor Küpper im April 1951, zwei Monate vor der Verleihung der ersten Medaillen, von einem Kollegen außerhalb der GBA auf den bevorstehenden 75. Geburtstag Wilhelm Petraschecks hingewiesen und aus diesem Anlass eine Ehrung als korrespondierendes Mitglied oder Ehrenmitglied der Geologischen Gesellschaft angeregt wurde (als „Geologische Gesellschaft in Wien“ gegründet, trägt sie seit 1976 den Namen „Österreichische Geologische Gesellschaft“, in Folge: „Geologische Gesellschaft“). Nur kryptisch lies Küpper wissen, dass für Petrascheck „eine besondere Ehrung“ anlässlich der 100-Jahr-Feier der Anstalt vorgesehen sei (Franz Kirnbauer an GBA, 13.04.1951 und Küpper an Kirnbauer, 16.04.1951, Zl. 715/1951, AGBA, Amtsarchiv).

In der veröffentlichten Begründung für die Neuvergabe der Haidinger-Medaille 1951 wurde ausgeführt, die GBA habe es „immer als angenehme Pflicht gefunden, von Zeit zu Zeit um die Förderung der Geologie besonders verdiente Persönlichkeiten zu ihren Korrespondenten zu ernennen.“ Dies wurde auch nach dem Zweiten Weltkrieg aufrechterhalten, doch sollte 1951 von den „üblichen Gepflogenheiten“ abgewichen werden und „die Angewandte Geologie im wahren Sinne des Wortes zum Kern einer besonderen Ehrung“ gemacht werden. Es solle daher „fortan die Haidinger-Medaille als Anerkennungszeichen für sehr besondere Verdienste auf dem Gebiete der Angewandten Geologie durch die Geologen der Geologischen Bundesanstalt verliehen werden“ (GEOLOGISCHE BUNDESANSTALT, 1952: 9–10).

### Das „Ehrrégime“ der GBA 1951–1985

DIETMAR VON REEKEN & MALTE THIESSEN (2016) entwickelten ein Forschungskonzept, mit dem sich neue Einblicke in die gesellschaftliche Dimension von Ehrungen gewinnen lassen. Dieses geschichtswissenschaftliche Analysekonzept zur Erforschung von Ehrungen und Entehrungen nannten sie „Ehrrégime“. Die Geschichte des Ehrens ist demzufolge immer auch eine „Problemgeschichte der Gegenwart“.



Abb. 3. Haidinger-Medaille und Urkunde von Josef Schadler, 2013 (GBA).

an der sich Wurzeln aktueller Phänomene freilegen lassen. Nach VON REEKEN & THIESSEN (2016) sind Ehrungen Versuche kollektiver Norm- und Sinnsetzungen. Würdigungen „großer Männer“ oder „großartiger Taten“ zielen auf das öffentliche Herausstellen bestimmter Fähigkeiten und Leistungen, auf das Markieren von Werten und Taten, die als vorbildlich anerkannt werden sollen. Auf den ersten Blick zielen Ehrungen auf die Würdigung der Leistungen von Menschen für ein jeweils zu bestimmendes Kollektiv, die auf unterschiedlichen Ebenen liegen können. Es kann sich um einzelne, herausragende Taten handeln, Leistungen können aber auch besondere, meist langjährige berufliche Anstrengungen und Erfolge sein. Wichtig sei, dass die geehrte Leistung von herausragender Bedeutung für das ehrende Kollektiv ist und als Vorbild für das Publikum gelten soll. Damit stehe nicht so sehr die Handlung an sich im Mittelpunkt, für die sich die Gemeinschaft bedankt, sondern vor allem die mit ihr verbundenen Werte, die die Ehrung hervorheben soll. Diese Werte können je nach Kollektiv und historischer Situation unterschiedlich sein (VON REEKEN & THIESSEN, 2016). Die mit der Haidinger-Medaille verbundenen Werte stellen Leistungen in der Angewandten Geologie dar. Die Angewandte Geologie ist nach heutiger Definition ein Teilbereich der Geowissenschaften, welcher sich mit der Erforschung geologischer Aspekte und ihrer technischen Anwendung befasst, die für den Menschen einen unmittelbaren ökonomischen bzw. ökologischen Nutzen darstellen. Sie unterteilt sich in die Teilgebiete Hydrogeologie, Ingenieurgeologie, Montangeologie und Lagerstättenkunde. In jüngster Zeit wird auch die Umweltgeologie ihr zugerechnet. Als eigenständige Disziplin hat sich die Angewandte Geologie erst im 20. Jahrhundert herausgebildet (MARTIN, 2000: 87–88). Zu den Tätigkeitsbereichen der Angewandten Geologie zählt HÄUSLER (1981) auch die Militäргеologie, die sich mit dem „*militärischen Wert des Bodens (im bodenkundlichen Sinn) und des Untergrundes (in boden- und felsmechanischer Sicht), auf und in dem militärische Aktionen ablaufen oder verhindert werden sollen*“, befasst.

Für die Interaktionsstruktur des Ehrens benennen VON REEKEN & THIESSEN (2016: 16) mehrere Gruppen von Akteurinnen und Akteuren sowie Abläufe, die beim Ehren eine Rolle spielen: Die Vorschlägerinnen oder die Vorschläger, die oder den Ehrenden, die oder den Geehrten bzw. die geehrte Gruppe, das Publikum zur Bildung von symbolischem Kapital (Pierre Bourdieu), Ehrenzeichen wie Preise, Titel, Orden, Denkmäler, Straßennamen und nicht zuletzt den oder die Finanziers der Ehrung. In Folge wird die Vergabe der Haidinger-Medaille aus dieser interaktionsstrukturellen Perspektive analysiert.

Der Vorschläger für die Verleihung der ersten Medaillen nach dem Zweiten Weltkrieg 1951 war ein „*engerer Ausschuss*“, der letztlich auch über die Vergabe entschied. Er bestand aus Heinrich Küpper (Direktor und Vertreter des Arbeitsgebietes Hydrogeologie), Karl Lechner (1899–1958, Chefgeologe, Leiter der Abteilung Lagerstätten und Bergbau), Rudolf Grill (1910–1987, Leiter der Abteilung Erdöl), Oskar Hackl (1886–1962, Vorstand des chemischen Laboratoriums) und Leo Waldmann (1899–1973, Aufnahmigeologe, ab 1945 stellvertretender Direktor) (KÜPPER, 1951: 16). Ab den 1970er Jahren brachte sich die Personalvertretung bzw. der Dienststellenausschuss für Vorschläge ein (Protokoll über die Sitzung der Direktion und des Dienststel-

lernausschusses, 03.04.1979, AGBA, Mappe Protokolle Sitzung der Direktion und des Dienststellenausschusses 1975–1980; 6. Sitzung Direktion-Dienststellenausschuss, 11.10.1984, AGBA, Mappe „div. Protokolle“). Laut dem 1977 beschlossenen Statut für die Verleihung der Medaille kann „*jedermann*“ Vorschläge einbringen (Statut für die Verleihung der W.R.v. Haidinger-Medaille im Anhang). Das ehrende Subjekt bei der Vergabe der Haidinger-Medaillen war die GBA als staatliche Organisation bzw. das Kollektiv der dort beschäftigten Geologinnen und Geologen. So war dieses Kollektiv 1951 nur durch den „*engeren Ausschuss*“ als Proponenten-Komitee repräsentiert und für die Entscheidung zuständig. In den 1970er Jahren wurden die Letztentscheidungen der Vollversammlung der im Dienst der Anstalt stehenden Geologinnen und Geologen übertragen. Zwischengeschaltet war ein Proponenten-Komitee aus Direktor, Vizedirektor und Abteilungsleitung (ebd.).

Die 18 auf der Website der GBA angeführten geehrten Personen waren ein subjektiver Querschnitt durch die Elite der österreichischen Geologie. Außerdem wurde eine einzelne Körperschaft geehrt, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) in Hannover (GEOLOGISCHE BUNDESANSTALT, 2020). 1985 stand mit der Firma Minorex eine weitere Körperschaft für eine Ehrung zur Diskussion, wurde dann aber nicht ausgezeichnet (Resümeeprotokoll, Proponentenkomitee für die Verleihung der W.R. von Haidinger-Medaille, 25. September 1985, 03.10.1985, AGBA, Mappe „div. Protokolle“). 1951 wurde die Medaille an den ehemaligen Mitarbeiter der Geologischen Reichsanstalt Wilhelm Petrascheck und an den ehemaligen stellvertretenden Direktor Josef Schadler des nationalsozialistischen Reichsamtes für Bodenforschung, Zweigstelle Wien verliehen. 1975 erhielt sie der ehemalige Leiter der Steinbruchkartei der Zweigstelle Wien Alois Kieslinger (1900–1975). Die restlichen Preisträger waren nicht an der GBA beschäftigt, auch wenn sie Korrespondenten oder auswärtige Mitarbeiter der GBA gewesen sein konnten. Mit dem 1977 beschlossenen Statut war die Verleihung an Personal der GBA im Dienst- oder Ruhestand nicht zulässig (ebd.). Es ist bezeichnend, dass mit der Haidinger-Medaille, genauso wie mit der Eduard-Suess-Medaille der Geologischen Gesellschaft, bisher ausschließlich Männer geehrt wurden.

Das Publikum zur Bildung von symbolischem Kapital durch die Vergabe der Haidinger-Medaille waren auf erster Ebene die Anwesenden bei den Feiern vor Ort. Die Feiern konnten aus Anlass des Bestehens der GBA alle zehn oder 25 Jahre stattfinden (GEOLOGISCHE BUNDESANSTALT, 1952: 9–10). In den 1970er Jahren wurde dieser Zeitraum auf eine durch fünf teilbare Jahreszahl reduziert. Verleihungen konnten seither aber auch aus besonderen Anlässen jederzeit stattfinden (Statut für die Verleihung der W.R.v. Haidinger-Medaille im Anhang). Das Publikum auf zweiter Ebene war die geowissenschaftliche Community. Sie wurde mit Berichten über die Verleihung und in Nachrufen für verstorbene Preisträger angesprochen. Mitgliedern der Community ist es möglich, den als Vorbild präsentierten Preisträgern mit einer eigenen Auszeichnung nachzufolgen. In dem 1951 mit der Ehrung angesprochenen Publikum der Feier befanden sich, außer Josef Stiny, alle zehn Geologen, die später selbst mit der Medaille ausgezeichnet werden sollten und in der vorliegenden Studie untersucht werden. Das Publikum war stark männlich dominiert. Soweit nachweisbar waren unter den 400 Gästen nur drei Frauen anwesend:

Suzette Gillet (1893–1988, Service Géologique d'Alsace), Irmgard Knopf, (geb. 1920, Mineralogisch-Petrographisches Institut der Universität Bonn) und Martha Cornelius Furlani (1886–1974, Naturhistorisches Museum Wien) (Liste der bei der Wiederaufbau- und Hundertjahrfeier der Geologischen Bundesanstalt anwesenden ausländischen Geologen, AGBA, A 17184-R.1; Liste der an den Veranstaltungen anlässlich der Wiederaufbau- und Hundertjahrfeier der Geologischen Bundesanstalt teilnehmenden österreichischen Geologen, Vertreter verwandter Wissenschaften, des Bergbaues und verwandter Betriebe, Institutionen und Körperschaften, AGBA, A 17184-R.2). Auf dritter Ebene ist das Publikum die breite Öffentlichkeit. Ihr werden auf der Website der GBA die Preisträger und ihre Leistungen präsentiert. Im Vergleich zu einer Verkehrsflächenbenennung oder einem öffentlich aufgestellten Denkmal ist die Haidinger-Medaille einem kleineren Publikum zugänglich.

Als Ehrenzeichen war und ist die Haidinger-Medaille die höchste Auszeichnung der GBA, die noch die Möglichkeit der ehrenden Ernennung zu Korrespondentinnen oder Korrespondenten der Anstalt hatte. Die Haidinger-Medaille hat eine Doppelfunktion. Zum einen ist sie ein Erinnerungsort für den ehemaligen Direktor Haidinger, zum anderen eine Ehrung für ihre Träger und möglicherweise irgendwann auch für ihre Trägerinnen. Sie ist nur eine von mehreren Ehrungen in den Geowissenschaften. Diese Doppelfunktion haben alle nach Personen benannten Preise. Beispiele aus den Geowissenschaften sind die Eduard-Suess-Medaille der Geologischen Gesellschaft, der Leopold-Müller-Preis der Österreichischen Gesellschaft für Geomechanik oder der nach Walther E. Petrascheck (1906–1991) benannte Preis der Österreichischen Akademie der Wissenschaften. Häufig vergebene Ehrungen in den Geowissenschaften sind Ernennungen zu Ehrenmitgliedern der Geologischen Gesellschaft und anderen Vereinigungen. In der Regel nach dem Ableben der geehrten Person wurden zahlreiche Verkehrsflächen nach Geowissenschaftlern benannt. Etwa der Ampfererweg in Graz, die Ampfererstraße in Innsbruck, die Ampfererstraße in Wien nach Otto Ampferer (1875–1947) oder in Wien der Clarplatz nach Eberhard Clar (1904–1995), der Leuchsweg nach Kurt Leuchs (1881–1949), die Stiny-, Eduard-Sueß- und Vetttersgasse nach Josef Stiny, Eduard Suess und Hermann Vettters (1880–1941). Weitere Beispiele für Ehrungen von Geowissenschaftlern sind der Eduard-Suess-Saal und der Clar-Saal an der Fakultät für Geowissenschaften, Geographie und Astronomie der Universität Wien, die Ehrentafel und das Tor der Erinnerung der Universität Wien für Eduard Suess oder die steinernen Portraits im Hof der Technischen Universität Wien. Nicht zuletzt sind sichtbare Ehrenzeichen wie das Ehrenzeichen und Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst oder verliehene Berufstitel als Beispiele für staatliche Ehrungen zu erwähnen. Die Finanzierung der Ehrung wurde im Rahmen der Studie nicht genauer untersucht. Die Auszeichnung war nicht mit einem Geldpreis dotiert. Die Kosten dürften sich auf das Material der Medaille und der Urkunde beschränkt haben und von der öffentlichen Hand getragen worden sein.

## Junktimierung der Ehre: Die Haidinger-Medaille und das Denkmal für Eduard Suess

Im rund 400 Personen zählenden Publikum der Feier von 1951 befanden sich zahlreiche ehemalige und sicherlich ebenso manche weiterhin überzeugte Nationalsozialisten. Auch Artur Winkler-Hermaden (1890–1963), der 1934 wegen NS-Betätigung die Anstalt verlassen musste und 1938 zurückkehrte, war empfangener Gast. Ein großer Teil des ehrenden Kollektivs dürfte ohnehin seine Verantwortung im Nationalsozialismus kollektiv negiert haben. Ganz im Sinne der „Opferthese“, Österreich sei das erste Opfer Hitlers gewesen und habe selbst keinerlei Verantwortung zu tragen, wurde das 100. Jubiläum der Anstalt 1949 dazu benutzt, auch die GBA in diesen Mythos einzubeziehen. Gleich nach der Befreiung vom Nationalsozialismus, hieß es in der Presse, hätten die Geologinnen und Geologen dort weiterzuarbeiten begonnen, „wo sie 1938 aufhören mussten“ (Presseausendung, 16.11.1949, Zl. 1451/1949, AGBA, Amtsarchiv; „Österreichische Volksstimme“, 19.11.1949: 4). Tatsächlich hatten die Arbeiten in der Anstalt 1938 nicht aufgehört, sondern sie wurden intensiviert und das Personal verdoppelt (THALER et al., 2018: 26). Aus geschichtspolitischer Perspektive von Bedeutung ist neben der Verleihung der Haidinger-Medaillen die gleichzeitige Wiederaufstellung des Eduard-Suess-Denkmal im Zuge der 100-Jahr-Feier vor dem Palais Rasumofsky der GBA. Das 1928 vom Bildhauer Franz Seifert (1866–1951) geschaffene Denkmal wurde nach dem „Anschluss“ wegen des jüdischen Hintergrunds von Suess vom Schwarzenbergplatz entfernt (GASCHE, 2014: 18). Beim Zusammenbruch des NS-Regimes befand sich die Büste verborgen in einem Depot. Im Gegensatz zu anderen nach dem „Anschluss“ entfernten Denkmälern hatte es die NS-Zeit überstanden. Die Initiative zur Restaurierung und Wiederaufstellung des Denkmals für den Doyen der österreichischen Geologie ging nicht von den geowissenschaftlichen Communities der Geologischen Bundesanstalt oder der Universität aus, sondern auf eine Anregung von Anton Steinwender (1890–1961), dem Leiter der Wiener Wasserwerke. Auf Ebene der Gemeindeverwaltung hatten die Bemühungen bereits 1946 eingesetzt (M.Ab. 7 an Bürgermeisteramt, 02.12.1946, Zl. 736/1950, Wiener Stadt- und Landesarchiv, in Folge: WStLA, M.Ab. 350, A1 – Allgemeine Registratur). Der frühere Standort war durch das Befreiungsdenkmal zur Erinnerung an die Befreiung Wiens durch die Rote Armee besetzt. Die Gemeindeverwaltung erwog daher die Aufstellung beim Wasserreservoir bei der „Spinnerin am Kreuz“ in Wien-Favoriten oder beim Wasserreservoir am Rosenhügel in Wien-Hietzing. Nachdem Direktor Küpper von diesen Plänen Kenntnis erlangte, schlug er dem Bundesdenkmalamt die Wiederaufstellung vor dem Gebäude der GBA im Rahmen der 100-Jahr-Feier vor. Dieser Vorschlag wurde gegen den ausdrücklichen Willen der Nachfahren von Suess umgesetzt. Olga Suess (1886–1972) war in der Kulturabteilung der Stadt Wien erschienen und hatte im Namen ihrer Familie erklärt, dass die Aufstellung des Denkmals ihres Schwiegervaters bei der GBA nicht erwünscht wäre, weil das Denkmal dort zu abseits gelegen sei (Aktenvermerke vom 30.11.1950 und 07.12.1950, ebd.). Diese Bedenken fanden keine Berücksichtigung, jedenfalls konnte das Amtsblatt verkünden, dass mit der Wiederaufstellung „eine Ehrenschild abgetragen“ worden sei (FRAWIEC, 1951: 2).

Geschichtspolitisch hatte die GBA bei der 100-Jahr-Feier zwei Gesichter gezeigt. Es wurde gegenüber Suess eine „Ehrenschild“ abgetragen und gleichzeitig die eigene Vergangenheit verdrängt und mythisiert. Wenige Jahre zuvor noch kaum vorstellbar, hatte sich mit der mehr oder weniger abgeschlossenen Entnazifizierung 1951 die historische Situation soweit geändert, dass mit den Haidinger-Medailen für Schadler und Stiny Ehrungen ehemaliger Nationalsozialisten durch eine Bundesbehörde wieder möglich sein sollten. Im „engeren Ausschuss“, der über die Verleihung der Medaille entschied, befanden sich mit Rudolf Grill und Karl Lechner zwei ehemalige Nationalsozialisten (MERTZ, 2021). Das Interesse in diesem Gremium an einer kritischen Auseinandersetzung mit der NS-Zeit dürfte schon alleine deshalb gering gewesen sein. Die Auszeichnung mit der Haidinger-Medaille manifestierte nun die Leistungen der Preisträger in der Angewandten Geologie auch während der NS-Zeit als ehrbar. Gerade in der NS-Zeit hatte die Angewandte Geologie für die Rüstungsindustrie und die Ausbeutung von Ressourcen in den besetzten Gebieten Konjunktur gehabt. Auch in der Studienordnung für Geologie war mehrmals die Ausbildung den Bedürfnissen der Wehrmacht angepasst worden und im Bereich der Angewandten Geologie verstärkt worden (WILLIG, 2001: 70).

Junktimierungen sind politische „Kopplungsgeschäfte“ bzw. „Paketbildungen“, die im österreichischen Parlamentarismus schon im Reichsrat der Monarchie vor allem zur Bewältigung von Gegensätzen zwischen großen sozialen Gruppen, zwischen Mehrheit und Minderheit zum Ritual geworden sind (LEHMBRUCH, 2003: 33). Die frühere Forschungskordinatorin der Österreichischen Historikerkommission Eva Blimlinger vertrat die These, dass Rückstellungs- und Entschädigungsleistungen an Opfer des Nationalsozialismus mit Leistungen an andere Bevölkerungsgruppen, die in irgendeiner Weise von Krieg und den Kriegsfolgen betroffen waren, in Österreich seit den 1940er Jahren junktimiert wurden (BLIMLINGER, 2006, 2012). Blimlinger zufolge gebe es in der österreichischen Politik nahezu keine Entschädigung für Opfer des Nationalsozialismus, ohne dass nicht irgendeine andere Personengruppe den Opferstatus durch finanzielle Zuwendungen oder gar Entschädigungen verliehen bekäme. Als Beispiele nannte sie etwa die Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, die im Gegenzug zu den Zwangsarbeitern und Zwangsarbeiterinnen entschädigt worden seien. Da sich die Republik Österreich als erstes Opfer des Nationalsozialismus sah, hätte konsequenterweise dieser Opfermythos Schritt für Schritt personalisiert und die österreichische Gesellschaft gruppenweise viktimisiert werden müssen. Täterinnen und Täter, Mittäterinnen und Mittäter, also irgendwelche Schuldigen habe es nach dem Opfermythos nicht geben dürfen. Vor diesem Hintergrund erscheint die mit der Wiederaufstellung des Suess-Denkmales gekoppelte Wiedereinführung und Neubesetzung der Haidinger-Medaille 1951 im Licht einer geschichtspolitischen Junktimierung. Wie die vorliegende Studie zeigen wird, waren zwei der drei ersten Preisträger, die Nationalsozialisten Josef Schadler und Josef Stiny, direkt im System der NS-Zwangsarbeit involviert. Wie alle anderen Österreicherinnen und Österreicher durften sie im Sinne der Opferthese weder Täter noch Mittäter sein und keinerlei Schuld auf sich geladen haben. Sie wurden offenbar friktionsfrei in das Opferkollektiv einbezogen.

## Medaille und Preisträger als Konfliktfelder

Ehrungen sind häufig ein gesellschaftliches Problem und stoßen schon bei ihrer Durchführung auf Kritik oder verlieren im Laufe der Zeit an Anerkennung (VON REEKEN & THIESSEN, 2016). Die Untersuchung bezieht sich auf die Verleihungen von 1951 bis 1985. Damit wird ein Zeitraum analysiert, der kurz vor der Debatte um die NS-Vergangenheit des Präsidentschaftskandidaten Kurt Waldheim (1918–2007) endet. Erst diese Debatte führte in Österreich ab Mitte der 1980er Jahre zur Erosion der Opferthese und einer kritischeren Auseinandersetzung mit der NS-Zeit in einer breiteren Öffentlichkeit (UHL, 2001; RATHKOLB, 2017). Dadurch ist es erklärbar, dass in den eingesehenen Quellen keinerlei Belege gefunden werden konnten, die einen Konflikt um die Verleihung der Medaille an vorwiegend ehemalige Nationalsozialisten nahelegen würden. Die Konflikte innerhalb der GBA zur Medaille bezogen sich auf die Aushandlung des Regelwerkes der Verleihung, die Auswahl der Preisträger und im geringen Ausmaß auf die Ausdehnung auf weitere Bereiche der Geologie. Nach den Verleihungen 1951 wurde die Medaille zwei Jahrzehnte nicht mehr vergeben. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover (BGR), die deutsche Äquivalenzanstalt zur GBA, erhielt anlässlich ihrer 100-Jahr-Feier am 1. Juni 1973 eine Medaille. Der Beschluss für die Verleihung erfolgte in einer Abteilungsleitersitzung im Mai des Jahres (RUTTNER, 1974: A3). Erst 1975 sollte anlässlich der 125-Jahr-Feier der GBA die Medaille wieder an natürliche Personen vergeben werden. Anfang 1975 setzte innerhalb der GBA ein fast dreijähriger Diskussionsprozess um die Verleihung ein. Neben der im Zentrum stehenden Frage, wer geehrt werden solle, ging es darum, wer Einfluss auf die Auswahl der Preisträger nehmen kann. Ebenso wurde eine Statutenänderung in Hinblick auf eine Verleihung alle fünf Jahre diskutiert und Direktor Felix Ronner (1922–1982) schlug die Schaffung einer eigenen Medaille für besondere Verdienste auf dem Gebiete der Landesaufnahme vor (Protokoll der Abteilungsleitersitzung, 27.01.1975, AGBA, Mappe Abteilungsleitersitzung-Protokolle). Manfred Eugen Schmid (1939–1996) schlug im Laufe der Debatte die Ausdehnung der Verleihung auf das Gebiet der gesamten Geowissenschaften vor (Manfred Eugen Schmid an Herbert Stradner, 26.11.1976, AGBA, A 11944-A).

Einen ersten Kompromiss fanden die Abteilungsleitungen in der Erhöhung der Anzahl der vergebenen Medailen. Statt den ursprünglich vorgesehenen drei, sollten im Jahr 1975 fünf Medailen vergeben werden (Protokoll der Abteilungsleitersitzung, 10.02.1975, AGBA, Mappe Abteilungsleitersitzung-Protokolle). Auch das sollte die Auseinandersetzung nicht beenden. Vorgeschlagen war 1975 die Verleihung an den früheren Direktor Heinrich Küpper, wogegen sich der Geologe Peter Beck-Mannagetta (1939–1996) entschieden aussprach. Die Medaille sei nicht Angehörigen der GBA zu verleihen. Durch Pensionierung verliere ein Beamter nicht die Zugehörigkeit zum Beamtenstand, bleibe daher Angehöriger des Amtes im Ruhestand. Küpper sei beim ersten maßgeblichen Wahlvorgang an sechste Stelle gelangt, es sei aber nur die Ausgabe von fünf Medailen beschlossen worden und Küpper habe daher automatisch auszuscheiden. Zudem machte Beck-Mannagetta fachliche Gründe wegen der Amtsführung des früheren Direktors geltend (Beck-Mannagetta an GBA-Direktion, 13.02.1975, Zl. 328/1975, AGBA, Amtsarchiv). Eine Verleihung an Küpper erfolgte nicht, sondern

nur an Eberhard Clar, Kingsley Dunham (1910–2001), Alois Kieslinger, Robert Janoschek (1906–1986) und Andreas Thurner (1895–1975) (JANOSCHEK & SCHARBERT, 1976). Der Kompromiss zur Änderung der Statuten konnte erst Ende 1977 erreicht werden. Die wesentliche Änderung bestand darin, dass die Entscheidungen zu den Verleihungen nicht mehr von den Abteilungsleitern und zu dieser Zeit auch einer Abteilungsleiterin, Irmentraut Wiesböck (1915–1999), alleine, sondern, wie bereits erwähnt, auch von der sogenannten Geologenversammlung getroffen wurden. Die Einbindung der Geologinnen und Geologen des Hauses bedeutete eine Demokratisierung der Entscheidung.

In Hinblick auf ihre NS-Vergangenheit waren mit Eberhard Clar und Josef Stiny zwei mit der Haidinger-Medaille ausgezeichnete Personen Gegenstände öffentlicher Auseinandersetzungen. Die Auseinandersetzung betraf nicht die Auszeichnung mit der Medaille, sondern die Benennung von Verkehrsflächen in Wien nach diesen beiden Geologen. Eine von der Stadt Wien beauftragte Kommission reihte Clar und Stiny als historisch kritisch ein (RATHKOLB et al., 2013). Besondere Resonanz in der Öffentlichkeit rief dabei die Tatsache hervor, dass noch 2009 mit dem Clarplatz eine Verkehrsfläche nach einem ehemaligen Nationalsozialisten benannt wurde („Der Standard“, 09.07.2013: 24; „Kurier“, 02.06.2019: 39). In den Jahren 2016 und 2019

wurde Clar und die Benennung der Verkehrsfläche nach ihm in Kunstprojekten der Initiative „Memory Gaps“ thematisiert und eine Umbenennung gefordert (MEMORY GAPS, 2016, 2019). Bisher kam es weder zu einer Umbenennung, noch zur Anbringung einer Zusatztafel beim Straßenschild.

### Untersuchungssample und Methodik

Seit 1951 wurde die Medaille 19 Mal vergeben (HOFMANN, 1999; GEOLOGISCHE BUNDESANSTALT, 2020). Unter den Preisträgern befinden sich 18 Männer und eine Körperschaft, die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover (Tab. 1). In das Untersuchungssample wurden jene Preisträger einbezogen, die zum Stichtag 12. März 1938 („Anschluss“ Österreichs) das 18. Lebensjahr erreicht hatten. Die einbezogenen Geburtsjahrgänge der Preisträger sind somit 1876 bis 1910. Die BGR und der Brite Kingsley Dunham wurden nicht einbezogen. Das Untersuchungssample besteht daher aus 11 Personen. Zu diesen Personen wurde biografisches Quellenmaterial aus der Literatur und in österreichischen und ausländischen Archiven zusammengetragen. In erster Linie sind dabei das Archiv der Geologischen Bundesanstalt, das Österreichische Staatsarchiv, das deutsche Bundesarchiv Berlin und einzelne österreichische Landesarchive zu nennen.

Preisträger (Geburtsjahr)	Anlass	Sample
100-Jahre GBA (1951)		
Josef Stiny (1880)		ja
Josef Schadler (1889)		ja
Wilhelm Petrascheck (1876)		ja
100 Jahre Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (1973)		
Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe		-
125 Jahre GBA (1975)		
Alois Kieslinger (1900)		ja
Eberhard Clar (1904)		ja
Robert Janoschek (1906)		ja
Andreas Thurner (1895)		ja
Kingsley Dunham (1910)		-
130 Jahre GBA (1979)		
Hermann Stowasser (1908)		ja
Othmar M. Friedrich (1902)		ja
135 Jahre GBA (1985)		
Leopold Müller (1908)		ja
Georg Horninger (1910)		ja
Josef Zötl (1921)		-
Arthur Kröll (1924)		-
140 Jahre GBA (1989)		
Godfrid Wessely (1934)		-
150 Jahre GBA (1999)		
John Clements Davis (1938)		-
160 Jahre GBA (2009)		
Leopold Weber (1948)		-
Kurt Decker (1961)		-

Tab. 1. Träger der Haidinger-Medaille (1951–2009) und Untersuchungssample.

Das Material wurde mit historischen Methoden äußerer und innerer Quellenkritik sowie hermeneutischer Textinterpretation ausgewertet.

Eine methodische Herausforderung besteht durch den Umstand, dass in Österreich nach 1938 viele Personen dem Nationalsozialismus möglichst nahestehen wollten und dies in der Regel in ihrem Umfeld und auch vor Behörden bekundeten. Nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus 1945 wollte kaum mehr jemand seine Nähe zum Regime und seine Rolle zur Aufrechterhaltung der Diktatur öffentlich eingestehen. Die Entnazifizierung galt relativ rasch weithin als abgeschlossen und wurde öffentlich daher kaum mehr diskutiert. Eine besondere Schwierigkeit ergibt sich dabei für die Forschung, so Alexander Pinwinkler, „nicht nur hinsichtlich der (Re-)Konstruktion von individuellen Lebensläufen, sondern auch bezüglich der damaligen gesellschaftlichen Tendenz des Verschleierns, Verschweigens und Tabuisierens der NS-Vergangenheit“ (PINWINKLER, 2019: 485). Für Pinwinkler erscheint die Klassifizierung von NS-Belastungen entlang formalistischer Kategorien zumindest theoretisch als ein heuristischer Ansatzpunkt operationalisierbar zu sein, um eine erste Übersicht über graduelle Abstufungen derartiger Belastungen zu gewinnen. Die rechtlich fundierten Kategoriensysteme, welche in der Nachkriegszeit eingeführt wurden, um eine „Säuberung“ der Gesellschaft („Entnazifizierung“) zu erreichen, unterlagen einem dynamischen Wandel. Eine statische Projektion formalistischer Kriterien, die zudem deren Genese im Kontext politischer Aushandlungsprozesse der Nachkriegszeit negieren würde, würde daher weder aus methodischer noch aus inhaltlicher Sicht der Komplexität des Problems der NS-Belastungen gerecht. Pinwinkler geht von der Annahme aus, dass ein Kategoriensystem, das unabhängig von den historischen Kategorien der Nachkriegszeit entwickelt werden würde, ein Anachronismus wäre und daher verworfen werden müsse (PINWINKLER, 2019: 400). In diesem Sinne wird in der vorliegenden Studie die individuelle Rolle als Stütze bei der Errichtung oder Aufrechterhaltung des NS-Regimes in einzelnen Biografien interpretativ erschlossen und eine Klassifizierung nach formellen Kriterien vorgenommen: Illegale und Altparteigenossen, NSDAP-Mitglieder, Parteianwärter, Funktionäre, Mitglieder von Wehrformationen, Belastete, Minderbelastete, gerichtlich Verurteilte. Für die Erläuterung dieser Kategorien wird auf die Literatur verwiesen (STIEFEL, 1981; SCHUSTER & WEBER, 2004; NIEDERACHER, 2005; BENZ, 2009; WLADIKA, 2018: 6–44). Persönliche Bereicherung im Zuge von „Arisierungen“, also der Enteignung und Beraubung von Jüdinnen und Juden, konnten im Rahmen dieser Studie nicht untersucht werden.

## Clar, Eberhard Dietrich

Anlass der Verleihung: 125-Jahr-Feier der GBA.

Datum der Verleihung: 12. September 1975.

Begründung für die Verleihung: „[...] erhielt die Haidinger-Medaille für seine vielfältigen Tätigkeiten im Bereich der Angewandten Geologie. Seine Verdienste lagen neben den traditionellen Kartierungsarbeiten vor allem auf dem Gebiet der Lagerstättengeologie und der Baugeologie. Zudem war Clar jahrelang als Ordinarius des Geologischen



Abb. 4.  
Eberhard Clar, undatiert (Archiv der Universität Wien).

*Instituts der Universität Wien tätig*“ (JANOSCHEK & SCHARBERT, 1976: A45; HOFMANN, 1999: 396).

Eberhard Clar (Abb. 4) wurde am 23. Juli 1904 in Graz geboren. Sein Vater Arthur war Zahnarzt. Die Matura schloss Eberhard Clar 1922 am humanistischen Gymnasium in Graz ab und studierte Geologie an der Philosophischen Fakultät der Universität Graz, wo er 1926 bei Franz Heritsch (1882–1945) mit einem „Beitrag zur Geologie der Schobergruppe bei Lienz in Tirol“ promovierte. An der TH Graz war er ab 1927 als Assistent tätig und habilitierte 1929 an der TH Graz und 1936 an der Universität Graz. Als 1936 seine Ernennung zum außerordentlichen Professor erfolgte, war Clar bereits Mitglied der illegalen NSDAP. Seit 1919 war er nach der Historikerin NEMEC (2013a) Mitglied des Deutschen Turnervereins und des „Alldeutschen Verbandes“, seit März bzw. Juni 1933 illegales Mitglied der NSDAP unter der Nummer 1,628.952. Ab 1937/38 war er Mitglied in der Vaterländischen Front, aber gleichzeitig auch Mitglied des Nationalsozialistischen Deutschen Dozentenbundes. In einer politischen Beurteilung aus der Zeit nach dem „Anschluss“ wurde Clars Einsatzbereitschaft gelobt, die er als illegaler Nationalsozialist „im Kampfe um Österreich“ bewiesen habe. Im Jahr 1938 war Clar NSDAP Zellenleiter, führte 1939 das Kreisamt für Technik im Kreis Graz-Land der NSDAP und wurde im selben Jahr außerplanmäßiger Professor an der TH Graz. Die neuere Forschung zeigt zudem, dass Clar eigenen Angaben zufolge 1934 der SA-Reserve beitrug, Spenden und Verpflegungshilfe sowie anderes für die illegale NSDAP leistete und 1938 bei der Volksabstimmungspropaganda mitarbeitete. Er erhielt für seine Tätigkeit die „Erinnerungsmedaille an den 13. März 1938“, die sogenannte „Ostmarkmedaille“ (Personal-Fragebogen, 17.05.1938, Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik, Bundesministerium für Inneres, in Folge: ÖStA, AdR, BMI, Gauakt, in Folge: GA, 293.759; BMI, Abt. 2, Karteikarte, ebd.).

Von Juni bis Oktober und im Dezember 1940 sowie von März bis Juli 1941 war er von der Universität für geologische Arbeiten im Rahmen des Vierjahresplanes im jugoslawischen Raum beurlaubt. Ab August 1941 setzte er diese Arbeiten, nun als „Kriegsverwaltungsrat beim Generalbevollmächtigten für die Wirtschaft in Serbien“, fort (Daten aus dem Lebenslauf, o.D., BArch, R 4901/24392; Oberkommando des Heeres an Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 15.08.1941, ebd.). Die Tätigkeiten von 400 bis 500 Geologen in der Funktion von

Wehrgeologen im „fachgerechten“ Kriegseinsatz hätten, so MAIER (2017: 17), besondere Relevanz nicht nur in Hinblick auf die Involvierung in die Ausbeutung der besetzten Gebiete, sondern auch für die Auswirkungen auf die Erinnerungskultur. Denn den als Kriegsverwaltungsräten im Offiziersrang in den besetzten Gebieten tätigen Geologen seien die Straf- und Verfolgungsmaßnahmen bis hin zu Erschießungen nur allzu gewärtig gewesen. Im Balkanraum schaffte Clar wesentliche geologische Grundlagen für die Ausbeutung lokaler Ressourcen, die durch Zwangsarbeit vorangetrieben wurden. Josef Stiny zufolge war Clar einer der besten Kenner der Lagerstätten des Balkans, welche er „an hoher und verantwortungsvoller Stelle“ bearbeitete (Schreiben von Josef Stiny, 12.08.1949, ÖStA, AdR, Bundesministerium für Unterricht, in Folge: BMU, Personalakt, in Folge: PA, Sign 20 Clar Eberhard). Seiner eigenen Darstellung zufolge unternahm Clar geologische Bergbaureisen in Jugoslawien, Bulgarien und Griechenland „im Rahmen der gesamten Ausbauplanung während der deutschen Besetzung in den Jahren 1941 bis 1944.“ Er war mit der „Dauerberatung“ verschiedener Metallerzbergbaue beschäftigt, darunter beim Ausbau der Kupferlagerstätte Bor in Ostserbien (Eberhard Clar, Gebiete der bisherigen angewandt-geologischen Beratungstätigkeit, 12.07.1948, ebd.). Nach Othmar M. Friedrich (1902–1991) sei die Umstellung des Grubenbetriebes in Bor (Abb. 5) auf Tagbau, die mit allen dazugehörigen Arbeiten eine Erdbewegung von 30,000.000 Kubikmetern umfasste, „eine technische Leistung ersten Ranges“ gewesen (FRIEDRICH, 1949). Diese „Leistung“ erscheint in einem getrübbten Licht, wenn die Umstände betrachtet werden, unter der sie erreicht wurde.

RUTAR (2005) untersuchte die Arbeitsbeziehungen und die Zusammensetzung der Arbeiterschaft im Kupferbergwerk in Bor zwischen 1941 und 1944. Das Kupferbergwerk gehörte zu den wichtigsten Objekten der wirtschaftlichen Ausbeutung für die deutsche Kriegswirtschaft im besetzten Südosteuropa. Die Bedingungen, unter denen die Arbeiter in Bor angetrieben wurden, waren unmenschlich. Prügel, häufig bis zur Bewusstlosigkeit, und Demütigungen gehörten in den Lagern zum Alltag. In Zeugenaussa-

gen wurden sie fallweise als „nackte und barfußige Leute in Lumpen“ oder als „vollständig nackt“ bezeichnet. Gearbeitet wurde bei jedem Wetter, auch bei Regen, Schnee und Frost. Neben durch Kälte, Hunger und Erschöpfung hervorgerufene Krankheiten wie Tuberkulose und Lungenentzündungen, oft mit Todesfolge, berichteten die Zeugen von Willkür und Brutalität der Aufseher, die nicht selten in der Ermordung von Arbeitern endeten. Nach der Flucht eines Arbeiters wurden beispielsweise elf weitere Arbeiter erschossen. Andere Arbeiter starben an den Folgen von Prügel und Folter, so RUTAR (vgl. auch JANJETOVIĆ, 2017; SCHMID & PISARRI, 2018; WITTMANN, 2018: 320–323). Clar entdeckte zudem die Molybdänlagerstätte Mackatica im südserbischen Surdulica und trieb ihre geologische Prospektion voran (Eberhard Clar, Gebiete der bisherigen angewandt-geologischen Beratungstätigkeit, 12.07.1948, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Clar Eberhard). Das seltene Metall Molybdän, als hochwertiger Stahlveredler für die Erzeugung von Panzerstahl von unersetzlicher Bedeutung, war in Deutschland ein Mangelrohstoff (SCHAUSBERGER, 1970: 138). Mackatica, ebenso durch Zwangsarbeit aufrechterhalten, war das wichtigste Molybdän-Bergwerk, dem spätestens im Jänner 1943 beim Ausbau die dringendste Prioritätsstufe zuerkannt wurde (OBRADOVIĆ & NOVAKOVIĆ, 2019: 94, 102; OPFER, 2005: 236). In seinen Erinnerungen schilderte Clar seine beiden „Hauptprojekte“ am Balkan: „[...] beide im späteren Partisanengebiet, aber mit fachlich sehr fesselnden Erschließungsaufgaben“ (CLAR, 1994: 124).

Noch vor dem Zusammenbruch der Balkanfront wurde er zwecks Bergung wichtig erscheinender Lagerstätten- und Rohstoffunterlagen von der Wehrmacht entlassen. Als Nachfolger von Josef Stiny übernahm er ab Oktober 1944 das Ordinariat für Geologie an der Technischen Hochschule (TH) in Wien. Zuvor war er für die Besetzung der Lehrstühle für Geologie in München und Straßburg in Diskussion gestanden (BArch, R 4901/24392). Für die Untersuchung des gesammelten Materials über die Erzlagerstätten der Balkanländer mit Unterstützung von Gustav Hiessleitner (1892–1964) gewährte der Reichsforschungsrat eine Sach-



Abb. 5. Zwangsarbeitslager und Baracken in Bor, undatiert (Yad Vashem).

beihilfe. Ein erster Bericht hätte bis Anfang April 1945 vorliegen sollen, die Arbeit kam aber bis auf zwei Arbeiten über die Chromerzlagerstätten Griechenlands nicht mehr zustande (BArch, R 9361-VI/377; Reichsamt für Bodenforschung an Clar, 09.10.1944, Zl. III 3432/44, Durchschrift, AGBA, Amtsarchiv, Kt. 1939-44; CLAR, 1994). NEMEC (2013a) zitiert eine Beurteilung vom 29. Dezember 1944, in der Clars Verhalten und seine Haltung aus nationalsozialistischer Sicht noch zu Ende der NS-Zeit als „einwandfrei“ beschrieben wird.

Die Befreiung Österreichs vom Nationalsozialismus brachte für Clar die Entlassung von der Hochschule nach dem Verbotsgesetz. Sie wurde mit den Angaben in einem eigenhändig unterschriebenen Fragebogen begründet, in dem Clar seine NSDAP-Mitgliedschaft seit 1933 und seine Tätigkeiten als Zellenleiter, als Kreisfachberater für Technik sowie im Presseamt des Gaudozentenbundes Steiermark vermerkte (Staatsamt für Volksaufklärung, für Unterricht und Erziehung, und für Kultusangelegenheiten, Zl. 4353/III-4a/45, Abschrift, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Clar Eberhard). Vom britischen Geheimdienst Field Security Section wurde er im August 1945 verhaftet und in den Lagern Weissenstein und Wolfsberg in Kärnten für die folgenden zwei Jahre interniert, wobei er einen Monat von der Haft beurlaubt war. Bei seiner NS-Registrierung nach dem Verbotsgesetz im Juni 1945 in Trieben gab er zwar an, „*Fachberater für Technik*“ gewesen zu sein, behauptete aber nur bis zum Parteiverbot NSDAP-Mitglied gewesen zu sein (Meldeblatt, 1945, Stadtarchiv Graz, in Folge: StAG, NS-Registrierung Eberhard Clar). Damit begann die Verklärung der eigenen Biografie. Nicht ganz den Tatsachen entspricht Clars 1994 veröffentlichte Schilderung, er sei „*von den österreichischen Gerichten nach nur einer Vernehmung und ohne Gerichtsverfahren entlassen*“ worden (CLAR, 1994: 125). In einer polizeilichen Anzeige wurde Clar im September 1946 als illegales NSDAP-Mitglied, Kreisfachberater für Technik des Kreises Graz-Land und „*überzeugter Nationalsozialist*“ beschrieben (Polizeidirektion Graz, Kriminalpolizei, Abt. 1 an Staatsanwaltschaft Graz, 12.09.1946, Steiermärkisches Landesarchiv, in Folge: StLA, LGS-Graz-Vr-4470-1947). Das Volksgericht Graz leitete ein Verfahren nach §§ 10 und 11 Verbotsgesetz ein, wodurch Clar mit „*schwerem Kerker*“ von bis zu 20 Jahren bedroht war. Vom Gericht wurde Clar zweimal als Beschuldigter vernommen sowie dessen Frau und die Professoren Georg Gorbach (1901–?), Bartel Granigg (1883–1951), Fritz Kohlrausch (1884–1953), Karl Zaar (1880–1949) und Friedrich Zotter (1894–1961) als Zeugen vernommen. Clar behauptete, niemals Kreisamtsleiter oder Kreisamtsberater gewesen zu sein, sondern nur eine nicht amtliche Stellung als Fachberater gehabt zu haben. Die Zeugen, Clars Kollegen, setzten sich alle für den Beschuldigten ein. Zudem hatte Clar Unterstützung vom Amt der Steiermärkischen Landesregierung – Landesberatungskomitee erhalten, welches an das britische Hauptquartier für Zivilangelegenheiten die Empfehlung richtete, die Internierung von Clar nicht aufrecht zu halten und eine Auslieferung an das österreichische Gericht bei der Austrian Court Section zu erreichen. Das Oberlandesgericht Graz verfügte im Juli 1947 die Enthaltung von Clar aus dem Internierungslager Wolfsberg (StLA, LGS-Graz-Vr-4470-1947). Im fortgesetzten Verfahren stellte das Staatspolizeiliche Büro der Polizeidirektion Graz entgegen der Verantwortung des Beschuldigten fest, dass Clar Presse- und Kulturreferent des

NS-Dozentenbundes und sehr wohl Kreisbeauftragter für Technik gewesen sei. Als Beweismittel legte die Staatspolizei Abschriften aus dem Organisations- und Geschäftsverteilungsplan der Gauleitung Steiermark der NSDAP für das Jahr 1940 vor, der „*keinen Entwurf oder Planung, sondern eine in allen Punkten zu recht bestehende Aufstellung dar[stelle]*“ (Polizeidirektion Graz, Staatspolizeiliches Büro an Landesgericht für Strafsachen Graz, 09.09.1947, ebd.). Nichtsdestotrotz konnte Clar im Oktober 1947 die Einstellung des Verfahrens erreichen (Antrags- und Verfügungsbogen, ebd.). Aufgrund seiner Funktionen war Clar weiterhin in der Registrierungsliste als „*belastet*“ verzeichnet. Ihm gelang nun durch zahlreiche Funktionäre der ehemaligen NSDAP den angeblichen Gegenbeweis zu erbringen, dass er zu diesen Ämtern entweder nicht berufen wurde oder sie nur vertretungsweise ausgeübt habe und konnte mit seinem Einspruch gegen die Registrierung die Verzeichnung als Minderbelasteter erreichen (Bescheid LAD Reg Ein 5 C 18/6-1947, 05.07.1948, StAG, NS-Registrierung Eberhard Clar).

Nach seiner endgültigen Haftentlassung 1947 arbeitete er als freiberuflicher Baugeologe und Berater für Lagerstättenkunde. So beriet er etwa die Magnesitwerke Veitsch hinsichtlich ihrer Bergbaue in Sunk/Trieben und Breitenau, hatte verschiedene Aufgaben bei der Alpine-Montan-Gesellschaft am steirischen Erzberg und in Hüttenberg und war Berater für die großen Stollen- und Tunnelprojekte zum Ausbau der Tiroler und Salzburger Wasserkraft (Eberhard Clar, Gebiete der bisherigen angewandt-geologischen Beratungstätigkeit, 12.07.1948, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Clar Eberhard). Die Entlassung von der Universität wurde für den minderbelasteten Clar im August 1948 aufgehoben, er wurde aber mittels Dekret im Oktober desselben Jahres im Alter von 44 Jahren in den Ruhestand versetzt (BMU, Zl. 21.907-III-9/49, ebd.). Nach dem Inkrafttreten des Bundesverfassungsgesetzes über die Streichung minderbelasteter Personen aus den Registrierungslisten wurde Clar im November 1949 letztlich aus der Registrierungsliste gestrichen (StAG, NS-Registrierung Eberhard Clar). Noch vor seiner Streichung hatte Clar seine Netzwerke aktiviert und war vom Professorenkollegium der Montanistischen Hochschule Leoben für die Besetzung des Lehrstuhles für Geologie vorgeschlagen worden. Für ihn setzten sich etwa die ehemaligen Nationalsozialisten Raimund Klebelsberg und Josef Stiny ein (BMU, Zl. 46.871-III-9/48, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Clar Eberhard). Mehrmals hatte Clar beim mächtigen Sektionschef Otto Skrbensky (1887–1952) wegen eines Termins interveniert. Da die Erhebungen zur politischen Vergangenheit Clars zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen waren, zeigte Skrbensky Clar die kalte Schulter, indem er ihn wissen ließ, dass „*die Frage der Besetzung der Lehrkanzel [...] noch nicht in jenes Stadium getreten ist, in welchem eine persönliche Aussprache erforderlich*“ erscheine (BMU, ZL. 31.791-III-9/49, ebd.).

Anfang 1950 bot ihm Direktor Heinrich Küpper eine Stelle als Vertragsbediensteter an der GBA an, die Clar auch übernehmen wollte. Eine Rückkehr in den Staatsdienst sollte ihm vorerst jedoch weiterhin vom Ministerium verwehrt bleiben und Clar übernahm die Leitung der Lagerstättenuntersuchung der Alpine-Montan-Gesellschaft. Erst im September 1954 wurde er zum ordentlichen Professor am Institut für Geologie der Universität Wien berufen, an der er bis zu seiner Emeritierung 1972 verblieb. In dieser



Abb. 6.  
Eberhard Clar bei der Verleihung der Haidinger-Medaille, 12. September 1975 (GBA).

Zeit war er Vorstand des Instituts für Geologie, unter anderem Mitglied der Staubeckenkommission und der Bundesstaatlichen Prüfungskommission für das Lehramt an Mittelschulen, 1957/58 Präsident der Geologischen Gesellschaft und im Studienjahr 1965/66 Dekan der Philosophischen Fakultät der Universität Wien. Insgesamt erhielt Clar neben der Haidinger-Medaille 24 Ehrenmitgliedschaften (KIRCHNER, 1996; AGBA, A 11579-BM). In seinen Dankesworten bei der Verleihung der Haidinger-Medaille 1975 nahm Clar Bezug zur Tradition der GBA, der er sich verpflichtet fühle und spannte den Bogen von seiner „*fachlichen Jugend*“ bis in die Gegenwart (Abb. 6). Er gehöre einer Generation an, der „*eine tragende Rolle beim Wiederaufbau unseres Landes und unseres Faches nach den Zerstörungen zweier großer Kriege zugefallen*“ sei. Die tragende Rolle, die illegalen Nationalsozialisten wie ihm selbst beim Untergang Österreichs 1938 zufiel, blieb dabei ausgeblendet (Eberhard Clar, 125-Jahrfeier der GBA, Dankesworte, Gedächtnis-Niederschrift, 13.09.1975, AGBA, Amtsbücherei, Zl. 1517/1975). Entgegen seinen Aussagen im Zuge der Entnazifizierung gab Clar 1994 in seinen Lebenserinnerungen schließlich zu, dass er durch die Übernahme „*kleiner Ämter in der NS-Partei*“ beim Aufbau einer „*echten Volksgemeinschaft*“ mitgeholfen habe und „*Kreisbeauftragter für Technik*“ wurde. Er sah dies als „*eine an sich interessante Aufgabe, die durch das Gewicht der Partei die technische Entwicklung (Verkehr, Energieversorgung, Wasser) rückständiger Teile des Bereiches fördern sollte*“ (CLAR, 1994: 124). Clar verstarb am 7. Dezember 1995.

Im Jahr 2013 untersuchte eine Kommission die historische Bedeutung jener Persönlichkeiten, nach denen Wiener Straßen benannt sind. Aus der Studie wurde hier ausführlich zitiert. Die Kommission stufte die 2009 erfolgte Benennung des Clarplatzes als historisch kritisch ein (NEMEC, 2013a). Bezugnehmend auf diese Forschungsergebnisse trat RICHARD LEIN (2020) für Clar ein. Der Kriterienkata-

log der Kommission sei nicht breit genug gefächert gewesen und die Biografien der angeführten Personen nicht über das Jahr 1945 hinaus verfolgt worden. Lein sah seinen Fachkollegen Clar nach der Enthebung im Rahmen der Entnazifizierung nun „*ein zweites Mal an den Pranger gestellt*.“ In Hinblick auf Clars Parteitätigkeit sei es, so Lein weiter, für einen Deutschnationalen wie Clar „*nichts Ungewöhnliches sich einer ‚Partei mit Zukunft‘ zu verschreiben*.“ Außer Clars Mitgliedschaft bei der NSDAP und lobenden Erwähnungen vorgesetzter Parteiinstitutionen sei „*nichts Negatives*“ über ihn bekannt. Er hätte sich im „*Dritten Reich*“ nichts zuschulden kommen lassen (LEIN, 2020: 180–181). Allerdings kamen lobende Erwähnungen nicht nur von vorgesetzten Parteiorganisationen, sondern Clar rühmte sich auch selbst in eigenhändig unterschriebenen Dokumenten für seine illegale NS-Betätigung. Gerade dann, wenn biografische Analysen über das Jahr 1945 hinaus geführt werden, sollte nicht außer Acht gelassen werden, dass eine NSDAP-Mitgliedschaft zwischen Juli 1933 und März 1938 auch nach der Befreiung vom Nationalsozialismus 1945 als „*Hochverrat*“ galt. Clar war zudem nicht nur illegales Parteimitglied, sondern hatte Funktionen in NS-Organisationen inne. Beides bleibt bei Lein unerwähnt. Hingegen reproduzierte er den von Clar geschaffenen Narrativ, er sei ohne Gerichtsverfahren fast zwei Jahre inhaftiert gewesen (ebd. 181). Wie oben ausgeführt, konnte Clar die Einstellung des Verfahrens vor dem Volksgericht mit Hilfe seines Netzwerks nur durch unrichtige Angaben zu Tatsachen erreichen, die er 1994 dann doch teilweise einräumte. Lein führte über Clars Tätigkeit am Balkan aus, dieser habe auf die „*ihm nahegelegte rasche Produktionssteigerungen, die nur durch Raubbau zu erzielen gewesen wären, verzichtet*.“ Auch habe Clar „*verhindert, dass beim Rückzuge der Wehrmacht vom Balkan die dortigen Bergbaue durch Sprengung bzw. Flutung zerstört wurden*“ (ebd. 182). Mangels Quellenangaben konnte dieser Befund die frühe Forschung von SCHÖNFELD (1976) zur deutschen Rohstoffpolitik in Jugoslawien nicht entkräften: In Hinblick auf den von oben geforderten überdimensionalen Ausbau der Produktionsanlagen in Bor, der die finanzielle Belastungsfähigkeit des Unternehmens bei weitem überstiegen habe, sei bei der forcierten Erhöhung des Ausstoßes auch immer stärker auf eigentlich nicht mehr abbauwürdige Erze zurückgegriffen worden. Außerdem sei nach der Einstellung der Produktion und der Bauarbeiten im September 1944 die Zerstörung der Werke gar nicht vorgesehen gewesen (ebd. 249–251).

### Friedrich, Othmar Michael

Anlass der Verleihung: 130-Jahr-Feier der GBA.  
Datum der Verleihung: 8. November 1979, wegen Verhinderung der Teilnahme an der Feier am 12. Juni 1979 (Ronner an Friedrich, 31.10.1979 und Friedrich an Ronner, 14.11.1979, Zl. 2364[1]/1979, AGBA, Amtsbücherei). Begründung für die Verleihung (wurde ursprünglich nicht veröffentlicht): „*Zu seinen Verdiensten gehören nicht nur Forschung und Lehre (Montanhochschule bzw. -Universität Leoben) im Bereich der Lagerstätten, sondern auch der Aufbau eines umfangreichen Lagerstättenarchivs der gesamten Ostalpen. Weiters geht auch die Gründung der Zeitschrift ‚Archiv für Lagerstättenforschung in den Ostal-*



Abb. 7.  
Othmar Michael Friedrich, undatiert (Archiv der Montanuniversität Leoben).

pen' im Jahr 1963 auf seine Person zurück. Diese Reihe findet seit 1982 als ‚Archiv für Lagerstättenforschung‘ eine Fortführung an der Geologischen Bundesanstalt“ (HOFMANN, 1999: 396).

Othmar Michael Friedrich (Abb. 7) wurde am 18. Dezember 1902 in Graz geboren, wo er die Staatsrealschule besuchte und an der Fakultät für Chemie der TH Graz studierte. Ab 1927 war er wissenschaftliche Hilfskraft und promovierte 1929 mit der Arbeit „Die Siderit-Eisenglimmerlagerstätte von Waldenstein in Ostkärnten“. An der Fakultät war er ab Oktober 1931 außerordentlicher Assistent. Mit der Arbeit „Zur Kenntnis der Erzlagerstätte von Lamprechtsberg, eine alte pegmatitische Erzlagerstätte der Ostalpen“ erhielt er 1933 die Lehrbefugnis für das Fachgebiet Mineralogie und Lagerstättenlehre mit besonderer Berücksichtigung der Erzmikroskopie (Zl. 36.747-I/2/33, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Friedrich Othmar). Im Oktober 1932 trat er über den Steirischen Heimatschutz der NSDAP bei und erhielt die Mitgliedsnummer 1,304.389 (Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, NSDAP-Ortsgruppenkartei, in Folge: IfZ, OGK, F-0006; Polizeikommissariat Leoben, Kriminalpolizei, Beurteilung, 10.03.1948, Zl. 2374/48/Fr., StLA, BH Leoben, Registrierung Gruppe 14/II: Othmar Michael Friedrich). Nach der Zusammenlegung der Montanistischen Hochschule Leoben und der Technischen Hochschule Graz nach dem Juliputsch 1934, die eine letztlich wenig wirksame Maßnahme zur Überwachung der nationalsozialistischen Umtriebe in diesen Organisationen sein sollte, wurde Friedrich im März 1936 Assistent von Ernst Bierbrauer am Institut für Aufbereitung und Veredelung in Leoben (Zl. 6.490-I/2/36, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Friedrich Othmar). Schon im November des gleichen Jahres übersiedelte er in das Deutsche Reich, wurde Mitarbeiter der Lagerstättenkundlichen Forschungsstelle in Leipzig bzw. Freiberg/Sachsen und arbeitete im Sinne des deutschen Vierjahresplanes. In Leipzig stand er unter anderem mit dem nach Berlin geflüchteten Erich Haberfelner wegen österreichischer Erzlagerstätten in Kontakt. Es gebe noch „eine Menge auszusprechen, auch hinsichtlich der Heimat“ schrieb er an Haberfelner, darunter wären „auch Dinge, die sich schlecht schreiben“ ließen, da „Vieles noch im werden“ sei (Haberfelner an Friedrich 04.06.1937, AGBA, Friedrich-Archiv, 65.022; Friedrich an Haberfelner, 09.06.1937, AGBA, Friedrich-Archiv, 65.023). Von Deutschland aus kollaborierte Friedrich mit der Lagerstättenforschungsstelle in Leoben unter Robert Müller

(1897–1951) und Armin Dadiou (1901–1978). Gemeinsam mit Artur Winkler-Hermaden hielten Friedrich und Dadiou eine eingehende Aussprache über Ziel und Organisation der Untersuchung österreichischer Lagerstätten ab. Beabsichtigt waren etwa montangeologische Erhebungen im Gebiet von Schlaining im Burgenland und in den Bergbauen von Hüttenberg und Bleiberg in Kärnten (DANNER, 2015: 19–20).

Das Fakultätskollegium der Montanistischen Fakultät in Leoben hatte im Juni 1937 einstimmig den Beschluss gefasst, für den zur Errichtung beantragten ordentlichen Lehrstuhl für Mineralogie und Gesteinskunde Friedrich vorzuschlagen (Dekanat der Fakultät für Montanwesen, Technische und Montanistische Hochschule Graz-Leoben an BMU, Zl. 1088-1937, 05.06.1937, Durchschrift in Zl. IV-2b/3867/40, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Friedrich Othmar). Im Oktober 1937 kehrte er wieder nach Leoben zurück, wo er – vorerst als Supplent – weiter für die Interessen des Deutschen Reichs arbeitete. Müller zufolge war Friedrich in der „illegalen Bodenforschungsstelle der Montanistischen Hochschule leitend tätig.“ Diese Stelle, so Müller weiter, „arbeitete im direkten Auftrag des Herrn Generalfeldmarschall Göring an der Erschließung der Bodenschätze der Ostmark.“ Friedrich habe „das persönliche Vertrauen“ Görings genossen, der ihn nach dem „Anschluss“ bei seiner Reise durch Österreich (Abb. 8) als geologischen Berater mitnahm (Dozentenbundführer Robert Müller an den Reichsdozentenbundführer Schultze, Abschrift, o.D., ebd.).

Seine Ernennung zum Ordinarius in Leoben verzögerte sich durch den „Anschluss“. Friedrich musste bis Anfang 1940 supplieren. Er hatte Angebote der Reichsstelle für Bodenforschung erhalten, drängte auf eine Entscheidung bezüglich der Professur und gab seinen Entschluss bekannt, nur noch bis Mitte Jänner 1940 zuzuwarten. Sollte bis dahin keine Entscheidung getroffen sein, fühle er sich der Hochschule gegenüber nicht mehr verpflichtet. Auch lehnte er die Übernahme einer allfälligen weiteren Supplierung ab (Aktenvermerk, IV/2b/356.309/39, ebd.). Anfang Jänner 1940 wurde er dann von Hitler zum ordentlichen Professor mit Wirkung 1. Dezember 1939 ernannt (Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung an Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Ministerium



Abb. 8.  
Görings Ankunft in Leoben, 1938 (MuseumsCenter Leoben/Stadtarchiv).

für innere und kulturelle Angelegenheiten, 02.01.1940, WP 3834 b, erliegt ebd.). Nach dem „Anschluss“ übernahm er zudem die Leitung eines Referates mit der sperrigen Bezeichnung „Reichsstelle für Bodenforschung, Zweig Ostmark, Abteilung Lagerstätten; Leoben, montanistische Hochschule“ (DANNER, 2015: 74). Für die Reichsstelle bzw. das Reichsamt für Bodenforschung leitete er von 1938 bis 1941 Aufschlussarbeiten, so etwa Rabant, Dellach, Pusterwald, Schellgaden und Gratlspitz (Friedrich an Ronner, 23.05.1979, Zl. 1030/2/1979, AGBA, Amtsarchiv). Die Bedeutung des Leobener Referates nahm jedoch zunehmend ab, da Friedrich zufolge, nach den deutschen Eroberungen in Südosteuropa, das Interesse der Reichsstelle für Bodenforschung in Berlin an den ostalpinen Lagerstätten zurückging. Etwa 1941 kam es zur Lösung aller Beziehungen des Referates mit der Berliner Reichsstelle (DANNER, 2015: 74). Ab Winter 1941/42 begann Friedrich eine eingehende Lagerstättenaufnahme der Talkbergbaue am Rabenwald, die er erst im April 1945 abschloss (Friedrich an Ronner, 23.05.1979, Zl. 1030/2/1979, AGBA, Amtsarchiv). Er blieb „für kriegswichtige Bergbaubetriebe dauernd beschäftigt“ und klagte gegenüber dem SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt, er könne „diesen Anforderungen kaum nachkommen“ (ebd.).

Trotz des Krieges wollte Friedrich sich das Skifahren nicht nehmen lassen (Friedrich an SS-Sturmbannführer Schmidt-Klevenow, 16.10.1943, BArch, R/9361/VI/750). Er richtete im November 1942 ein Schreiben an den Deutschen Alpenverein, in dem er die Widerrufung eines erlassenen Verbotes des Skifahrens in der Steiermark forderte. Diese Kritik brachte ihm ein Verfahren vor dem NSDAP-Parteigericht ein. Er habe damit an der Anordnung des Reichsstatthalters und Gauleiters Sigfried Uiberreither (1908–1984) „nicht nur eine unsachliche Kritik geübt, sondern auch die Partei auf das schärfste angegriffen“ (NSDAP Gaugericht Steiermark an Friedrich, 17.12.1942, Kopie, StLA, BH Leoben, Registrierung Gruppe 14/II: Othmar Michael Friedrich). Der Leiter der Parteikanzlei Martin Bormann (1900–1945) sprach zwar eine strenge Verwarnung aus, Friedrich blieb aber Mitglied der NSDAP (Bormann an Friedrich, Kopie, 13.11.1943, ebd.). Es gibt in den NS-Akten keinerlei Hinweise, dass diese Kritik ihn „fast auch in ein Konzentrationslager brachte“, wie es in biografischen Verklärungen später behauptet wurde (HADITSCH, 1992: 376). Bis Kriegsende setzte sich Friedrich fachlich für das NS-Regime ein, beispielsweise bearbeitete er ab Oktober 1944 die Lagerstätte Schneeberg bei Sterzing und erhielt den Forschungsauftrag „Sinterdolomit“. Das Gauamt für Technik sowie das Heeresbauamt Graz zogen ihn zur Beratung bei, etwa bei der Anlage von Luftschutzstollen oder Industrieverlagerungen. Im Jahr 1944 beteiligte sich Friedrich an elf solcher Bauvorhaben (Friedrich an Beurlen, 17.01.1945, AGBA, Friedrich Archiv, 76.035). Bis zum Zusammenbruch der NS-Diktatur blieb er Professor der Naturwissenschaftlichen Fakultät der Montanistischen Hochschule Leoben. Die Forschung zur Leobener Hochschule ist in Hinblick auf den Nationalsozialismus und dessen Folgen noch sehr lückenhaft. Der VERBAND SOZIALISTISCHER STUDENTINNEN ÖSTERREICHS, SEKTION LEOBEN (2017) legte eine Broschüre vor, die unter anderem, mit 86 Prozent NSDAP-Mitgliedern, für die „Leobner Hochschüler den höchsten Organisationsgrad an den österreichischen Universitäten“ feststellte (ebd. 7). Anfang 2018 wurde durch den Rektor der Leobener Universität, Wilfried Eichlseder,

bekannt, die Universität habe „schon vor längerem eine Historiker-Kommission einberufen, die dunkle Flecken in der Vergangenheit der Montan-Uni aufzeigen und durchleuchten soll“ (AUSTRIA PRESSE AGENTUR, 2018). Forschungsergebnisse dieser Kommission sind bisher nicht veröffentlicht worden.

Als Nationalsozialist wurde Friedrich nach dem Ende des NS-Regimes an der Montanistischen Hochschule enthoben. Stellvertretend für „verhinderte Personen“ war er nach Kriegsende Betriebsleiter zweier Bergbaue (Friedrich an Ronner, 23.05.1979, Zl. 1030/2/1979, AGBA, Amtsarchiv). Anfang Juni 1945 wurde er in einem Zeitungsartikel erwähnt, der sich auf Basis von einem aufgefundenen „Dokument des Verrats“ mit der Auslieferung von Rohstoffdaten an das Deutsche Reich vor dem „Anschluss“ befasste. Die genannten Personen seien „schamlos genug“ gewesen, „das Material, das ihnen die österreichische Hochschule zu Lehr- und Forschungszwecken zur Verfügung stellte, Hitler zur Vorbereitung seiner Raubzüge auszuliefern.“ Vielleicht kokettiere, so der Artikel weiter, „mancher dieser Herren jetzt noch damit, durch einen geschickten Trick seine Illegalität abzustreifen und nunmehr den Harmlosen zu spielen. Vielleicht hat er schon seinen Bekannten weisgemacht, dass er nie illegal war und den Nazismus immer ablehnte“ („Grazer Volkszeitung“, 06.06.1945: 1). Bei Friedrich war genau dies der Fall. Im August 1945 registrierte er sich nach dem Verbotsgesetz als Nationalsozialist, reichte zeitgleich ein Ansuchen um Ausnahme von der Registrierung ein und präsentierte sich als „scharfer Gegner der NSDAP“. Er behauptete, dass er sich nach dem Parteiverbot von der NSDAP zurückgezogen hätte und dass er auf eine „Liste der Abtrünnigen“ gekommen sei, da er keine Beiträge mehr bezahlte. Seine Ernennung zum Professor hätte sich bis Februar 1940 verzögert, weil er „Schwierigkeiten und Anfeindungen zu überwinden“ gehabt hätte und im Zuge des Parteigerichtsverfahrens sei er nur knapp einem KZ entgangen (Ansuchen um Erlassung der Registrierung als Mitglied der ehemaligen NSDAP, 21.08.1945, StLA, BH Leoben, Registrierung Gruppe 14/II: Othmar Michael Friedrich). Einige Wochen später legte Friedrich nach. Er habe sich für Egon Krajicek (1908–1991) eingesetzt, den er in NS-Diktion als „Mischling 2. Grades“ beschrieb. Er habe zudem die Ehefrau des NS-Gegners J. Krischan (vermutlich Josef Krischan, 1904–?) angestellt und für die Ehefrau eines hingerichteten Widerstandskämpfers (vermutlich Johann König, 1900–1942) interveniert. Weiters habe er sich für einen Studierenden „Mischling 1. Grades“, eingesetzt, verschiedene kritische Eingaben gemacht, etwa die bereits erwähnte bezüglich des Skilaufs (Beilage zum Ansuchen um Erlassung der Registrierung, 23.10.1945, StLA, BH Leoben, Registrierung Gruppe 14/II: Othmar Michael Friedrich). Bei HUBMANN et al. (2017: 75) finden sich keine Hinweise auf eine NS-Verfolgung Krajiceks. Auch die üblichen Persilscheine legte Friedrich im Entnazifizierungsverfahren nicht vor. Für die durch die drei anerkannten Parteien gebildete Leobener Kommission waren die von ihm angegebene Gründe für eine Ausnahme von der Registrierung nicht ausreichend. Er blieb in der Liste der Nationalsozialisten verzeichnet (Beilage zum Ansuchen um Erlassung der Registrierung, 23.10.1945, StLA, BH Leoben, Registrierung Gruppe 14/II: Othmar Michael Friedrich).

Bei der Sonderkommission I. Instanz hingegen, die über die Aufnahme des enthobenen Professors in die neuge-

bildeten Personalstände der wieder entstandenen Republik zu entscheiden hatte, fanden seine Entlastungsargumente Anklang. In ihrer Erkenntnis vom November 1946 übernahm die Kommission alle seine Angaben, sogar die Behauptung, dass Friedrichs Aufnahme in die NSDAP infolge des Parteiverbotes nicht durchgeführt worden sei (Erkenntnis der Sonderkommission I. Instanz beim BMU, 03.11.1946, Zl. 579/SK/46, in BMU, Zl. 47.979-III/9/46, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Friedrich Othmar). Wie schon bei der NS-Registrierung hatte Friedrich seine niedrige Mitgliedsnummer in dem dafür vorgesehenen Feld des Personenstandesblattes im Unterrichtsministerium vorsorglich nicht angegeben (Personenstandesblatt, 15.06.1946, in BMU, Zl. 38.425/III-9/49, ebd.). Er wurde im Lehramt belassen und 1947 bereits im Jahrbuch der Hochschülerschaft als ordentlicher Professor geführt (PRESSEREFERAT DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHULEN, 1947: 85). Die beiden Beisitzer der Kommission, Hans Gerstinger (1885–1971) und Rektor Franz Platzer (1894–1961), hatten ihre Professuren selbst während der NS-Zeit erhalten. Platzer schrieb 1946, dass die Leitung der Montanhochschule der Überzeugung gewesen sei, dass *„Anschuldigungen und Verfügungen, auf den speziellen Rahmen unserer Schule bezogen, keine sinngemäße Anwendung finden dürfen und dass eine restlose Durchführung mancher Verordnung unübersehbare Nachteile für die Hochschule nach sich gezogen hätte“* (WEINGAND, 1995: 94). Die kommunistische Zeitung *„Volksstimme“* (04.01.1946: 3) hatte bereits Anfang 1946 die Zustände an der Montanhochschule beklagt. Der *„nazifreundliche Rektor“* Platzer habe alle belasteten Parteigenossen zum Studium weiter zugelassen, aber dafür die Wiederzulassung eines 1938 aus der NSDAP ausgetretenen Studierenden abgelehnt. Erst auf Druck des zuständigen Offiziers der britischen Besatzungsmacht habe Platzer fünf *„schwerbelasteten illegalen SS-Leuten“* die Lehrbefugnis entzogen. Bei dieser Einstellung des Rektors sei es nicht verwunderlich, dass sich alle *„ehemaligen Naziprofessoren“* noch im Amt befänden.

Trotz seiner Rehabilitierung an der Hochschule war Friedrich weiterhin als minderbelasteter Nationalsozialist registriert. Mit Bezug zur Erkenntnis der Sonderkommission richtete er nun an Bundespräsident Karl Renner (1879–1950) ein Nachsichtsgesuch zur Ausnahme von den Sühnfolgen (Friedrich an Renner, 29.09.1947, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Friedrich Othmar). Der Leobener Bürgermeister Gottfried Heindler (1879–1966) sprach sich gegen die Ausnahme Friedrichs aus. Diese läge nicht im öffentlichen Interesse. Umstände, die eine besondere Berücksichtigung rechtfertigen würden, seien nicht bekannt und es könne bisher nicht gesagt werden, dass Friedrich sich positiv zur Republik Österreich eingestellt hätte (Stadtamt Leoben an Bezirkshauptmannschaft Leoben, 19.04.1948, Zl. I-022-00, StLA, BH Leoben, Registrierung Gruppe 14/II: Othmar Michael Friedrich). Der Bezirkshauptmannschaft Leoben wurde erst 1948, nach Ermittlungen des Polizeikommissariats Leoben durch Einsichtnahme in den Personalakt an der Hochschule sowie in eine aufgefundene Karteikarte, Friedrichs niedrige NSDAP-Mitgliedsnummer bekannt. Entgegen Friedrichs früherer Meldung wurde diese Nummer nun in der Registrierungsliste nachgetragen (Bezirkshauptmannschaft Leoben, Registrierungsbehörde, Bescheid, Zl. 20 Fi 11/4, 20.04.1948, ebd.). Sein Ansuchen um Ausnahme von den Sühnfolgen wurde hinfällig, da er Ende 1948 unter die Minderbelastetenamnestie

fiel (Amt der Steiermärkischen Landesregierung an Bezirkshauptmannschaft Leoben, 30.11.1948, ebd.). Im August 1949 ernannte ihn Bundespräsident Renner zum außerordentlichen Professor und verlieh ihm den Titel eines ordentlichen Professors, da im Dienstpostenplan lediglich eine außerordentliche Lehrkanzel vorgesehen war. Am 20. April 1953 erfolgte die Ernennung zum ordentlichen Professor für Mineralogie und Gesteinskunde (BMU, Zl. 42.322-I/3-53, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Friedrich Othmar).

Da Friedrichs Verhältnis zur GBA als durchaus angespannt bezeichnet werden kann, soll sein Konflikt mit der Anstalt in Hinblick auf die spätere Verleihung der Haidinger-Medaille kurz umrissen werden. Schon zur Zeit der Wiener Anstalt als Zweigstelle des Berliner Reichsamtes für Bodenforschung urgierte Friedrich eine nicht erledigte Anfrage harsch: Er könne sich *„wohl die primitivste Höflichkeit erwarten, die darin besteht, dass die allfällige Nichterfüllbarkeit eines Auftrages kurz mitgeteilt wird. Oder ist auch dies vom Reichsamt zu viel verlangt?“* (Friedrich an Reichsamt für Bodenforschung, Zweigstelle Wien, 03.03.1944, Zl. 890/1944, AGBA, Amtsarchiv). In den 1960er Jahren erreichte der Konflikt seinen Höhepunkt. Friedrich, der seiner Ansicht nach in seinem *„reichen wissenschaftlichen Wirken eine Reihe von anerkannten Großleistungen geschaffen“* habe, sah seine *„bahnbrechenden Lagerstättenforschungen“* nicht ausreichend gewürdigt. Er führte den sich zuspitzenden Konflikt zwischen ihm und der GBA auf das Verschweigen seiner Grundlagenforschung in der Karte von Niederösterreich zurück (Friedrich an das Rektorat der Montanistischen Hochschule Leoben, 12.02.1964, erliegt in Zl. 37.005-I/3/64, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Friedrich Othmar). Der Konflikt eskalierte, als Friedrich in seiner ab 1963 im Eigenverlag erschienenen Zeitschrift *„Archiv für Lagerstättenforschung“* die Bundesanstalt öffentlich kritisierte, nachdem er bereits zuvor Angriffe auf hektographierten Blättern in Umlauf gesetzt hatte (Küpper an BMU, 02.12.1963, GBA Zl. 1758/1963 in 118.964-3/63, ebd.). Die Republik Österreich bezeichnete er nur unter Anführungszeichen gesetzt als *„demokratisches Gebilde“*. Doch dies war gar nicht der Stein des Anstoßes, sondern Friedrichs Kritik, dass der Staat keine Aufschlussarbeiten vornehme, da *„die Staatsbeamten zumeist ja nach Parteiproporz angestellt, nach Dienstaltes und Zugehörigkeit zu Parteiliederungen bezahlt, aber nicht nach Fähigkeiten und Tüchtigkeit entlohnt werden.“* Zudem warf er dem ehemaligen Chefgeologen Heinrich Beck (1880–1979) in Bezug auf seine Kartierungsarbeit in der Kreuzeckgruppe in den 1930er Jahren vor, dass ihm *„die Steuerzahler durch viele Jahre hindurch einen gut bezahlten Gebirgsaufenthalt ermöglicht haben, der nicht durch eine entsprechende Gegenleistung (geologische Karte) abgegolten erscheint“* (FRIEDRICH, 1964a: 7, 217).

GBA-Direktor Heinrich Küpper beschwerte sich beim BMU. Es sei nicht einzusehen, *„warum ausschließlich dem Staat die Verpflichtung zufallen solle, risikoreiche Aufschlussarbeiten aus Steuergeldern zu tragen.“* Zudem sei es unrichtig, dass Beck keine geologische Karte erstellt habe (Becks geologische Karte der Kreuzeckgruppe 1:50.000 befindet sich in der GBA-Kartensammlung unter der Signatur A 03863-km). Küpper sah die *„Ehre des Bundesbeamten im allgemeinen sowie eines Beamten der Geologischen Bundesanstalt im besonderen“* herabgesetzt und

schlug dem Ministerium Schritte vor, Friedrich zur schriftlichen Zurücknahme der Äußerungen zu bewegen (Küpper an BMU, 02.12.1963, GBA Zl. 1758/1963 in 118.964-3/63, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Friedrich Othmar). Eine Interpretation von Thomas Hofmann des fachlichen Hintergrundes der Auseinandersetzung ist, dass Friedrich nicht mit den modernen und an der GBA bereits praktizierten Forschungsmethoden mithalten konnte (HOLZER, 1958, freundlicher Hinweis von Hofmann). Das BMU, wo Friedrich bereits „als schwierig und aggressiv bekannt“ war, veranlasste Friedrich über das Rektorat der Montanuniversität zu einer Stellungnahme (Zl. 109.888-I/3/67, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Friedrich Othmar). Friedrich wies seine 1951 erfolgte Ernennung zum Korrespondenten der GBA zurück und teilte mit, er „sende das betreffende Dekret – da es wegen seines steifen Papiers zu einer anderweitigen Benützung ungeeignet ist – zurück, nachdem es entwertet wurde“ (Friedrich an GBA, 22.07.1964, Kopie in Zl. 37.005-I/3/64, ebd.). Seine Aussagen nahm er hingegen nicht zurück, sondern legte im „Archiv für Lagerstättenforschung“ noch nach: Die GBA sei „nicht in der Lage oder willens“, seines Erachtens fehlende, aber dringend erforderliche Kartenblätter herauszugeben. Man müsse dankbar sein, dass „ausländische Institute in einer Art ‚Entwicklungshilfe für (geistig) unterentwickelte Gebiete‘ (um in der heute üblichen Sprache zu reden) eingesprungen“ seien (FRIEDRICH, 1964b: 124). Friedrich bezog sich dabei auf die Beiträge von Reinout Willem van Bemmelen (1904–1983) (VAN BEMMELEN, 1957, 1961). Küpper entgegnete gegenüber dem BMU, die Äußerungen entsprächen nicht der „Würde eines österreichischen Hochschullehrers“ und es sei beim Programm der Herausgabe nicht möglich, „die Wünsche eines Leobener Mineralienkabinetts in Details zu berücksichtigen“ (Küpper an BMU, 02.10.1964, GBA Zl. 1376/64 in 37.005-I-3/64, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Friedrich Othmar).

Der öffentlich ausgetragene Konflikt flaute erst ab, als das Ministerium Friedrich ein Disziplinarverfahren androhte (Sektionschef Franz Hoyer an Rektor Karl Trutnovsky, 29.10.1964, Konzept, Zl. 37.005-I/3/64, ebd.). Sein Verhältnis zur GBA dürfte sich erst in der Direktionszeit Felix Ronners verbessert haben. Friedrich war im Ausschuss der TH Graz für Ronners Habilitation gewesen (Zl. 109.680-3/61, ebd.). Die von Friedrich 1963 gegründete Zeitschrift „Archiv für Lagerstättenforschung“ war seit seiner Emeritierung 1973 unterbrochen. Der nachfolgende Institutsvorstand habe, so Friedrich „an einer solchen, viel Mühe und auch Kosten verursachenden Zeitschrift kein Interesse“ gehabt (Zl. 1030/1/1979, AGBA, Amtsarchiv). Die GBA übernahm vom Verlag „Institut für Mineralogie und Gesteinskunde, Montanuniversität Leoben“ alle Rechte für die Zeitschrift und führte sie 1982 fort.

Im Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus (DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES, 1996: 323–324) wird Friedrich mehrmals erwähnt, und zwar unter anderem als Referent bei der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik in Wien, in deren Zeitschriften sich immer wieder Beiträge mit neonazistischer und „revisionistischer“ Tendenz fanden (1973), als zweiter Präsident der „Deutschen Kulturgemeinschaft“ (1977), als Sprecher des Aktionskomitee zur Rettung der neonazistischen Zeitschrift „Sieg“ (1978) oder als Mitunterzeichner des Aufrufs für eine Generalamnestie für NS-Verbrechen in der rechtsextremen „Deutschen National Zeitung“ (1979).



Abb. 9. Hetzschrift „Auf dem Stundenplan“, 1978 (Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes).

Deutschnationale und rechtsextreme Positionen flossen in Friedrichs „wissenschaftliches“ Werk ein. Rechtsextremismus ist nach HOLZER (1996) ein ideologisch-politisches Konglomerat, dessen zentrale Idee die Annahme natürlicher Ungleichheit ist. In dem Band „Boden, Bodenschätze und Völker“ (FRIEDRICH, 1972) ging er auf die „verschiedenen Menschenrassen und ihre Eigenheiten“ ein (ebd. 5). Er stellte in den Raum, dass negative menschliche Eigenschaften an der „Beimischung maurischen Blutes“ (ebd. 63) bzw. an einem „arabischen Bluteinschlag“ lägen (ebd. 92). Den deutschen Kolonialismus bezeichnete er als die Politik seines „Vaterlandes“ (ebd. 15). Er zitierte die rechtsextremen Zeitschriften „Mut“ (ebd. 96) und „Kommentare zum Zeitgeschehen“ (ebd. 98) sowie die zwei Autoren Jacques de Mahieu (1915–1990) und durchgehend Jürgen Spanuth (1907–1998) des rechtsextremen Grabert-Verlags. Den Holocaust versuchte er mit der Gleichsetzung der spanischen Conquista aufzurechnen (ebd. 63) und rechtfertigte das rassistische Unrechtsregime des südafrikanischen Apartheidstaates: „Für primitive Hilfsarbeiten haben sie Neger mühsam angelernt und abgerichtet und sie damit mit der höheren Kultur bekannt gemacht.“ Unter den „Farbigen“ gebe es nur „ab und zu auch intelligente Menschen“ (ebd. 99). Außerdem sprach er von der „Entartung der ‚modernen‘ Kunst“ (ebd. 103). Dieser Begriff hatte in der Zeit des Nationalsozialismus bekanntlich Hochkonjunktur.

In der Zeit zwischen Mitte Mai und Mitte Juni und im Dezember 1978 verbreitete Friedrich gemeinsam mit dem Rechtsextremisten Walter Ochensberger (geb. 1942) in Hörbranz, Lochau und Leoben die Zeitschrift „Aktuell-Jugend-Pressedienst“ (Abb. 9). Die Zeitschrift enthielt den von Friedrich verfassten Artikel „Psychologische Kriegsführung“. Darin wurde der Holocaust in Frage gestellt und verharmlost: „Die Zahl von angeblich 6 Millionen in den KZ's ermordeten Juden ist eine infame Lüge.“ Es seien nur „200 000 bis 300 000 Juden aus rassistischen Gründen umgekommen.“ Zudem führte Friedrich aus, die nächsten Kriege würden „keine Kämpfe von Mann zu Mann sein, sondern der jüdischen Denkweise entsprechend die Massenvernichtung ganzer Völker von einem Schreibtisch aus.“

Es bestünde, so Friedrich, vor allem die Hoffnung „*unser deutsches Volk*“ auszurotten. Im Artikel „Letzte Meldung“ der Zeitschrift wurde der Holocaust geleugnet und behauptet, dass Gaskammern in deutschen Konzentrationslagern nur eine Erfindung der (alliierten) Kriegspropaganda gewesen seien (Staatsanwaltschaft Feldkirch, Strafantrag, 31.03.1980, Zl. 10.819/1-13/84, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Friedrich Othmar).

Im folgenden Jahr erhielt Friedrich die Haidinger-Medaille verliehen. Offenbar kam es bei der Vergabe der Medaille zu einer Junktimierung mit der Übernahme des sogenannten Friedrich-Archivs durch die GBA. Laut dem ehemaligen GBA-Mitarbeiter Herbert Pirkl gab es einen direkten Zusammenhang mit der Medaillen-Verleihung und der Übergabe von Friedrichs persönlichem Archiv an die GBA. In der Sitzung zur Auswahl der Kandidaten für die Medaille habe es bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GBA eine breite Ablehnung gegen Friedrich gegeben. Es sei eine „*ziemlich heftige Diskussion*“ gewesen, so Pirkl. Direktor Ronner habe Friedrich als Preisträger letztlich „*durchgedrückt*“, mit dem Argument der Archiv-Übergabe (E-Mail von Herbert Pirkl an Albert Schedl, 16.07.2020, Kopie im Besitz des Verfassers). Das Friedrich-Archiv ist nach SCHEDL et al. (2006) eines der umfangreichsten montanwissenschaftlichen Privatarhive auf dem Gebiet der Rohstoffforschung in Österreich.

Die Staatsanwaltschaft Feldkirch stellte im März 1980 einen Strafantrag wegen des Verdachtes nach § 283 des Strafgesetzbuches (Verhetzung) (Staatsanwaltschaft Feldkirch, Strafantrag, 31.03.1980, 1 St 2602/78 in Zl. 10.819/1-13/84, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Friedrich Othmar). Nach der Einleitung des Strafverfahrens sollte die Hauptverhandlung am 20. Mai 1981 in Feldkirch stattfinden. Friedrich erschien jedoch nicht vor Gericht und teilte mit, er sei auf einer Forschungsreise im „*hohen Norden*“ (Landesgericht Feldkirch an Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, in Folge: BMWF, 20.05.1981, 21b E Vr 1323/78 in Zl. 10.819/1-13/84, ebd.). Am 28. Oktober 1982 wurde er mit Urteil des Kreisgerichtes Leoben freigesprochen (Kreisgericht Leoben an BMWF, 02.05.1984, 10 Evr 760/82 [103] in Zl. 10.819/1-13/84, ebd.). Auf Anregung der Abteilung I/3 des BMWF unterblieb das übliche Glückwunschtelegramm durch Bundesministerin Hertha Firnberg (1909–1994) anlässlich des 80. Geburtstages von Friedrich im Dezember 1982 (Information für die Frau Bundesminister, 24.11.1982 und die handschriftliche Anmerkung vom 25.11.1982, Zl. 10.819/1-13/84, ebd.). Gegen den Freispruch Friedrichs erhob die Staatsanwaltschaft Leoben Berufung und er wurde mit Urteil des Oberlandesgerichtes Graz als Berufungsgericht vom 18. April 1984 rechtskräftig zu einer Geldstrafe von 30.000 Schilling verurteilt, wobei die Strafe unter Festsetzung einer dreijährigen Probezeit bedingt nachgesehen wurde (Kreisgericht Leoben an BMWF, 02.05.1984, 10 Evr 760/82 (103) in Zl. 10.819/1-13/81, ebd.). Das BMWF nahm das Urteil zur Kenntnis, unterließ aber disziplinarrechtliche Maßnahmen für den Beamten im Ruhestand „*im Hinblick auf das Lebensalter des Verurteilten*“ (Einlaufstück Zl. 10.819/1-13/81, ebd.).

Die GBA ehrte Friedrich 1989 mit einem Festband der von ihm selbst gegründeten Zeitschrift „*Archiv für Lagerstättenforschung*“ (GEOLOGISCHE BUNDESANSTALT, 1989). Im selben Jahr war Friedrich Mitunterzeichner eines Aufrufes, der unter anderem in der neonazistischen Zeitschrift „*Sieg*“

veröffentlicht wurde. Darin wurde kritisiert, dass Österreicherinnen und Österreicher, „*die nicht bereit sind, zeitgeschichtliche Ereignisse, die schon bald 50 Jahre zurückliegen, nur durch die Brille der alliierten Kriegspropaganda zu betrachten*“, von den Behörden vor Gericht gestellt und auch zu Geldstrafen verurteilt würden (DOKUMENTATIONS-ARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES, 1996: 324). Friedrich verstarb am 12. Mai 1991. Für Johann Georg Haditsch (1934–2013), der mehrere Nachrufe verfasste, war Friedrich „*ein Mann lauterer Charakters*“ gewesen, „*der auch durch sein unerschrockenes Eintreten für das von ihm als wahr und human Erkannte ein nachahmenswertes Vorbild bleiben wird*“ (HADITSCH, 1992: 376).

## Horninger, Georg

Anlass der Verleihung: 135-Jahr-Feier der GBA.

Datum der Verleihung: 12. November 1985.

Begründung für die Verleihung: Baugeologe, „*der nicht nur bei der Planung und Ausführung alpiner Speicherkraftwerke (Kaprun, Reißbeck) große Erfahrungen gesammelt, sondern der sich auch schon früh mit Großhangbewegungen im alpinen Raum beschäftigt hatte*“ (HOFMANN, 1999: 397; vgl. auch PIRKL, 1986a).

Georg Horninger (Abb. 10) wurde am 5. Oktober 1910 in Salzburg geboren. Er studierte Naturgeschichte und Physik und erwarb in Innsbruck das Lehramt für Mittelschulen. Mit einer Dissertation über den Schäringer Granit promovierte er 1934 an der Universität Wien. Dem Probejahr am Realgymnasium Salzburg folgte eine mehrjährige nichtfachliche Tätigkeit (TENTSCHEIT, 1998; Antrag auf Ernennung zum ordentlichen Hochschulprofessor, undatiert, Zl. 169.859-3/71, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Horninger Georg). Er fand eine Anstellung bei den städtischen E-Werken in Salzburg und trat eigenen Angaben zufolge 1935 der nationalsozialistischen Betriebszelle der E-Werke sowie der NSDAP bei. Am Mineralogisch-Petrographischen Institut der Universität Breslau (Wrocław, Polen) erhielt er eine außerplanmäßige Assistentenstelle, die er zwei Tage vor dem „Anschluss“ Österreichs antrat. In Breslau wurde er im Mai 1938 Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt und im Oktober im NS-Dozentenbund (Personal-Fragebogen, 14.11.1938, BArch, R 9361-II/443868). Durch Horningers Übersiedlung nach Breslau kurz vor dem „Anschluss“ war kurzzeitig unklar, welche Ortsgruppe für den Österreicher zuständig war. Zur Klärung seiner NSDAP-Mitgliedschaft wandte sich Horninger daher direkt an den Reichsstatthalter und Wiener Gauleiter Josef Bürckel (Horninger an Amt des Beauftragten des Führers im Lande Österreich, 14.11.1938, ebd.). Nach Bestätigung der illegalen NS-Betätigung durch den NS-Betriebsobmann der Salzburger E-Werke erhielt Horninger im Februar 1939 die Mitgliedskarte mit der Nummer 6,199.728 zugestellt (Reichsamtsleiter Ludwig Meiler an Horninger, 18.02.1939, ebd.). Horninger war mit der Lehrerin und Petrographin Margarete Siller (1914–?) verheiratet, die ab 1942 Verwalterin einer Assistentenstelle am Petrographischen Institut der Universität Wien unter Arthur Marchet (1892–1980) war (KOROTIN, 2016: 1380).

Anfang Dezember 1940 zur Wehrmacht eingezogen, wurde er zuerst in Polen bei einem Infanterie-Ersatz-Bataillon



Abb. 10.  
Georg Horninger, 1978 (GBA).

in Tarnowitz (Tarnowskie Góry) und von Dezember 1940 bis April 1941 bei einer Wehrkreis Auskunftsstelle in Katowitz (Katowice) eingesetzt. Nach dem deutschen Überfall auf Russland kam er dort zu einem Feldtruppenteil, wurde verwundet und im Juni 1942 zum Wehrgeologenstab Wannsee versetzt. Von dort kam er 1943 zu den Festungsspionieren nach Avignon und nach Dinan in Frankreich und wurde nach HÄUSLER (1995: 22) beim Bau des „Atlantikwalles“ eingesetzt. Im August 1944 geriet er in Gefangenschaft (Georg Horninger, Ergänzende Erläuterungen zu den Angaben auf Beiblatt B, 17.08.1971, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Horninger Georg). Aus der Kriegsgefangenschaft kehrte er im Juni 1946 nach Wien zurück und registrierte sich als Nationalsozialist. Seine Tätigkeit in der NS-Betriebszelle ab 1935 verschwie er, genauso wie die Anerkennung als Illegaler. Die NSDAP-Mitgliedsnummer, die ein Hinweis darauf gewesen wäre, sei ihm „nicht mehr in Erinnerung“ (Meldeblatt zur Registrierung der Nationalsozialisten 1945, WStLA, NS-Registrierung Georg Horninger). Da im Innenministerium keine nationalsozialistischen Unterlagen über ihn auflagen, kam er mit seinen Angaben durch. Im Jahr 1947 wurde er als minderbelastet verzeichnet und im Oktober 1949 aus der Registrierungsliste gestrichen (Magistratisches Bezirksamt für den 14. Bezirk an BMI, Abt. 2, 04.12.1946, ebd.; Meldeblatt zur Verzeichnung der Nationalsozialisten 1947, ebd.). Nachdem er 1946 als Hilfsarbeiter in Wien arbeiten musste, ging seine Karriere ab März 1947 wieder bergauf (Antrag auf Ernennung zum ordentlichen Hochschulprofessor, Zl. 169.859-3/71, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Horninger Georg). Er kam zur Firma Geolfugur, einer Nachkriegsgründung, die mit den in Österreich verbliebenen Geräten zur geophysikalischen Erdöl-Prospektion der Firma Seismos (Hannover) ein Unternehmen für praktische Geophysik aufzog. Dort war er zuerst als Geologe und in Folge als selbständiger Leiter eines seismischen Messtrupps beschäftigt. Horningers eigenen Angaben zufolge war mangels einer Planstelle eine Anstellung durch das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft nicht möglich (Georg Horninger, Ergänzende Erläuterungen zu den Angaben auf Beiblatt B, 17.08.1971, ebd.). Das dürfte durch den Abbau des aufgeblähten Beamtenapparates der NS-Zeit im Rahmen der Entnazifizierung bedingt gewesen sein. Bei der Neubildung der Personalstände des öffentlichen Dienstes der wieder entstandenen Republik wurden Opfer des Nationalsozialismus bevorzugt. Belastete Personen wie Horninger, der zudem als Angehöriger der Universität Breslau

noch nie im österreichischen Staatsdienst tätig war, sollten beim Abbau der Personalstände zuletzt herangezogen werden (STIEFEL, 1981: 130–131).

In den Geowissenschaften war der Personalmangel unbelasteter Fachkräfte hoch. Für Horninger sei seiner Darstellung zufolge 1948 der Weg gefunden worden, ihn formal als Angestellten der Tauernkraftwerke AG zu führen, in allen Fragen der Aufsichtstätigkeit sei er aber alleine dem Bundesministerium verantwortlich gewesen. Aus dieser Tätigkeit, zuerst nur über die Zeit der Kapruner Talsperre gedacht, habe sich einerseits die Geologentätigkeit im Verbundkonzern und andererseits ein ständiges Mitarbeiterverhältnis zur Obersten Wasserrechtsbehörde entwickelt (Georg Horninger, Ergänzende Erläuterungen zu den Angaben auf Beiblatt B, 17.08.1971, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Horninger Georg). Im Jahr 1954 stieg er zum Leiter der Abteilung Geologie der Österreichischen Elektrizitätswirtschafts-AG (Verbund) auf. Nach TENTSCHERT (1998) war Horninger mit den großen Kraftwerksbauten der Nachkriegszeit, etwa Kaprun, Ybbs-Persenbeug, Ennskraftwerke oder Werksgruppe Malta, „untrennbar verbunden“. Zudem führte er auch geologische Vorarbeiten für Auslandsprojekte, wie zum Beispiel in Griechenland, Iran, Guatemala und Peru durch. 1962 wurde er Mitglied der Staubeckenkommission und 1971 als Nachfolger von Alois Kieslinger zum Professor für Geologie an die Technische Universität Wien berufen. Da er das 60. Lebensjahr und damit die Altersgrenze bei Berufungen überschritt, war für Horninger eine Ausnahme erforderlich. Seine Emeritierung erfolgte im September 1981 (Zl. 161.967-3/71 und Zl. 16.119/1-13/81, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 20 Horninger Georg). Der Lehrstuhl an der Technik war somit von 1945 bis 1981 stets durch ehemalige Nationalsozialisten besetzt. 1985 erhielt er die Haidinger-Medaille verliehen (Abb. 11). Sein Nachfolger war Friedrich Makovec (1930–2005). Georg Horninger verstarb am 12. September 1998 in Gallsbach in Oberösterreich.



Abb. 11.  
Georg Horninger bei der Verleihung der Haidinger-Medaille, 12. November 1985 (GBA).



Abb. 12.  
Robert Janoschek, 1960 (GBA).

## Janoschek, Robert

Anlass der Verleihung: 125-Jahr-Feier der GBA.

Datum der Verleihung: 12. September 1975.

Begründung für die Verleihung: „[...] einer der Pioniere der österreichischen Erdöl- und Erdgasexploration [...] stand 36 Jahre lang im Dienst der Rohöl-Gewinnungs-AG (RAG), wo er die meiste Zeit der Geologischen Abteilung als Leiter vorstand. Besondere Verdienste erwarb sich Janoschek um die Kohlenwasserstoffexploration außerhalb des Wiener Beckens“ (HOFMANN, 1999: 397; vgl. auch JANOSCHKE & SCHARBERT, 1976: A46).

Robert Janoschek (Abb. 12) wurde am 6. Mai 1906 in Wien geboren. Nach dem Schulbesuch in Hietzing studierte er ab 1925/26 an der Universität Wien Geologie und Paläontologie. Zwischen 1931 und 1935 war er als wissenschaftliche Hilfskraft am Geologischen Institut tätig. In seiner 1933 abgeschlossenen Dissertation befasste er sich mit dem Jungtertiär der Landseer Bucht des mittleren Burgenlandes. Seit 1933 war er Vorstandsmitglied der Geologischen Gesellschaft, hatte gemeinsam mit seinem Lehrer Franz Eduard Suess (1867–1941) die Schriftleitung der Mitteilungen der Gesellschaft inne (BRAUMÜLLER, 1986). 1937 brachte er als Schriftleiter alleine die Festschrift zum 70. Geburtstag von Franz Eduard Suess heraus (GEOLOGISCHE GESELLSCHAFT IN WIEN, 1937). Anfang 1935 verließ Janoschek das Geologische Institut und wurde Assistent von Eugen Jablonski (1892–1975) bei der Firma Socony-Vacuum Oil Company und noch im selben Jahr Chefgeologe der neugegründeten Rohöl-Gewinnungs-AG (RAG) (BRAUMÜLLER, 1986). Die RAG war eine Gemeinschaftsgründung der Socony-Vacuum und der zur Royal Dutch/Shell-Gruppe gehörenden N.V. de Bataafsche Petroleum Maatschappij. Das Ziel der RAG war es, bisher importiertes Rohöl durch Erschließung und Förderung inländischer Lagerstätten zu ersetzen. Die Gesellschaft ging von der Annahme aus, dass die österreichische Wirtschaft ebenso wie die Weltwirtschaft einer Zeit der Expansion entgegengehe und aus diesem Grund mit einem beträchtlichen Ansteigen des Bedarfs an Mineralölprodukten zu rechnen sei. Bereits die ersten Bohrungen der RAG im Jahr 1936 waren erfolgreich. Innerhalb kurzer Zeit erwarb das Unternehmen im Osten Österreichs über 7.000 Freischürfe und reservierte damit den größten Teil des Wiener Beckens für sich

(BLACH, 1981: 22–23). Janoschek war an dieser Entwicklung maßgeblich beteiligt. Er hatte den Plan gefasst, entlang des Steinbergbruches auch nördlich und südlich des Steinbergdomes durch geologische Kartierung und Flachbohrungen nach Strukturen zu suchen. Dies führte zur Entdeckung des zweiten und dritten Ölfeldes „RAG-Domung“ und „Gaiselberg“ (BRAUMÜLLER, 1966: 173). Nach dem „Anschluss“ wurde er 1939 in den Vorstand der RAG berufen (ROHÖL-GEWINNUNGS-AG, 2010: 70). Ein Stimmungsbild aus der RAG gibt ein antisemitisches Gedicht einer Krampusfeier des Unternehmens im Jahr 1940:

„So wandre ich von Gau zu Gau  
und ess’ am Mittagstisch der NSV [NS-Volkswohlfahrt];  
der Krampus seh’ wie dick er ist,  
ganz heimlich bei den Juden frisst.

[...]

Der Mensch in seinem Drang nach Wissen  
hat öfters schon ganz umgeschmissen,  
doch niemals uns im Ernst betrog  
Herr Janoschek der Geolog.  
Er wandert zünftig seine Bahn  
genau nach dem Vierjahresplan,

[...]

Dies alles wird Euch dann beschieden  
ist England tot, hat Deutschland Frieden!“

(Krampusfeier der Rohöl-Gewinnungs-AG, 07.12.1940, Reime von Dr. Adler, Dr. Salzer und A. Atzmüller, AGBA, R 18887-R)

Janoschek war weder Mitglied der NSDAP, noch einer Parteigliederung wie SA und SS oder eines angeschlossenen Verbandes. Zwar war mit 1. September 1942 Janoscheks Einsetzung als Mitarbeiter im Amt für Technik der NSDAP-Gauleitung Niederdonau geplant, doch geht eine Annahme dieser Stelle bei der Gauleitung aus den überlieferten Akten nicht hervor. Nach den Ermittlungen der Kreisleitung II wäre Janoscheks politische Zuverlässigkeit aus nationalsozialistischer Perspektive jedenfalls gegeben gewesen und die Kreisleitung hatte gegen die Beschäftigung keine Bedenken erhoben (NSDAP Gauleitung Nieder-Donau, Personalamt an Kreisleitung Wien II, Eingang 17.02.1942 und Rückmeldung der Kreisleitung II, 05.10.1942, ÖStA, AdR, BMI, GA 261.904). Erwähnenswert ist die Angabe „gottgläubig“ im zitierten Fragebogen. Sie galt „als Ausweis besonderer ideologischer Nähe zum Nationalsozialismus“ (CONZE et al., 2010: 157). In der NS-Zeit wurden die Freischurfrechte der RAG enteignet und sie musste ihre Explorationstätigkeit einstellen (HAUSWIRTH, 1957). Unter Janoscheks Leitung erfolgte hingegen eine groß angelegte Untersuchung im besetzten Jugoslawien zwischen Mur und Drau (BRAUMÜLLER, 1966: 173). Auf österreichischem Gebiet hatte die RAG 1944 bis 1945 die mit Abstand höchste Erdölförderung (IBER, 2009: 587; 2011: 94–96).

Da Janoschek nicht Mitglied einer NS-Organisation wurde, war er nach der Befreiung vom Nationalsozialismus nicht registrierungspflichtig und konnte unmittelbar weiterarbeiten. Als gefragter Fachexperte verfasste er mehrere, zum Teil geheime Berichte für die österreichische Regierung für den Wiederaufbau bzw. war an ihrer Erstellung beteiligt (AGBA, A 03620-R; AGBA, A 09825-R; AGBA, A 09834-

R; AGBA, A 09839-R). Bei den letztlich gescheiterten Verhandlungen der österreichischen Regierung mit den Sowjets über die Errichtung einer bilateral sowjetisch-österreichischen Erdölgesellschaft (Sanafta) war Janoschek mit seinem Vetter Karl Friedl (1898–1966) eingebunden. Auf sowjetischen Wunsch wurden sie im Herbst 1945 wegen ihrer pro amerikanischen Befangenheit („*American bias*“) von den Verhandlungen ausgeschlossen (STATE DEPARTMENT, 1968: 592). Im Hinblick auf ihre Beschäftigung gingen Janoschek und Friedl dann aber unterschiedliche Wege. Friedl fand Beschäftigung im Forschungsinstitut der sowjetischen Mineralölverwaltung und stieg zum Chefgeologen auf (CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY, 1947). Die RAG und die Firma Van Sickle, die sich 1945 zu 100 Prozent in amerikanischem bzw. britischem Besitz befanden, durften in der sowjetischen Besatzungszone autonom weiterarbeiten, mussten ihre Produkte aber an die sowjetische Mineralölverwaltung veräußern (IBER, 2009: 587). In dem in Folge auszugsweise wiedergegebenen Gedicht aus dem Jahr 1947 spiegelt sich der Werdegang Janoscheks wider: Von seiner Tätigkeit für die RAG, über den Dienst für das nationalsozialistische Deutschland, bis zu seiner Tätigkeit für die sowjetische Besatzungsmacht und dann für US-Interessen. Glaubt man den Ausführungen, dürfte Janoschek mit seinem weiterhin für die sowjetische Besatzungsmacht arbeitenden Vetter Friedl im Kontext des Kalten Krieges in Konflikt gestanden sein, der sich auf den wissenschaftlichen Informationsaustausch auswirkte:

„In diesem Erdölbetrieb,  
der am’rikanisch treu verblieb  
da schafft’ und plant’ zu diesem Zweck  
Janoschek, Janoschek.

[...]

Er konferierte, stritt und tobt’  
und hat den Piefkes viel gelobt,  
doch trotzdem gab’s von höchster Hand  
Ordensband, Ordensband!

Als sank das ew’ge Reich dahin  
durch Heeresmacht von J. Stalin  
schrieb er für Iwans kreuz und quer  
Berichte schwer, Berichte schwer.

[...]

Als nun der Amy dann erschien  
trat treu auf dessen Seit’ er hin  
Bericht’, Tabellen er nun schrieb  
ihmzulieb, ihmzulieb.

Mit seinem Vetter grollte er,  
er gab im Austausch nichts mehr her  
und informiert’ nur schnell und brov  
Mister Grove, Mister Grove“ (Brandon Grove, 1903–?, Repräsentant der Socony-Vacuum Oil Company; Moritat, 08.09.1947, Blaubuch für Dr. R. Janoschek, AGBA, A 18887-R.5).

Bis zu seiner Pensionierung 1971 blieb Janoschek im Vorstand der RAG (Abb. 13). Unter seinem Management wurden 23 Öl- und Gasfelder gefunden (RAG-Prisma, Dezember 1986/4, AGBA, A 18887-R.5). In den Jahren 1959 bis 1962 war er Vorsitzender bzw. stellvertretender Vorsitzender der Geologischen Gesellschaft und seit 1966 ihr Ehrenmitglied. Er war zudem Gründungsmitglied der Österreichischen Gesellschaft für Erdölwissenschaften und

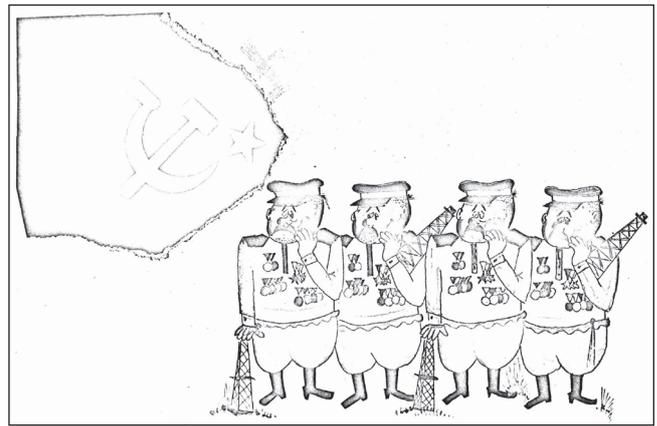


Abb. 13.  
Zeichnung von P. Kaminek über das Jahr 1945 für Robert Janoschek zum 60. Geburtstag, 6. Mai 1966 (GBA).

Mitglied bzw. Ehrenmitglied von zahlreichen weiteren wissenschaftlichen Vereinigungen sowie Träger von mehreren hohen Auszeichnungen wie dem Goldenen Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich. Janoschek verstarb am 14. Oktober 1986 (BRAUMÜLLER, 1986).

## Kieslinger, Alois

Anlass der Verleihung: 125-Jahr-Feier der GBA.

Datum der Verleihung: 12. September 1975.

Begründung für die Verleihung: „[...] erhielt die Medaille für seine Forschungen auf den Gebieten der nutzbaren Gesteine und Steinbrüche (Aufbau der Steinbruchkartei an der Geologischen Bundesanstalt) sowie der angewandten Denkmalpflege“ (HOFMANN, 1999: 396; vgl. auch JANOSCHKE & SCHARBERT, 1976: A46–A47).

Alois Kieslinger (Abb. 14) wurde am 1. Februar 1900 in Wien geboren. Bis 1919 besuchte er das Schottengymnasium in Wien und sammelte Praxiserfahrung als Bergarbeiter im Charlotte-Marie-Schacht der Eibiswalder Glanzkohlegesellschaft. Sein Studium der Geologie, Mineralogie und Paläontologie an der Universität Wien schloss er 1923 mit einer Dissertation bei Carl Diener (1862–1928) über „Die Nautiloideen der Mittleren und Oberen Trias von Timor“ ab, während er bereits als wissenschaftliche Hilfskraft tätig war. Nach seiner Dissertation wurde er außerordentlicher Assistent am paläontologischen Institut der Universität Wien und führte daneben geologische Aufnahmearbeiten für die GBA durch (Lebenslauf, BArch, R 4901/23761; EPPENSTEINER, 1978; STEININGER et al., 2018: 110). Anfang 1928 geriet Kieslinger in einen Plagiatsstreit mit dem Geologen Artur Winkler-Hermaden. Letzterer zeigte Kieslinger bei der Disziplinarkommission der Universität Wien an. Kieslinger reagierte mit einer Gegenanzeige. Der Konflikt zwischen Kieslinger und Winkler drehte sich einerseits um Forschungen zum „Tertiär des Eibiswalder Gebiets“ und andererseits zur Frage der Priorität bei den Ergebnissen zur „Diaphoritzzone am Possruckgebirge“. Die Affäre weitete sich aus: Nachdem Winkler an der Universität erfolglos war, führte er gegen Kieslinger ein Verfahren wegen Ehrenbeleidigung vor dem Strafbezirksgericht Wien I (STAUDIGL-CIECHOWICZ, 2017: 780–787, 821–822). In einer späteren Beurteilung über Winkler aus der NS-Zeit hieß



Abb. 14.  
Alois Kieslinger, undatiert (Archiv  
der Technischen Universität Wien).

es, in der Angelegenheit sei weder ein Schuldspruch, noch eine Bestrafung erfolgt. Die Kommissionsmitglieder der Universität hätten von Winkler kein günstiges Bild erhalten, aber auch Kieslinger sei „als überaus empfindlich und absolut feindlich gesinnt, nicht als vollkommen im Rechte stehend“ erschienen. „Im übrigen waren die Gedankengänge, deretwegen die Plagiatsklage erhoben wurde“, so die Beurteilung weiter, „durchaus nicht so weltbewegend, dass dieser ganze Staub hätte aufgewirbelt werden müssen“ (NSDAP Gauleitung Wien, Amt für Beamte, Politische Beurteilung von Arthur Winkler, 09.07.1942, ÖStA, AdR, GA 335.158).

Kieslinger verließ die Universität Wien und habilitierte sich 1930 an der Technischen Hochschule Wien bei Josef Stiny und war bei ihm bis 1937 wissenschaftliche Hilfskraft sowie Assistent. Bereits 1931 war er zudem als Korrespondent für Denkmalpflege im Bundeskanzleramt und Berater zur Natursteinrestaurierung des Parthenon in Athen tätig (Lebenslauf, BArch, R 4901/23761; EPPENSTEINER, 1978; STEININGER et al., 2018: 110). In einer Rückschau über die 1930er Jahre hielt Eberhard Clar 1987 fest, es müsse „nicht beschönigend übergangen werden“, dass Kieslinger sich „vorübergehend die Möglichkeit unbelohnter wissenschaftlicher Arbeit nur durch Sicherung seiner materiellen Existenz mit nächtlicher Zeitungs-Zustellung erkämpft“ habe (CLAR, 1987: 5). Es soll daher hier nicht beschönigend übergangen werden, dass Kieslinger selbst den Nichterhalt einer seiner Meinung nach der Qualifikation entsprechenden Anstellung in der Verbotszeit der NSDAP auf seine „nationale Einstellung“ zurückführte (Fragebogen zur Bearbeitung des Aufnahmeantrages für die Reichschrifttumskammer, 26.09.1938, BArch, R 9361-V/24352). Laut Richard Turba (1877–1961) sei Kieslinger leitender Geschäftsführer der Zustellfirma „Zeitungsdienst“ gewesen und mehrmals bei der Staatspolizei angezeigt worden (Schreiben von Rudolf Turba, 22.04.1938, BArch, R 9361-II/514151). Turba spielte während der illegalen Tätigkeit der NSDAP eine bedeutende Rolle. Er vertrieb über die von ihm 1935 mitbegründete Zustellfirma die „Wiener Neuesten Nachrichten“. Die Zustellfirma hatte einen beträchtlichen Marktanteil im Bereich des Zeitungsvertriebs und das Unternehmen diente zur Tarnung für die Verbreitung illegaler NS-Publikationen, wobei es Turba stets gelang, den Verdacht auf Vertrieb illegaler Publikationen auf seine Kolporteurs abzuwälzen (SEETHALER & MELISCHEK, 2006: 7).

Die „Wiener Neuesten Nachrichten“, die für sich als „arische“ Zeitung warben, fuhren wüste antisemitische Kampagnen.

Der Schilderung Turbas zufolge soll es nach dem Juliputsch 1934 zur Besetzung der Redaktion durch Sicherheitsbehörden gekommen sein. Bei der Hausdurchsuchung soll Kieslingers Frau als Direktionssekretärin Schriftstücke „heikelster politischer Natur“ entfernt haben, „vor allem Belege für die aus dem Deutschen Reich erfolgten Zahlungen an die Zeitung und Zahlungen des Verlages an prominente Nationalsozialisten.“ Alois Kieslinger soll in Folge einen Teil dieser „politisch belastenden Akten“ in seiner Wohnung zwischen seinen wissenschaftlichen Büchern und Schriften versteckt haben. Sie wären trotz der bei Kieslinger erfolgten Hausdurchsuchung nicht gefunden worden und als ihm eine zweite Hausdurchsuchung drohte, hätte er sie vorübergehend in seinem Arbeitszimmer an der TH verborgen. Die bei dieser Aktion Beteiligten hätten sich, so Turba weiter, „durch ihre auf eigene Initiative mit grösstem persönlichen Mut gerade in der kritischsten Zeit (unmittelbar nach dem Juliputsch) unternommenen illegalen Handlungen äusserst wichtiges belastenden Material dem Zugriff der Regierung entzogen und sich dadurch die grössten Verdienste erworben“ (Schreiben von Rudolf Turba, 22.04.1938, BArch, R 9361-II/514151). Kieslinger wurde dennoch 1937 zum tit. a.o. Professor an der TH Wien ernannt. Gelegentlich der Verleihung des Titels soll der Rektor der TH, Karl Holey (1879–1955), mit einer Erklärung für Kieslinger eingetreten sein: „Ich weiss, dass Kieslinger ein Nazi ist, trete aber trotzdem für ihn ein, weil ich seine Arbeit so hoch schätze.“ (Niederschrift der Darlegungen Prof. Dr. Alois Kieslingers über seine Disziplinarangelegenheit, 16.05.1939, AGBA, A 00129-BM).

Nach dem „Anschluss“ gab Kieslinger an, er habe in der illegalen Zeit „andauernd“ durch Sach- und Geldspenden die Parteizwecke unterstützt und an den Arbeiten der Montanistischen Hochschule Leoben für deutsche Zentralstellen im Auftrag von Robert Müller mitgearbeitet (Personal-Fragebogen, 25.05.1938, BArch, R 9361-II/514151). Im Jahr 1938 kam Kieslinger nach MIKOLETZKY (2016: 42) zwischen die Fronten eines weit zurückreichenden Konflikts zwischen den beiden geologischen Instituten der TH, der Lehrkanzel für Geologie und Landformenkunde unter Stiny sowie der Lehrkanzel für Mineralogie und Baustoffkunde II unter Roman Grengg (1884–1972). Als Assistent wurde Kieslinger im April 1938 vorzeitig gekündigt und seine Dozentur für ruhend erklärt. Er galt als „Systembesetzung“ aus der Zeit der Schuschnigg-Diktatur. Fälschlicherweise wurde er als „Halbjude“ und „Antinationalsozialist“ sowie wegen „unsozialen und unkameradschaftlichen Verhaltens“ denunziert (ebd.; BArch, R 71/29). Kieslingers Entlassung wurde von Grengg betrieben, der als illegaler Nationalsozialist nun Mitglied des NS-Beirats der TH war und den Dozentenbundführer Heribert Schober (1905–1975) und den kommissarischen Rektor Rudolf Saliger (1873–1958) aktivierte. Kieslinger wurde dagegen von seinem Vorgesetzten Stiny unterstützt, der die Unterschrift unter die vorzeitige Kündigung bis zur Androhung eines Disziplinarverfahrens durch den kommissarischen Rektor Saliger verweigerte. In der Forschung von Juliane Mikoletzky ist dies der einzige Fall, in dem ein Widerstand gegen eine Entlassung durch Angehörige der Hochschule belegbar ist (MIKOLETZKY, 2016: 42).

Der Reichsbeauftragte für Wirtschaftsfragen in Österreich, Wilhelm Keppler (1882–1960), beauftragte Erich Haberfelner (1902–1962) Erkundigungen über Kieslinger einzuholen. Haberfelner trat erstmals 1927 in die NSDAP ein und war seit 1933 SA-Mann. 1935 flüchtete er aus Österreich in das Deutsche Reich (ÖStA, AdR, BMI, GA 69.963). Nach dem „Anschluss“ kam er zurück nach Österreich und übernahm die Lagerstättenabteilung der GBA (DANNER, 2015: 35–38). Als Assistent Grenggs übernahm er in dem lange zurückliegenden Streit zwischen Kieslinger und Grengg Partei für Kieslinger und wurde daraufhin von Grengg entfernt (Zl. 33.094-III/7/48, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 10 Kieslinger Alois). Haberfelners Erkundigungen brachten zu Tage, dass Grengg gegen Kieslinger „mit bewusst falschen Anschuldigungen“ arbeitete und Haberfelner widerlegte alle Vorwürfe. Kieslinger habe wegen seiner „betont nationalen und antiklerikalen Einstellung“ die von ihm angestrebte Anstellung an der GBA nicht erhalten, er habe sich illegal für die NSDAP betätigt und sei ihm „kein artfremdes Blut nachzuweisen“ (Erich Haberfelner, Reichsstelle für Bodenforschung, Abwicklung Österreich, Notizen zur Beurlaubung vom Lehramt und Kündigung der Assistentenstelle des a.o. Prof. Dr. Alois Kieslinger, T.H. Wien, 23.06.1938, BArch, R 71/29). Erst 1939 sollte Kieslinger nach Intervention des Reichsstatthalters in Österreich und Wiener Gauleiters Josef Bürckel sowie Kepplers seine Rehabilitation erreichen. Nach massivem Druck von außen räumte Rektor Friedrich Haas ein, dass die Gründe für Kieslingers Beurlaubung „nach strengerer und ruhigerer Prüfung als dies im Schwunge des Umbruches möglich war, nicht standhalten“ würden (MIKOLETZKY, 2016: 42).

Eine in der bisherigen Forschung für möglich gehaltene Betrauung Kieslingers mit der Organisation der Steinbruchkartei vor dem „Anschluss“ (DANNER, 2015: 20–21) ist in Anbetracht neu aufgefundener Quellen unwahrscheinlich. In dem in Berlin ausgearbeiteten Arbeitsplan für Österreich waren für die Ingenieursgeologie Kieslinger und Stiny zwar vorgesehen, konkret mit der Aufgabe betraut wurde Kieslinger vor dem „Anschluss“ jedoch noch nicht (Haberfelner für den Reichsbeauftragten Keppler, 16.05.1938, BArch, R 9361-II/514151; Haberfelner, Reichsstelle für Bodenforschung, Abwicklung Österreich, 23.06.1938, BArch, R 71/29; Bericht über die Angelegenheit Dr. Kieslinger, 22.08.1938, ebd.). Nach dem „Anschluss“ baute Kieslinger nun die „Zweigstelle Österreich der deutschen Steinbruchkartei“ auf. Den Auftrag zur Einrichtung dieser Kartei gab Fritz Todt (1891–1942), Generalinspektor für das deutsche Bauwesen. Die Steinbruchkartei war die „staatliche Zentralstelle zur Erfassung aller nutzbaren Gesteine und Erden in Oesterreich, mit Ausnahme der vorbehaltenen Mineralien.“ Sie hatte die Aufgabe, „den wichtigsten Rohstoff Naturstein lückenlos zu erfassen und seine jeweils zweckmäßigste und wirtschaftlichste Verwendung durch geeignete Beratung der verschiedenen Steinverbraucher sicherzustellen“ (DANNER, 2015: 37). Eine der Hauptaufgaben war die Materialbeschaffung für den Bau der Reichsautobahnen. Dabei sollte die geologische und petrografische Untersuchung im Wesentlichen durch die Steinbruchkartei durchgeführt werden, die Materialprüfung durch bestehende Materialprüfungsinstitute. Die Steinindustrie musste zur finanziellen Unterstützung beitragen. Infolge der Dringlichkeit wurden vorerst die Arbeiten für Straßenbaugesteine und Bausteine vorangestellt. Bei der Besetzung der Leitung der Steinbruchkartei kam Kieslingers Konflikt mit Roman

Grengg zum Tragen. Der Konflikt wurde von Danner ausführlich analysiert (ebd. 35–37). Für den Aufbau der Kartei bereiste Kieslinger zahlreiche Steinbrüche. Mit Stand 30. September 1938 waren 415 Steinbrüche erfasst, darunter vor allem für die Bauvorhaben der Reichsautobahn besonders wichtige Gebiete. So auch das „Granitrevier Mauthausen“. Anton Poschacher aus Mauthausen stellte für Kieslingers Reisen „in besonders großzügiger Weise“ Kraftwagen zur Verfügung (Vorläufiger Bericht über die Tätigkeit der Deutschen Steinbruchkartei, Zweigstelle Österreich, 30.09.1938, AGBA, 00129-BM). Die ersten Häftlinge überstellte die SS am 8. August 1938 vom Konzentrationslager Dachau nach Mauthausen. Bereits in dieser ersten Phase des KZ Mauthausen prägten Hunger, Willkür und Gewalt den Alltag der Gefangenen (MAUTHAUSEN MEMORIAL, 2018). Wenige Wochen nach dem Eintreffen der ersten Häftlinge kam Kieslinger für eine mehrtägige Dienstreise in das „Mauthausener Revier“ (Reisekostenabrechnung, 26.09.1938, AGBA, Sammlungen, Kieslinger SA/2). Bis zur Mitte des Krieges war im KZ Mauthausen der Einsatz der Häftlinge im Steinbruch durch den Ausbau der notwendigen Infrastruktur bestimmt. Im Steinbruch „Wienergraben“ (Abb. 15) wurden umfangreiche industrielle Investitionen getätigt. Die Häftlinge legten Wege, Straßen, Gleisanlagen, Schotterbrecher, Kompressoranlagen, Werkstätten, Steinmetzhallen und Kabelkrananlagen an (FREUND & PERZ, 2006: 301). Im Karteifragebogen zum Steinbruch „Wienergraben“ aus dem September 1938 wird die Größe der Erzeugung mit „tatsächlich derzeit 80 Tonnen je Tag Grundbausteine“ angegeben und die Höhe der Belegschaft mit „20 Zivil, 70 Häftlinge“ beziffert (Abb. 16). In einem weiteren Fragebogen aus 1941/42 lauten die Angaben bereits: „25 Zivilisten 1300 Häftlinge“ (GBA, Abteilung Rohstoffgeologie, Rohstoff Abbau-Datenbank, 033/149, Albert Schedl danke ich für die Einsichtgenehmigung).

Ende Mai 1938 suchte Kieslinger um Aufnahme in die NSDAP an und er kam als Parteianwärter in den Besitz der provisorischen braunen Mitgliedskarte. Neben seiner illegalen Betätigung im Zeitungswesen führte er in seinem Antrag mehrere Personen an, die seine Einstellung in der illegalen Zeit bestätigen können würden. Darunter war der NS-Zellenleiter der Akademie der Wissenschaften, Viktor Junk (1875–1948) oder der Rektor der Universität München, Leopold Kölbl (1895–1970), aber auch „sämtliche Hörer der Bauingenieursfakultät“ der TH Wien, die in den letzten Jahren seine Übungen besucht hätten (Beilage zum Fragebogen, o.D., BArch, R 9361-II/514151).

In der parteistatistischen Erhebung 1939 war Kieslingers Parteieintritt noch mit Juli 1938 verzeichnet (Fragebogen zur parteistatistischen Erhebung, 13.07.1939, WStLA, Gauakt 32.423). Seine tatsächliche Aufnahme in die NSDAP wurde im Oktober 1940 zurückgestellt. Begründet wurde dies mit der Standardformel er könne „keine ausreichende Betätigung für die Bewegung in der Verbotzeit ausweisen“ (Beschluss des Kreisgerichts der NSDAP Wien I, 04.10.1940, BArch, R 9361-II/514151). Seine politische Vergangenheit sei jedoch nicht so, dass sie eine dauernde Ablehnung des Antragsstellers rechtfertigen würde. Kieslingers Antrag wurde daher bis zur Aufhebung der Mitgliedssperre zurückgestellt und er blieb Parteianwärter (ebd.). Der tatsächliche Grund für die Ablehnung war Kieslingers Ehe mit einer „nichtarischen“ Partnerin von 1924 bis zur Scheidung 1927. Dieser Grund durfte Kieslinger nicht mitgeteilt werden. Ein weiterer Antrag Kieslingers um

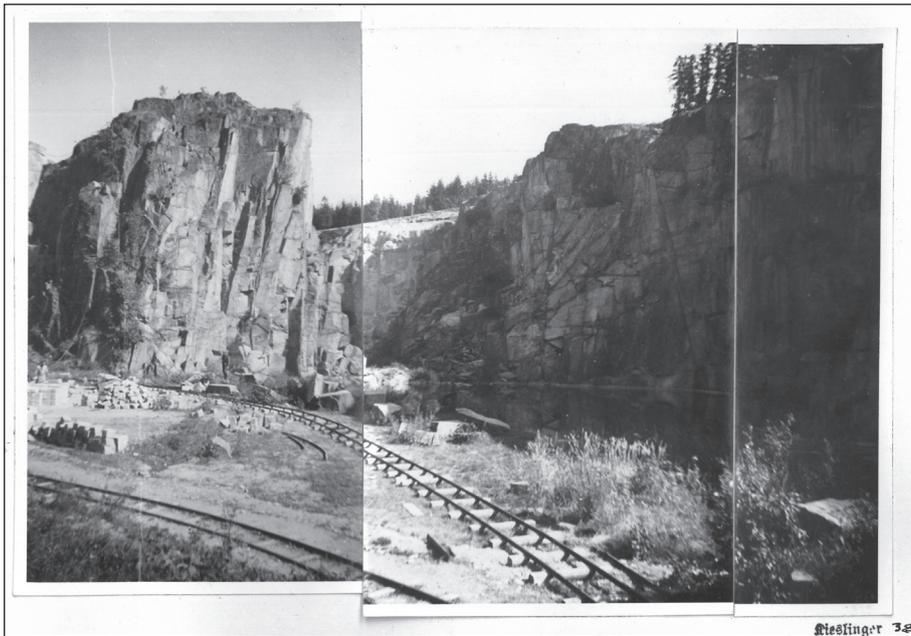


Abb. 15.  
Steinbruch Wienergraben, Aufnahmen von Kieslinger, 1938 (GBA).

<b>Deutsche Steinbrucharbeit</b> Zweigstelle Österreich <b>Geologische Landesanstalt</b> Wien 3, Raimondgasse 23 Telefon: 8-51-4-41 und 8-57-404		Stellen für unsere Vermerke! <b>Kartei Nr. 4653/14</b> 1.300.000 Eingangsercheinung: <i>April 1938</i>	
<b>Fragebogen für die deutsche Steinbrucharbeit</b> Für jeden Bruch ein eigener Fragebogen! Im Bedarfsfalle weitere Fragebogen anfordern! Ausfüllung auf jeden Fall, auch wenn Bruch derzeit außer Betrieb!			
<b>Steinbruch</b> (Orts- und handelsübliche Bezeichnung) Wienergraben <span style="float: right;">angelegt im Jahre <i>ca. 1860</i></span>			
<b>Lage</b> geographisch: (an welchem Berg, in welchem Tal, wie weit vom nächsten Ort usw.) politisch: Ort/Gemeinde/Ried i.d. Riedmark Ortsgemeinde " <i>Bog</i> Katastralgemeinde " <i>Bog</i> Dazellen <span style="float: right;">Kreis: <i>Marbach</i></span> Allfälliger Stunname Wienergraben <span style="float: right;">Gau: <i>Oberdonau</i></span>			
<b>Verkehrslage</b> unmittelbar an <i>Stroße, Bahn</i> 6 km zur Bahnstation <i>Mauthausen</i> 1,5 km zur Bezirksstraße <i>Haudererstraße</i> km zur Reichsstraße			
<b>Eigentümer</b> Gemeinde Wien			
<b>Dächter, Betriebsinhaber</b> Deutsche Erd- u. Steinwerke, Berlin <i>Wien 1931 - 1938</i>			
<b>Gestein</b> (handelsübliche Bezeichnung, allfällige Sortenuntercheidung) Mauthausener Granit, keine grossen Blöcke			
<b>Bruchbeschreibung</b> (Form, Größe, Abraumverhältnisse und sonstige wissenswerte Angaben) derzeit aus 3 Brüchen bestehend, 3 zusammenhängende Brüche. Der nördlichste (Achterbruch) Kessel, 80-100 m Ø, Wandhöhe 50 m. Am Nordende in d. Sohle ein 7-8m tiefer Kessel eingesenkt, wird jetzt wieder ausgepumpt. Gute Seite N40E/90 - N55/90 - N70/90, auf dieser Seite auch die Glaslager. Schlechte Seite N60W/90 auch schräge N10W/85SW, stellenweise stark zerklüftet, sodass nur f. Unterbau u. Schotter geeignet. "Rutschen" spitzwinklig zum Gang, Lager N70E/10NE. Der mittlere Bruch, "Gemacher Br." zirka 30 hoch, ca. 80x30 gross. Tiefbau 18 m tief ersoffen. Der dritte (südl.) heisst "Si-bener" Bruch, westl. v. Bruch Halde, zu der hinauf Schrägaufzug mit Elektr. Motor			
<b>Maschinelle Einrichtung</b> (In Bruch und Aufbereitung) Kraftquelle elektrisch 1 Kompressoren Bohrvorrichtungen (2) Bohrhämmer, (29) Keillochhämmer Spalthämmer 2, noch nicht in Betrieb Schotterbrecher (Zahl, Maulweite) in Anschaffung Sortiertrommeln 2 Demag Lokomotiven im Bruch, 1 Puch Lokomotive auf der Halde Kalkofen		<b>Erzeugnisse</b> Grundbausteine Bruchstein gross Wechstein Pfalterstein (groß und klein) in Anfang Schotter Splitt Sand Brennkalk usw.	
<b>Verwendungsbeispiele</b> (Bauten aus unserem Stein, größere Straßenbelieferungen usw.) Seinerzeit Würfel, Quader für Hochquellenleitung, 0,25 Kubikmeter		<b>Größe der Belegschaft</b> derzeit (d. i. im Monate September 1938) 20 Zivil, 70 Häftlinge früher, d. i. im Jahre 1931 200 Mann	
<b>Größe der Erzeugung</b> tatsächliche derzeit 80 <i>100000</i> Tonnen <i>100000</i> je Tag <i>100000</i> Grundbausteine mögliche derzeit <i>100000</i> seinerzeit 200.000 Pflastersteine, 3000 Kubikmeter Rand- u. Bordsteine, Erzeugung im Jahre 10.000 Kubikmeter Bruchsteine jährlich		<b>Sonstige zweckdienliche Angaben</b>	
Datum		Stempelzeichnung	

Abb. 16.  
Fragebogen der deutschen Steinbrucharbeit zum Steinbruch Wienergraben, 1938 (GBA).

Aufnahme in die NSDAP im März 1942 wurde zwar von der Ortsgruppen- und Kreisleitung befürwortet, blieb aber aus demselben Grund erfolglos (Fragebogen, 08.03.1942 und NSDAP Reichsleitung an Gauschatzmeister des Gau-es Wien, 18.04.1944, ebd.).

Unter Beibehaltung seines Referates in Wien wurde Kieslinger im Jänner 1941 mit der kommissarischen Leitung des Referates „Steine“ in der Reichsstelle für Bodenforschung Berlin betraut und er hatte dadurch jeden Monat eine Woche in Berlin zu verbringen (Schreiben der Reichsstelle für Bodenforschung Berlin, 25.01.1941, Abschrift,

AGBA, A00129-BM). In seiner Funktion als Leiter der Steinbruchkartei geriet Kieslinger 1941/42 in einen kleineren Konflikt mit der Hochschule für Welthandel („Fall Mondl“). Walter Mondl (geb. 1924?) hatte für eine Dissertation am Geographischen Institut der Hochschule über die Werksteinindustrie in Niederdonau Material aus der Deutschen Steinbruchkartei angefragt. Kieslinger half dem Dissertanten, verweigerte aber die Überlassung „*streng geheimen Dienstmaterialies*“. Mit dem Konflikt waren mehrere Stellen befasst, etwa die Technische Hochschule Wien oder der Rektor der Hochschule für Welthandel, Kurt Knoll (1889–1959), der auch Gaudozentenbundführer war. Kieslinger entkräftete die vorgebrachte Kritik und die Abwehrstelle (Nachrichtendienst) des Wehrkreises bestätigte ihm sein korrektes Verhalten (Schriftverkehr in AGBA, A 19830-R und teilweise in WStLA, NS-Registrierung Kieslinger). Unter Verwendung von Material aus der Steinbruchkartei schloss MONDL (1942) seine Dissertation ab.

Im Mai 1942 kam der eben noch zum Bezirksgeologen ernannte Kieslinger nach Norwegen zur Organisation Todt, der paramilitärischen Baugruppe im Nationalsozialismus. Mit der „Einsatzgruppe Wiking“ war er vor allem auf Baustellen für U-Boot-Bunker und für die Nordlandbahn tätig (KIERSCH & UNDERWOOD, 1998; HÄUSLER, 2015). Angesichts der topografischen Verhältnisse in Nordnorwegen und der spärlichen Ressourcen des Landes war schon der Bau der Nordlandbahn (Grong–Narvik) ein Projekt reiner Gigantomie und Realitätsferne (BOHN, 2000: 365). In diesem Sinne sollte der als „*Pionierzeit der Felsmechanik*“ (HÄUSLER, 2015: 79) erklärte Einsatz in Norwegen kritisch diskutiert werden. Der Bahn- und Straßenbau ist maßgeblich unter Ausbeutung von Zwangsarbeit durchgeführt worden und heute in Norwegen als der Bau von „Blutstraßen“ bekannt (BLODVEGER, 2021). OTTOSEN (1991) argumentierte, dass man die insgesamt 100.000 bis 110.000 nach Norwegen deportierten Kriegsgefangenen als Sklaven betrachten müsse. Sie hätten ihre eigenen Sklavenlager bauen und wie Sklaven arbeiten müssen, während sie sich in Norwegen aufhielten – das bedeutete, bis zu ihrem Tod, soweit sie nicht durch die Alliierten im Frühjahr 1945 befreit wurden. Überlebende berichten von Massenhinrichtungen, Folter, Unterernährung und Hunger – Verhältnisse, die OTTOSEN (1991) mit dem Ausdruck „Vernichtung durch Arbeit“ zusammenfasste. Die unter extremen, menschenunwürdigen Bedingungen lebenden Arbeitssklaven wurden nach BOHN (2000: 379–380) in insgesamt 249 größeren und kleineren Lagern gehalten und die einschlägigen Bestimmungen der Genfer Konventionen und der Haager Landkriegsordnung wurden deutscherseits vollkommen missachtet. Mindestens 18.000 dieser Gefangenen kamen zu Tode – durch Hunger, Seuchen oder die harten Arbeitsbedingungen. Allein 30.000 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, überwiegend sowjetische Kriegsgefangene, waren beim Bahnbau der Organisation Todt eingesetzt. Die neuere Forschung von GOGL (2020: 289) geht von 45.000 bis 50.000 sowjetischen Kriegsgefangenen auf Baustellen der „Einsatzgruppe Wiking“ aus. Er schätzt, dass rund 40 Prozent von ihnen umkamen. Kieslinger wurde am 20. April 1943 als Frontführer der Organisation Todt mit dem Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse mit Schwertern ausgezeichnet (Kopie der Urkunde in ÖStA, AdR, BMU PA Sign 10 Kieslinger Alois).

Bis Kriegsende war Kieslinger nicht durchgehend in Norwegen. Er absolvierte im September 1943 an der Bergschule Siegen die staatliche Prüfung als Sprengmeister. Im Dezember 1944 und Jänner 1945 war er auf „*Arbeitsurlaub*“ im Auftrag der Deutschen Akademie für Bauforschung in verschiedenen deutschen Städten und schließlich in Wien. Im Anschluss daran wollte er die Rückreise nach Norwegen antreten, blieb aber in Wien beordert (Karteikarte und Kieslinger an Direktion der Geologischen Staatsanstalt, 14.12.1945, AGBA, A 00129-BM). Anfang April verschaffte er sich bei der Organisation Todt einen Passierschein und fuhr zum Ausweichquartier der Zweigstelle Wien des Reichsamtes für Bodenforschung nach Wilhering in Oberdonau. Vom Leiter der Zweigstelle, Franz Lotze (1903–1971), erhielt er den Auftrag nach Kärnten zu fahren, um sich dort bei der Organisation Todt zu melden (Erwin Veit, Bericht über die Ereignisse von Ostern 1945 bis Ende Mai 1945, 25.10.1945, GBA, Lagerstättenarchiv). Am 10. Mai 1945 geriet er in britische Gefangenschaft.

An der GBA bestand nach der Befreiung vom Nationalsozialismus kein Interesse an der Weiterbeschäftigung Kieslingers. Direktor Gustav Götzinger (1880–1969) zufolge, sei Kieslinger der erste unter den Geologinnen und Geologen gewesen, die bei Kriegsende von Wien Richtung Westen flüchteten. Vor seiner Abreise habe er Anstaltsmaterial verbrannt, das er später als „*belanglos*“ bezeichnet habe (Gustav, Götzinger, Die NS-Zeit der Geologischen Bundesanstalt, Zl. 625/1945, AGBA, Amtsarchiv). Kieslinger sei, so der stellvertretende Direktor Leo Waldmann in einem Schreiben an das Staatsamt für Unterricht, ein „*Konjunkturmensch*“. Er habe im Jänner 1938 die Direktion der Anstalt mit seiner Anstellung bedrängt, „*vaterländische Gesinnung vorgebend, die aber nicht echt war*.“ Er sei zumindest Anwärter der NSDAP und eine „*ehrliche vaterländisch österreichische Einstellung*“ sei von ihm nicht zu erwarten. Da er Beziehungen zu praktisch baugelogeischen Unternehmungen habe, würde er leicht außerhalb der Anstalt ein Unterkommen finden. Die von ihm geleitete Steinbruchkartei könne die Geologin Irmentraut Wiesböck übernehmen. Kieslinger sei „*daher entbehrlich und kann enthoben werden*“ (Geologische Staatsanstalt an Staatsamt für Unterricht, 26.05.1945, Zl. 39/1945, ebd.). In Folge entthob das Staatsamt für Unterricht Kieslinger im Sinne des Verbotsgesetzes seines Amtes (MERTZ, 2021). Dieser kehrte im Dezember 1945 aus englischer Gefangenschaft nach Wien zurück und lies sich als Parteianwärter registrieren (Meldeblatt, 17.12.1945, WStLA, NS-Registrierung Kieslinger). Zudem reichte er das übliche Ansuchen um Ausnahme von der Registrierung ein. Darin führte er seine Enthebung 1938 an, sowie dass er erst 1939 rehabilitiert worden sei und seine Lehrbefugnis zurückerhalten habe, aber nicht die Anstellung. Die Betrauung mit der Leitung der Steinbruchkartei erwähnte er nicht. Er führte nur an, dass er bei der Reichsstelle für Bodenforschung „*eine kärglich besoldete Anstellung*“ erhalten habe. Den „Fall Mondl“ führte er ebenso zu seiner Entlastung an, wie seinen „erst“ 1942 verliehenen Professorentitel. 1944 sei er bei einem Besetzungsvorschlag, zu dem er auf Grund seiner langjährigen Dienstzeit und seiner wissenschaftlichen Arbeiten einen „*sehr berechtigten moralischen Anspruch*“ gehabt habe, „*vollkommen übergangen worden*“. Gemeint war damit die Besetzung der Professur an der TH. Als Auskunftsperson bot er unter anderen Karl Holey auf, der ihn gelegentlich der Verleihung seiner Professur 1937

noch als Nazi bezeichnet hatte (Kieslinger an Magistratisches Bezirksamt für den 1. Bezirk, 15.12.1945, ebd.). Der Nationalsozialist Josef Stiny setzte sich ebenso für Kieslinger ein. Ihm sei beim „jahrelangen engen Beisammensein nicht bekannt geworden, dass sich Dr. Kieslinger im Bereiche der Lehrkanzel irgendwie nationalsozialistisch betätigt hätte“ (Bestätigung von Josef Stiny, 13.12.1945, ebd.). Nicht unüblich, aber durchaus bemerkenswert war es, dass Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten „Persilscheine“ von ehemaligen Verfolgten erlangen konnten und damit NS-Opfer zu ihrer eigenen Entnazifizierung einspannten. Kieslinger versuchte dies mit einem Schreiben des jüdischen Geologen Georg Rosenberg (1897–1969), dem nach dem „Anschluss“ die Flucht aus Österreich geglückt war (Georg Rosenberg an Hans Hattey, 10.12.1946, Kopie, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 10 Kieslinger Alois).

Dennoch wurde Kieslinger in der Registrierungsliste als Illegaler verzeichnet, wovon er vorerst aber gar nichts erfuhr. Zur Regelung von Familienangelegenheiten war er nämlich nach seiner Registrierung nach Kärnten gefahren. Von der britischen Besatzungsmacht wurde er dort als ehemaliger Bauleiter der Organisation Todt ein zweites Mal verhaftet und mehrere Monate lang interniert. So wie Eberhard Clar war Kieslinger in den Lagern Wolfsberg und Weissenstein. Ende September 1946 wurde er entlassen, doch zum Arbeitseinsatz für ehemalige NS-Angehörige verpflichtet. Er war zwei Monate lang Steinbrecher im Schotterwerk der Firma Trunk & Co in Dellach im Drautal (Land Kärnten, Arbeitsamt Spittal/Drau, Beschäftigungs-Nachweis, Kopie, ebd.). Zurück in Wien erhob er Einspruch gegen die Bezeichnung als Illegaler. Dabei brachte er die bekannten Entlastungsargumente vor und spielte die Leitung der Steinbruchkartei noch weiter herunter. Er sei nur „wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“ gewesen (Kieslinger an Magistratisches Bezirksamt für den 1. Wiener Gemeindebezirk, 03.12.1946, WStLA, NS-Registrierung Kieslinger). Bei der NS-Registrierung 1947 ließ er sich als Parteianwärter von 1938 bis 1945 registrieren und wurde als minderbelastet verzeichnet (Meldeblatt, 22.07.1947, ebd.). Auch dagegen erhob er – nun erfolgreich – Einspruch. Die Bescheidkommission sah es als erwiesen an, dass Kieslinger aus politischen Gründen nicht in die Partei aufgenommen wurde, weil er mit einer „nichtarischen“ Ehefrau verheiratet war. Das führte im Oktober 1947 zu Kieslingers Streichung aus der Registrierungsliste und damit zu seiner Entnazifizierung (Meldeblatt, 22.07.1947, ebd.). Im Auftrag des Bundesdenkmalamtes führte Kieslinger ab Jänner 1947 eine Reihe größerer Untersuchungen für den Wiederaufbau durch, etwa für den Stephansdom in Wien, St. Martin in Linz oder die Stiftskirche in Ossiach (Bundesdenkmalamt an BMU, 05.11.1947, Zl. 103/Res/47, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 10 Kieslinger Alois). Im Juni 1948 wurde er rückwirkend mit 1. Jänner 1947 zum Chefgeologen des Bundesdenkmalamtes ernannt (Bescheid des BMU, 02.07.1948, Zl. 33.094/III-7/48, ebd.).

Kieslinger trat 1948 als Zeuge im Strafverfahren vor dem Volksgericht Wien gegen den Nationalsozialisten Hans Peter Cornelius (1888–1950) auf. In diesem Verfahren standen die Vorgänge an der GBA rund um dem „Anschluss“ im Zentrum. Cornelius versuchte im Februar 1938 mehrere Mitglieder der GBA für die Partei bzw. für die „nationale Gruppe“ der GBA anzuwerben. Er war 1938 NS-Vertrauensmann an der Anstalt und übernahm 1943/44 die

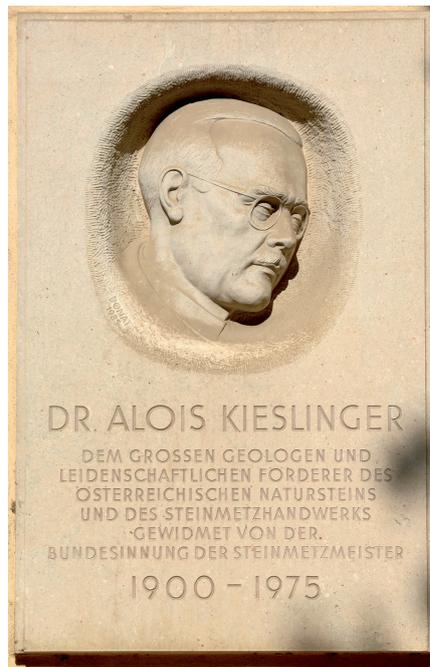


Abb. 17. Alois Kieslinger Denkmal an der Technischen Universität Wien, 2013 (Peter Haas, CC BY-SA 3.0, Wikimedia Commons).

stellvertretende Leitung. Das Verfahren war eine vor Gericht ausgetragene Auseinandersetzung zwischen den Anhängerinnen und Anhängern der Dollfuss-Schuschnigg Kanzlerdiktatur in der Anstalt und jenen des Nationalsozialismus. Die Anhänger der Kanzlerdiktatur Franz Huber (1889–1965) und Direktor Gustav Götzingler zeigten Cornelius bei der Polizeidirektion Wien an. Sie hielten ihm vor, er sei ein Illegaler gewesen und habe kurz nach dem „Anschluss“ 1938 Götzingler „im Auftrage der NSDAP“ unter Androhung der Verhaftung durch die Gestapo zum Rücktritt gezwungen. Zudem habe er die Kanzleileiterin Margarethe Girardi (1888–1964), ebenfalls eine Dollfuss-Schuschnigg-Anhängerin, „aus politischer Gehässigkeit“ zur Einreichung ihrer Pensionierung veranlasst. Cornelius wurde daraufhin verhaftet und die Voruntersuchung wegen § 11 Verbotsgesetz und § 3 Kriegsverbrechergesetz eingeleitet. Der Vorwurf war, er habe „Handlungen aus besonders verwerflicher Gesinnung“ begangen. Besonders die Zeugenaussagen der Nationalsozialisten Heinrich Beck und Alois Kieslinger halfen dem Angeklagten Cornelius, seine Verteidigungsstrategie durchzusetzen. Er sei völlig unpolitisch und habe nicht im Auftrag der NSDAP gehandelt, sondern es wäre der Beschluss der „Kollegenschaft“ gewesen, dem an der Anstalt nicht beliebten Götzingler den Rücktritt nahe zu legen. Das Gericht folgte dieser Strategie und sprach Cornelius frei (MERTZ, 2021).

Mit Entschließung vom 12. Oktober 1949 ernannte Bundespräsident Karl Renner Kieslinger zum außerordentlichen Professor der TH Wien und verlieh ihm den Titel eines ordentlichen Professors. Dies war erforderlich, da im Dienstpostenplan für die Nachfolge Eberhard Clars nur ein Extraordinarius vorgesehen war. Mit Entschließung vom 13. März 1954 wurde er dann zum ordentlichen Professor ernannt (Zl. 47.613/III-9/49 und Zl. 35.846/I-3/54, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 10 Kieslinger Alois). Sein Nachfolger wurde 1971 Georg Horninger. Kieslinger verstarb am 1. Juni 1975. Er legte mehrere Bücher und über 200 Publikationen vor, erhielt zahlreiche Auszeichnungen und wurde 1987 an der TU Wien mit einem Denkmal geehrt (Abb. 17; BUNDESINNUNG DER STEINMETZMEISTER ÖSTERREICHS, 1987).

## Müller, Leopold

Anlass der Verleihung: 135-Jahr-Feier der GBA.

Datum der Verleihung: 12. November 1985.

Begründung für die Verleihung: „[...] rief 1951 den ‚Salzburger Kreis‘ ins Leben, aus dem sich die Österreichische Gesellschaft für Geomechanik entwickelte. Herausragende publizistische Leistungen Müllers sind die beiden Monographien ‚Der Felsbau‘ und ‚Der Tunnelbau‘; die heute noch immer Standardwerke darstellen. Müllers neue Erkenntnisse auf dem Gebiet der Geomechanik ermöglichten es, Spannungszustände und Reaktionen des Gebirges mit den Ansätzen der Mechanik und der Geologie mathematisch zu definieren. Damit legte Müller den Grundstein zur Entwicklung der ‚Neuen Österreichischen Tunnelbauweise‘“ (HOFMANN, 1999: 397; vgl. auch PIRKL, 1986b).

Leopold Müller (Abb. 18) wurde am 9. Jänner 1908 als Sohn des Professors der Salzburger Lehrerbildungsanstalt Josef Unterberger (1876–?) und der Wienerin Maria Zerkowitz (1885–?) geboren. 1920 adoptierte ihn Eugen Müller (1880–1939), Professor am Salzburger Staatsgymnasium (Auszug aus dem Taufbuch der Pfarre Mülln, Salzburg, Salzburger Landesarchiv, in Folge: SLA, LRA 1920–1938 I 0118). Nach Eugen Müller ist heute in Salzburg eine Straße benannt. Leopold Müller maturierte 1926 in Salzburg. Neben dem Schulbesuch studierte er auch am Mozarteum Klavier und Geige. Zu seiner Gymnasialzeit soll es TICHY (1990: 284) zufolge geheißsen haben, dass mindestens einer der beiden, sein Klassenkamerad Herbert von Karajan (1908–1989) oder er, Musiker werden würden. Von 1926 bis 1932 studierte Müller an der TH Wien Bauingenieurwesen und promovierte 1933 mit „Untersuchungen über statistische Kluftmessung“ bei Josef Stiny. Müller hatte die wissenschaftliche und Karajan die künstlerische Laufbahn eingeschlagen. Gemeinsam mit Karajan blieb Müller der erstmalige Eintritt in die NSDAP im Jahr 1933. Müller trat Anfang Juni des Jahres der Ortsgruppe Wieden in Wien bei, wegen des kurze Zeit später erfolgten Parteiverbot es dürfte ihm aber keine Mitgliedsnummer mehr zugeteilt worden sein (Oberkommando der US Streitkräfte in Österreich, Erhebungsdienst an Bundeskanzleramt, 20.01.1948, Abschrift der Übersetzung, Stadtarchiv Salzburg, in Folge: STARSBG, NS-Registrierung Leopold Müller). Erste Erfahrungen im Berufsleben erwarb er sich ab 1933 im Straßenbau, vorerst als Hilfsarbeiter, bald als Schachtmeister, Oberschachtmeister, Bauführer und schließlich als Bauleiter der Großglockner Hochalpenstraße (Mittertörltunnel), der Salzachregulierung und des Autobahnbaues (TICHY, 1990: 284). Auf Bitte von Müllers Adoptivvater hatte der Salzburger Landeshauptmann Franz Rehrl (1890–1947) bei der Großglockner-Hochalpenstrassen AG erfolgreich für die Einstellung Leopold Müllers interveniert (SLA, Rehrl-Brief 1933/0143).

Ab 1935 war er Bauleiter bzw. Oberbauleiter auf verschiedenen Großbaustellen der Firma Polensky und Zöllner in München, Köln und Berlin (TICHY, 1990). In Deutschland trat er dem Deutsch-Österreichischen Hilfsbund, Ortsgruppe Berchtesgaden bei (Oberkommando der US Streitkräfte in Österreich, Erhebungsdienst an Bundeskanzleramt, 20.01.1948, Abschrift der Übersetzung, Stadtarchiv Salzburg, in Folge: STARSBG, NS-Registrierung Leopold Müller). Dieser im Sommer 1934 gegründete Bund stand der Historikerin Gabriele VOLSANSKY (2001: 77) zu-



Abb. 18.  
Leopold Müller, undatiert (GBA).

folge im Mittelpunkt der österreichischen Kritik an reichsdeutschen Organisationen aufgrund von NS-Agitation. Mit dem Hauptsitz in Berlin diente er der Erfassung emigrierter sowie ausgebürgerter österreichischer Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten in Deutschland und hatte mit seinem weit verbreiteten Organisationsnetz 1937 etwa 15.000 Mitglieder. Als Symbol diente dem Verein der österreichische Bundesadler, mit rot-weiß-rotem Brustschild und Hakenkreuz. Nach dem „Anschluss“ Österreichs beantragte Müller Ende Mai 1938 erneut die Aufnahme in die NSDAP, wurde rückwirkend mit 1. Mai 1938 aufgenommen und der Ortsgruppe Salzburg zugewiesen. Er erhielt nun die Mitgliedsnummer 6,347.131 zugeteilt und dadurch die Anerkennung als Altparteigenosse. Die in der Ortsgruppenkartei der NSDAP eingetragenen Veränderungsmeldungen lassen auf seine Wohnorte schließen. Anfang 1940 wurde er zur NSDAP-Ortsgruppe Zössen und im Mai 1940 nach Trier überstellt (IfZ, OGK, P-0038). In dieser Zeit war er intensiv in verschiedene Bauprojekte involviert. Er leitete die Projektierung und Bauausführung der „Deutschen Alpenstraße“ auf den Kehlstein bei Berchtesgaden („Führersperregebiet Obersalzberg“) mit ihren fünf Tunnelbauten und zeitweise den Bau des Nachrichtenbunkers des Oberkommandos der Wehrmacht in Zössen, dem damals größten Untertagebau Deutschlands (TICHY, 1990: 295). Wie aus den Veränderungsmeldungen in der NSDAP-Ortsgruppenkartei hervor geht, war er nur wenige Monate in Zössen.

Den Nationalsozialisten Müller holte 1940 das politische System ein, für das er sich eingesetzt hatte. Im Zuge der Überprüfung seiner „Abstammung“ übermittelte im Oktober 1940 das Reichsamt für Sippenforschung einen „Abstammungsbescheid“ an das Oberste Parteigericht in München, welches ein Verfahren einleitete (Reichsstelle für Sippenforschung an Oberstes Parteigericht, 04.10.1940, BArch, R 9361-I/27529). Es war festgestellt worden, dass Müller im Sinne der Nürnberger Rassegesetze „Mischling 1. Grades“ sei. Um in der NSDAP bleiben zu können, versuchte er mit einem Gutachten einer privaten „Sippenkanzlei“ beim Reichssippenamt seine Beurteilung als „Mischling 2. Grades“ zu erreichen (Beschluss des NSDAP Kreisgerichts München VII, 06.01.1944, STARSBG, NS-Registrierung Leopold Müller). Seine Großmutter Karoline Zerkowitz, geborene Guby (1853–?), war kurz nach Müllers Geburt aus dem Judentum ausgetreten (JÜDISCHE MATRIKEN, 1885; SLA, LRA 1920–1938 I 0118; STAUDACHER, 2009: 677). Das Schicksal von Müllers Mutter, Maria Theresia Zerkowitz (1885–?), konnte bisher nicht ermittelt werden.

Aus einer Veränderungsmeldung in der NSDAP-Ortsgruppenkartei geht hervor, dass Müller trotz eingeleiteter Parteigerichtsverfahren vorerst jedenfalls nicht aus der NSDAP ausgeschlossen wurde, sondern im Februar 1941 zur Ortsgruppe München überstellt wurde (lfZ, OGK, P-0038).

Frühestens 1941 kam er zur Organisation Todt, zunächst nach Belgien, dann nach Frankreich und schließlich auf die englischen Kanalinseln, wo er mit der Planung und dem Bau ausgedehnter Hohlraumbauten betraut wurde. In Norwegen war er am Bau der Eisenbahnstrecke zwischen Mo i Rana und Narvik maßgeblich beteiligt (TICHY, 1990: 295; HÄUSLER, 2015: 78). Als Einheitsführer hatte Müller Verantwortung sowohl für die Bauausführung als auch für Personal (Beschluss des NSDAP Kreisgerichts München VII, 06.01.1944, STARSBG, NS-Registrierung Leopold Müller; SUPREME HEADQUARTERS ALLIED EXPEDITIONARY FORCE COUNTER INTELLIGENCE SUB-DIVISION, 1945: 124). Die am Bau der Eisenbahn beteiligten Zwangsarbeiter mussten um ihr Überleben kämpfen. MÜLLER (1971: 178) sprach hingegen nach dem Krieg in Hinblick auf seine beim Eisenbahnbau gemachten Erfahrungen in der Felsmechanik über den Einsatz an einem Ort, wo „die fruchtbringende Pracht der Einsamkeit der Polarnacht ein unvoreingenommenes Um- und Neudenken“ gefördert habe. Da Müller seine Beurteilung als „Mischling 2. Grades“ nicht erreichen konnte, wurde er aus der NSDAP entlassen (ÖStA, AdR, BMI Beschwerdekommision, BK 2394/48). Er geriet letztlich in englische Kriegsgefangenschaft. Bereits 1944 schrieb er das Buch „Geomechanik“. Aber die Zeit sei „nicht reif für eine solche Arbeit“ gewesen, so Müller. Nach dem Krieg zeigte er das „mühsam über die Fährnisse der Gefangenschaft hinübergerettete“ Manuskript Ludwig Föppl (1887–1976), in der unerfüllten Hoffnung, es könnte für eine Habilitation ausreichen. Der Münchner Professor erkannte die Bedeutung des Manuskriptes nicht (MÜLLER, 1965: 151).

Neben der noch nicht erkannten wissenschaftlichen Bedeutung beeinflusste die Entnazifizierung vorerst Müllers Nachkriegskarriere. Bei seiner NS-Registrierung im Juni 1946 in Salzburg gab er eine Mitgliedschaft der NSDAP bis 1940 an. Sein Eintritt 1933 blieb unerwähnt (Meldeblatt, 20.06.1946, STARSBG, NS-Registrierung Leopold Müller). Gleichzeitig reichte er ein Ansuchen um Ausnahme von der Registrierung ein. Sein NSDAP-Eintritt wäre unter anderem erfolgt, um seine begonnene wissenschaftliche Karriere nicht zu gefährden und weil ihm „zur Zeit des Münchner Abkommens [...] ein Eintritt in die Partei auch politisch unbedenklich“ erschien (Entregistrierungsgesuch, 29.06.1946, ebd.). Müller hatte seinen zweiten Antrag um Aufnahme in die NSDAP allerdings nicht zur Zeit des Münchner Abkommens Ende September 1938 gestellt, sondern, wie bereits erwähnt, Ende Mai des Jahres. Seine Mitgliedsnummer dürfte den österreichischen Behörden zum Zeitpunkt der NS-Registrierung noch nicht bekannt gewesen sein und es gelang ihm, eine Registrierung als Illegaler zu vermeiden.

Eine der im Verbotsgesetz 1947 vorgesehenen Sühnefolgen für ehemalige NS-Angehörige war ein Berufsverbot als Ziviltechniker oder Ziviltechnikerin. Der beim Kraftwerksbau in Kaprun tätige Müller suchte Anfang 1947 um Erteilung der Befugnis eines Zivilingenieurs für Bauwesen an und absolvierte am 12. Juni in Linz die erforderliche kommissionelle Prüfung. Müllers eidesstattliche Erklärung,

er sei 1940 aus der NSDAP ausgeschlossen worden, war für die Ingenieurskammer ausreichend (Ingenieur-Kammer für Oberösterreich und Salzburg an Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau, 12.06.1947, Zl. 2/47, ÖStA, AdR, HBbBuT BMfHuW Titel ZivTech M-R 6605). Eine der vorgelegten Prüfungsfragen betraf den zu diesem Zeitpunkt maßgebenden Instanzenzug für die Verleihung der Ziviltechnikerbefugnis. Die mit „genügendem Erfolg“ abgelegte Prüfung dürfte für Müller auch einen gewissen Informationscharakter gehabt haben (Ingenieur-Kammer für Oberösterreich und Salzburg, Protokoll der Prüfungskommission, 12.06.1947, Zl. 2/47, ebd.). Schon am Tag nach der Prüfung registrierte er sich gemäß dem Verbotsgesetz 1947 und gab erneut an, nur bis 1940 der NSDAP angehört zu haben (Meldeblatt, 13.06.1947, STARSBG, NS-Registrierung Leopold Müller). Gleichzeitig reichte er ein Ausnahmegesuch gemäß § 4 Abs. (5) Verbotsgesetz ein und legte den Beschluss des Kreisgerichtes der NSDAP vom 6. Jänner 1944 als Beweis vor. Dieser Absatz des Verbotsgesetzes sah vor, dass Parteimitglieder, Angehörige der SA und Parteienwärterinnen und Parteienwärter, die aus politischen Gründen vor dem 1. Jänner 1945 ausgeschlossen wurden und dagegen keine Berufung eingelegt haben oder vor dem 1. Jänner 1944 ausgetreten sind, von der Registrierung ausgenommen waren. Mit Bescheid des Stadtmagistrats Salzburg wurde Müller in Folge aus der Registrierungsliste gestrichen (Bescheid des Stadtmagistrats Salzburg, 26.07.1947, Zl. 3/930/-47/R/kl.AB.303, ebd.). Die Salzburger Registrierungsstelle hatte Müllers Entlastungsstrategie akzeptiert. Der Leiter dieser Stelle in Salzburg war zeitweise paradoxerweise selbst ein ehemaliger NSDAP- und SA-Angehöriger, der später verhaftet wurde (KRIECHBAUMER, 2016: 195). Jedenfalls erhielt Müller mit Bescheid des Bundesministeriums für Handel und Wiederaufbau im Oktober 1947 die Befugnis zum Zivilingenieur für Bauwesen erteilt (Zl. 175.705-1/1-1947, ÖStA, AdR, HBbBuT BMfHuW Titel ZivTech M-R 6605).

Als Müller Ende 1947, Anfang 1948 um Erlaubnis für eine Reise nach Deutschland ansuchte, wurden die US-Besatzungsbehörden auf ihn aufmerksam. Er hatte im erforderlichen Fragebogen seine frühere NSDAP-Mitgliedschaft mitsamt Ausschluss bekannt gegeben und den Beschluss des NSDAP-Kreisgerichtes über den Parteiausschluss aus dem Jahr 1944 als Beweis vorgelegt. Da er in diesem Beschluss als „Parteigenosse“ angesprochen wurde, nahmen die US-Behörden an, dass er frühestens erst 1944 ausgeschlossen worden sein könne und „wohl die angeblich 1940 getroffene Entscheidung angefochten“ hätte. Bei einer Überprüfung in der Berliner Dokumentenzentrale hätte sich kein Akt gefunden, aus dem ersichtlich wäre, dass Müller „im Jahr 1940 oder zu irgend einer anderen Zeit aus der Partei ausgeschlossen worden ist.“ Die US-Behörden ordneten daher an, „die Entscheidung der Salzburger Registrierungsstelle zu überprüfen, um ihre Gesetzlichkeit festzustellen“ (Oberkommando der US Streitkräfte in Österreich, Erhebungsdienst an Bundeskanzleramt, 20.01.1948, Abschrift der Übersetzung, STARSBG, NS-Registrierung Leopold Müller). Für diese Überprüfung war die Beschwerdekommision im Bundesministerium für Inneres zuständig. Sie entschied im Juni 1948, dass 1940 kein Parteiausschluss erfolgt sei, so dass sein Ansuchen beim „Sippenamt“ um Anerkennung als „Mischling 2. Grades“ nicht als eine Berufung gewertet werden könne. Die Streichung aus der Liste sei daher nicht rechtswidrig erfolgt.



Abb. 19.  
Leopold Müller bei der Verleihung der Haidinger-Medaille, 12. November 1985 (GBA).

Damit war Müller endgültig entnazifiziert (ÖStA, AdR, BMI, Beschwerdekommision, BK 2394/48). Es kann zusammengefasst werden, dass die Verleihung der Befugnis zum Zivilingenieur für Bauwesen unter der Annahme eines NSDAP-Parteiausschlusses 1940 erfolgte, was nachweislich nicht der Fall war.

Ein erster, 1948 im Österreichischen Ingenieur- und Architektenverein gehaltener Vortrag über Geomechanik fand, genauso wie Vorträge in verschiedenen nationalen Gruppen der Internationalen Bodenmechanischen Gesellschaft, „*nicht das geringste Echo*“ (MÜLLER, 1965: 151). Im Jahr 1948 gründete er ein „Ingenieurbüro für Geologie und Bauwesen“, das erste seiner Art, dessen Sitz er 1949 von Kaprun nach Salzburg verlegte (TICHY, 1990: 295; ZI. AE 32.554/I/1/1950, ÖStA, AdR, HBbBuT BMfHuW Titel ZivTech M-R 6606.). In Salzburg rief er ab 1951 die „Internationale Arbeitsgemeinschaft für Geomechanik“ ins Leben. Aus ihr ging der „Salzburger Kreis“ und die „Österreichische Schule der Geomechanik“ hervor (FETTWEIS, 1974; HÄUSLER, 2015; kritisch: PERZ, 2017). Als sich Müller 1982 in die Gründungsjahre des Kreises zurückversetzte, meinte er, man müsse das vor dem Hintergrund der Zeit tun: „*Es war kurz nach dem Krieg; eine Zeit der Rückbesinnung und der Besinnung in die Zukunft, eine Zeit der guten Vorsätze, eine Zeit des Hinüberrettens wertvoller Gedanken aus der Vergangenheit und des Abfilterns von Untauglichem, das die Vergangenheit hinterlassen hatte. Es war eine Zeit, in der sehr viele Menschen wussten, dass es ein Glück bedeuten könne, neu beginnen zu dürfen*“ (MÜLLER, 1982: 4). Der ehemalige Nationalsozialist Müller hatte zweifelsohne das Glück eines höchst erfolgreichen Neubeginns. Dies erfolgte unter Ausblendung der Frage des eigenen Engagements für den Nationalsozialismus und der Frage, wie viel Unglück dieses Engagement für viele brachte. Im Jahr 1964/65 hielt Müller als Lehrbeauftragter an der TH München die erste Vorlesung über Felsmechanik, 1965 wurde er Honorarprofessor an der TH Karlsruhe und 1977 Honorarprofessor für „Geotechnik und Felsbau“ an der Universität Salzburg. Er war an zahlreichen Patenten beteiligt und Konsulent bei Bauwerken auf nahezu allen Kontinenten. Im Jahr 1985 erhielt er die Haidinger-Medaille verliehen (Abb. 19).

Er legte 209 wissenschaftliche Veröffentlichungen vor. In einem Nachruf nimmt die Aufzählung der zahlreichen na-

tionalen sowie internationalen Mitgliedschaften einen ganzen Absatz ein (TICHY, 1990). Seit 1984 wird jährlich von der Österreichischen Gesellschaft für Geomechanik der Leopold Müller Preis für hervorragende wissenschaftliche Arbeiten vergeben. Leopold Müller verstarb am 1. August 1988 in Salzburg.

## Petrascheck, Wilhelm Josef

Anlass der Verleihung: Wiederaufbau- und 100-Jahr-Feier der GBA.

Datum der Verleihung: 12. Juni 1951.

Begründung für die Verleihung: „[...] *ehemaliger Mitarbeiter der Geologischen Bundesanstalt, für seine Verdienste um die Geologie der Erze und Kohlen Österreichs*“ (GEOLOGISCHE BUNDESANSTALT, 1952: 10).

In früheren Darstellungen wird Wilhelm Petrascheck als Preisträger der Haidinger-Medaille öfters mit seinem Sohn Walther Emil Petrascheck (1906–1991) verwechselt. In der Festschrift der GBA 1999 kam es zu einer Verwechslung der Geburtsdaten (HOFMANN, 1999: 395). Auf der Website der GBA wurde der Sohn anstatt des Vaters als Preisträger ausgegeben (GEOLOGISCHE BUNDESANSTALT, 2020). Die Ausstellung „BergWetter 1938“ übernahm die Darstellung der Website (THALER et al., 2018: 52).

Wilhelm Petrascheck (Abb. 20) wurde am 25. April 1876 in Pancsova (damals Ungarn, heute Pančevo, Serbien) geboren. Seine Kindheit und Jugend verbrachte er in Leitmeritz (Litoměřice, Tschechien) und Dresden. Er studierte an der Technischen Universität Dresden und an den Universitäten Halle und Leipzig, wo er ein Schüler Hermann Credners (1841–1913) war. 1899 promovierte er in Leipzig mit einer Arbeit über die sächsische Kreide und war dann Einjährig-Freiwilliger im Egerländer Infanterieregiment Nr. 73. Bei Ernst Kalkowsky (1851–1938) am Mineralogischen Institut der Technischen Hochschule Dresden wurde er 1900 Assistent. Im selben Jahr kam er als Volontär zur k. k. Geologischen Reichsanstalt und rückte 1902 zum Assistent, 1911 zum Adjunkt vor. Während seiner Dienstzeit an der Geologischen Reichsanstalt heiratete er 1903 Hildegard Tietze (1882–?), Tochter des damaligen Direktors der Anstalt Emil Tietze (1845–1931). Im Ersten Weltkrieg war er als Geologe beim Militär General Gouvernement in Lublin. Wegen „*Teilnahmslosigkeit*“ wurde seine Mitgliedschaft in der akademischen Verbindung Silesia (CV) in Halle (Saale) im Ersten Weltkrieg gestrichen. Im Jahr 1917 stieg er zum Geologen in der Reichsanstalt auf, trat aber Ende des Jahres 1918 aus der Anstalt aus. Mit Erlass vom 9. November 1918 wurde er von Kaiser Karl I. (1887–1922), zwei Tage vor dessen Verzichtserklärung auf die Ausübung der Regierungsgeschäfte in Österreich, zum ordentlichen Professor für Geologie, Paläontologie und Lagerstättenlehre an der Montanistischen Hochschule in Leoben ernannt. 1922/23 und 1935/36 war er in Leoben Rektor (KÜHN, 1968: 172).

Petrascheck war Mitglied deutschnational-antisemitischer Vereine, wie dem „Verein für das Deutschtum im Ausland“ und dem Verein „Südmark“ (BArch, R 4901/20118). Im Spektrum der deutschnationalen Organisationen war der Verein „Südmark“ bereits vor dem Ersten Weltkrieg einer der radikalsten gewesen. Der 1889 in Graz gegründete



Abb. 20.  
Wilhelm Petrascheck, undatiert  
(GBA).

Verein definierte in der Selbstdarstellung seine Aufgaben mit dem Schutz und der (Neu-)Ansiedlung deutscher Minderheiten in den gemischtsprachigen Gebieten Kärntens, der Steiermark und später Niederösterreichs. Er publizierte Artikel über die angebliche Bedrohung der nationalen Identität vieler so genannter deutscher Gebiete und seine Schriften hatten, so der Historiker M. Pieter Judson, einen aggressiven Ton. Der Verein definierte das „*Deutschtum*“ nach rassistischen Kriterien, um Juden davon auszuschließen (JUDSON, 2014: 65–66).

Nach der NS-Machtübernahme in Deutschland 1933 langten im BMU zweimal Ausreiseanträge für Reisen Petraschecks in das Deutsche Reich ein. Erstmals 1935 und erneut für eine Reise Anfang Jänner 1938 in das Ruhrgebiet sowie zu einer wissenschaftlichen Tagung der geologischen Vereinigung in Frankfurt (Zl. 22.958-I/2/35, Zl. 44.760-I/2/37, Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv, in Folge: ÖStA, AVA, Unterricht KB PA verstorb.Prof. 17 2). DANNER (2015: 20) zeigte auf, dass sich Petrascheck noch vor dem „Anschluss“ Österreichs in den Dienst des deutschen Vierjahresplanes stellte. Am 28. Juli 1937 sprach er in Berlin bei Wilfried von Seidlitz (1880–1945) vor, der im „Arbeitsbereich Keppler: Erforschung des deutschen Bodens“ arbeitete. Für diese Reise langte im BMU kein Ausreiseantrag ein. Petrascheck berichtete in Berlin über die folgenden österreichischen Lagerstätten: Goldlagerstätte Pusterwald, Tauerngold, Bleiberg in Kärnten, Bleilagerstätte Rubland, Quecksilbervorkommen bei Dellach, Manganzlagerstätte in der Veitsch, Spat-Eisenstein-Vorkommen bei Aussee, Kupfervorkommen Mitterberg und Nickelerzlagerstätte bei Schladming. Zudem wies Petrascheck auf die Blei-Zink-Lagerstätte an der Scharnitzalpe nördlich von Innsbruck, die Eisenerzlagerstätte bei Leoben, die Kupferhütte Brixlegg und das Eisenerzvorkommen bei Jenbach hin. Diese Lagerstätten waren bis dahin nicht in die deutschen Untersuchungen einbezogen worden (ebd. 20). Bei dieser Besprechung mit Seidlitz lieferte Petrascheck nicht nur Wissen über österreichische Lagerstätten an das nationalsozialistische Deutschland aus, sondern positionierte sich bei der Beschreibung des Eisenerzvorkommens in Jenbach klar antisemitisch: „*Die Hütte steht, gehört aber einem Juden*“ (Akten-Notiz über eine Besprechung mit Herrn Professor Petrascheck aus Leoben, 28.06.1937, GBA, Lagerstättenarchiv). Gemeint waren die Jenbacher Berg- und Hütten-

werke und ihr Eigentümer Friedrich Reitlinger (1877–1938), der bereits wenige Monate später verstarb. Gemeinsam mit seiner Tochter beging er im Zuge des „Anschlusses“ am 14. März 1938 in seinem von der SS umgestellten Haus Selbstmord. Nach dem Tod Reitlingers wurde sein Besitz mitsamt dem Werk in Jenbach beschlagnahmt und dann an Ernst Heinkel „arisiert“ (MEIXNER, 2000, 2001).

Da Petrascheck im Arbeitsbericht für 1938 nicht als Mitarbeiter der illegalen Lagerstättenforschungsstelle Armin Dadius und Robert Müllers angeführt ist, vermutet DANNER (2015: 20), dass Petrascheck entweder dieser Forschungsstelle angehörte oder „*in eigener Mission*“ sein Wissen weitergegeben habe. Die neuere Forschung zeigt weitere Unterstützung dieser Forschungsstelle durch Petrascheck. Sein Assistent, Frank Schwarz (1902–?), wurde im Sommer 1937 von Petraschecks Lehrkanzel zu Robert Müller an das Institut für Hüttenchemie überstellt. Dort führte er Untersuchungen über Tone und Bleicherden durch. In einem über Petrascheck vor dem „Anschluss“ bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft eingereichten Förderantrag betonte Schwarz, dass er und seine Frau „*selbstverständlich deutsch-arisch*“ wären (Curriculum vitae, 12.10.1937, BArch, R 73/14654). Noch 1937 kam es zur Auszahlung von Fördergeldern. Wegen der „*Bedeutung und Wichtigkeit der Tonforschung*“ wurde Schwarz nach dem „Anschluss“ in eine Arbeitsgemeinschaft von Carl Wilhelm Correns in Rostock einbezogen (Beurlen an Schwarz, 09.05.1938, ebd.). Schwarz setzte seine Forschung, nun im Auftrag der Reichsstelle für Bodenforschung unter Führung von Armin Dadius, mit besserer finanzieller Ausstattung fort (Schwarz an Deutsche Forschungsgemeinschaft, 24.10.1938, ebd.).

Im Jahr 1938 wurde Petrascheck Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV). Nachdem JONTES (2012: 274) einen Fragebogen aus dem September 1938 veröffentlichte, in dem nach DANNER (2015: 20) die NSV-Mitgliedschaft Petraschecks retuschiert war, wurde die Mitgliedschaft zu dieser Massenorganisation erst durch dessen Forschung mit österreichischen Quellen bekannt. Gegenüber NS-Behörden führte Petrascheck als „*politische Betätigung*“ vor 1938 an: „*Pflege fachlicher Beziehungen zum Reich*“ (BArch, R 4901/20118). Mitglied der NSDAP wurde er nicht (ebd.; IfZ, OGGK). In der Steirischen Kohlenbergwerke AG wurde er 1938 in den Verwaltungsrat kooptiert (Zl 11.397-I/2/37, ÖStA, AVA, Unterricht KB PA verstorb.Prof. 17 2). Zu Petraschecks Arbeit über die Braunkohlen in der NS-Zeit liegt im Bestand der Deutschen Forschungsgemeinschaft umfangreicher Schriftverkehr vor. Die ursprünglich 1939 auf ein halbes Jahr ausgelegte Gemeinschaftsarbeit über „*chemische und petrographische Untersuchungen an den Braunkohlen des Sudetengaus und der Ostmark*“ wurde bis 1944 immer wieder verlängert (BArch, R 73/15684). Diese Untersuchung der günstigsten und produktivsten Verwendungs- und Verwertungsmöglichkeiten der Braunkohlen der Ostmark waren bald als kriegswichtig anerkannt worden und wurden zum Teil veröffentlicht (Beurlen an Reichsforschungsrat, 23.03.1940, BArch, R 73/15681; CIBRAN et al., 1943). Im Schriftverkehr mit den zuständigen Stellen erhielt Petrascheck die Schreiben aus Berlin nach „*Leoben (Ostmark)*“ zugesandt. Er ließ es sich aber nicht nehmen, noch bis Oktober 1942 „*Leoben (Österreich)*“ in seinen Briefköpfen zu belassen (BArch, R 73/13581 und R/73/15684). Diese kleinen Provokationen erfolgten zu einem Zeitpunkt, als

selbst die Bezeichnung „Ostmark“ schon längst durch „Alpen- und Donau-Reichsgaue“ ersetzt war. Im Laufe des Krieges wurden Assistenten eingezogen und die Arbeit stieß zunehmend auf Schwierigkeiten. 1944 berichtete Petrascheck über seinen Forschungsauftrag: *„Mangel aller technisch und wissenschaftlich geschulten Hilfskräfte, Luftschutzversorgungen, einmonatliche Krankheit, dann noch tunlichste Aufrechterhaltung des Unterrichtsbetriebes haben meine Forschungsarbeiten vorübergehend nahezu zum Stillstand gebracht.“* (Wilhelm Petrascheck, Forschungsauftrag Kennwort Braunkohleforschung, Quartalsbericht, 05.03.1944, R 73/15681).

Die Befreiung vom Nationalsozialismus stellte die Montanhochschule Leoben vor große Schwierigkeiten, unbelastetes Personal zu finden. Petrascheck war zwar Antisemit, zählte aber aufgrund fehlender NSDAP-Mitgliedschaft zu den wenigen unbelasteten Persönlichkeiten. Er vollendete 1946 allerdings das 70. Lebensjahr. Wegen zahlreicher Entnazifizierungsfälle an der Montanhochschule wurde es notwendig, dass er nicht in den Ruhestand trat. Auf Antrag von Rektor Franz Platzer, *„um den Ruf unserer Hochschule nicht zu gefährden“* und den Lehrbetrieb aufrecht zu erhalten, wurde Petrascheck vorerst ein „Ehrenjahr“ bewilligt und dann eine Honorarprofessur verliehen (Montanistische Hochschule Leoben an BMU, 24.06.1946, Zl. 26.021, ÖStA, AVA, Unterricht KB PA verstorb.Prof. 17 2). Für die Belassung Petraschecks am Lehrstuhl appellierte nicht nur Rektor Platzer, sondern auch Hans Leitmeier (1885–1967), der 1938 wegen seiner jüdischen Ehefrau von der Universität Wien vertrieben und 1945 zurückgekehrt war. Der Umstand, dass er der einzige in Wien anwesende Fachvertreter sei, sowie die *„wohl bekannte Lage des Nachwuchses in diesen Fächern“*, hatten ihn dazu veranlasst. Es gebe *„im ganzen deutschen Sprachraum kaum einen Mann, der Petrascheck wirklich ersetzen könnte, da dessen Sohn dermalen wohl nicht in Betracht kommen kann“* (Leitmeier an Skrbensky, 26.07.1947, Zl. 37.257/III-9/47, ebd.). Wilhelm Petraschecks Sohn, Walther Emil Petrascheck, war Altparteigenosse der NSDAP (Mitgliedsnummer 6,199.841) und hatte in der NS-Zeit zuletzt in Krakau die geologischen Arbeiten des Reichsamtes für Bodenforschung geleitet (IfZ, OGK, Q-0067; ÖStA, AdR, BMU, PA Sign 20 Petrascheck Walter [sic!]). Seine Erinnerungen liegen in veröffentlichter Form vor (PETRASCHECK, 1988). Wegen der Entnazifizierung vorerst für eine Professur nicht tragbar, war Walther Emil Petrascheck von 1945 bis Oktober 1947 auswärtiger Mitarbeiter der GBA, dann bei der Sowjetischen Mineralölverwaltung und bis Jänner 1950 beim Ministry of Coordination, Geological Department in Athen beschäftigt (Montanistische Hochschule Leoben an BMU, Zl. 187/III/1950, ÖStA, AVA, Unterricht KB PA verstorb.Prof. 17 2). Petrascheck Senior musste in Leoben immer weiter supplieren und erst im Februar 1950 trat Petrascheck Junior an seine Stelle. Gemeinsam veröffentlichten sie 1950 ein Lehrbuch auf dem Gebiet der geologischen Lagerstätten (PETRASCHECK & PETRASCHECK, 1950). Wilhelm Petrascheck verstarb am 16. Jänner 1967. Alleine in den Publikationsreihen der GBA und ihrer Vorläuferorganisationen waren an die 60 Veröffentlichungen des vielfach geehrten Wissenschaftlers zum Abdruck gekommen (HOLZER, 1967: 3).



Abb. 21.  
Josef Schadler, 1938 (ÖStA).

## Schadler, Josef

Anlass der Verleihung: Wiederaufbau- und 100-Jahr-Feier der GBA.

Datum der Verleihung: 12. Juni 1951.

Begründung für die Verleihung: *„[...] auswärtiger Mitarbeiter der Geologischen Bundesanstalt, wurde für seine Verdienste um die Förderung und Anerkennung der Angewandten Geologie in Oberösterreich ausgezeichnet.“* (GEOLOGISCHE BUNDESANSTALT, 1952: 10; HOFMANN, 1999: 395).

Josef Schadler (Abb. 21) wurde am 29. August 1889 in Gmunden geboren. Er besuchte das Staatsgymnasium in Gmunden und legte 1908 die Reifeprüfung ab. Anschließend begann er ein Studium der Naturwissenschaften, insbesondere der Chemie, Physik und Mineralogie, an der Universität Graz und absolvierte einen einmonatigen Studienaufenthalt an der Zoologischen Station in Triest. 1911 erhielt er eine Anstellung als Assistent am Lehrstuhl für Mineralogie, legte die Lehramtsprüfung für Mittelschulen ab und promovierte im Juni 1933 in Geologie bei Rudolf Scharizer (1859–1935) mit der Dissertation *„Beiträge zur Kenntnis der Einschlüsse der südsteirischen Basalttreppe nebst Bemerkungen zur Frage der Olivinbomben“*. Im Oktober 1913 meldete sich Schadler als Einjährig-Freiwilliger und wurde dem k. k. Landesschützen-Regiment Nr. I (Gebirgstruppe) in Trient zugewiesen. Nach Kriegsbeginn kam er im August 1914 an die Ostfront, wo er im folgenden Monat bei Gródek verwundet wurde. Nach seiner Genesung befand sich Schadler von Dezember 1914 bis März 1915 im Kriegseinsatz an der Karpatenfront, wo er schwer erkrankte und schließlich der Reserveoffiziersschule in Steyr als Instruktionsoffizier zugeteilt wurde. Nach der Enthebung aus dem Militärdienst war er von 1917 bis 1918 als Werkchemiker der Karbid- und Kalkstickstoffabrik in Sebeniko (Kroatien) tätig und dann beim Ministerium für Land- und Forstwirtschaft als Vertragsbeamter mit der Erkundung von Phosphatablagerungen in Österreich beschäftigt. Daraufhin wurde er 1920 als ständiges Mitglied in die staatliche Höhlenkommission aufgenommen und arbeitete eng mit dem antisemitischen Paläontologieprofessor Othenio Abel (1875–1946) zusammen (MATTES, 2019: 455–456; Lebenslauf, 15.03.1939, ÖStA, AdR, BMI, GA 133.267; zu Abel vgl. TASCHWER, 2015, 2016).

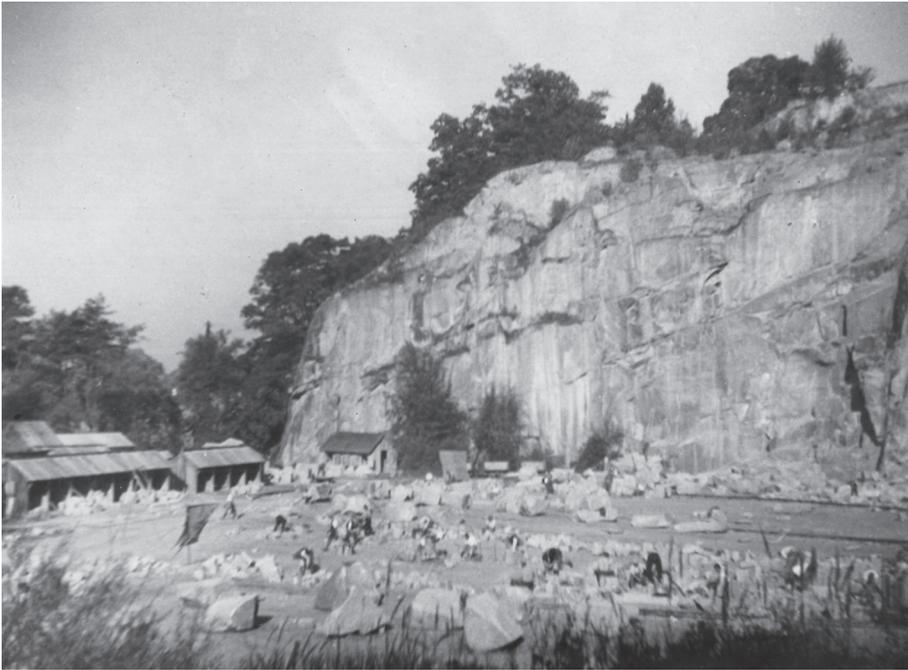


Abb. 22.  
Mauthausen, Steinbruch Bettelberg, 1938 (GBA).

Von 1920 bis 1924 fungierte Schadler als Betriebsleiter der staatlichen Höhlenbauleitung und deren Laboratorium in Gmunden, später wurde er der Höhlenbauleitung in Peggau zugewiesen, wo Schadler mit dem Abbau der phosphathaltigen Höhlensedimente aus der Drachenhöhle bei Mixnitz beauftragt wurde. Weiters nahm er 1922 an der Gründung der Speläologischen Gesellschaft in Wien unter Abel teil und wirkte während der 1920er Jahre bei paläontologischen und prähistorischen Ausgrabungen in der Drachenhöhle mit. Nach Auflösung der Österreichischen Höhlendüngeraktion erhielt Schadler 1924 eine Anstellung bei den Arsenik-Werken in Złoty Stok (Südpolen), wo er mit der Prospektion und Untersuchung von Arsenerz-Lagerstätten betraut wurde. Im Folgejahr wurde er zum Korrespondenten der Geologischen Bundesanstalt und des Naturhistorischen Museums in Wien ernannt. Im Rahmen seiner Tätigkeit für die Arsen-Industrie bereiste Schadler 1926 in einer zehnmonatigen Studienfahrt Brasilien, Chile und Argentinien und wurde dann 1927 einem Werk in Italien zugeteilt. Von 1928 bis 1930 leitete er ein Werk in Siebenbürgen zur Phosphatgewinnung in der Cioclovina Höhle. Im Rahmen der Vorbereitungen zu einer Festschrift zum 100-jährigen Bestehen des Oberösterreichischen Landesmuseums erhielt Schadler 1931 eine Anstellung unter dem Direktor Theodor Kerschner (1885–1971) und wurde 1940 zu dessen Stellvertreter ernannt. Ab 1935 war er als auswärtiger Mitarbeiter der GBA mit der Neuaufnahme des Blattes Linz-Eferding betraut und baute nach dem „Anschluss“ 1938 eine eigene Dienststelle in Linz auf (MATTES, 2019: 455–456).

Eigenen Angaben zufolge trat er im März 1937 der NSDAP bei und erhielt die Mitgliedsnummer 37.226, die wegen des Parteiverbotes aber nicht von der Reichsleitung der NSDAP bestätigt werden konnte. Seine Mitgliedsbeiträge zur illegalen Partei zahlte er im Linzer Museum. Im Oktober 1938 erhielt er, mit vordatiertem Eintrittsdatum 1937, die Mitgliedsnummer 6,315.937 und damit die Anerkennung als Illegaler/Altparteigenosse. Für seine „Verdienste um die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“

erhielt er die sogenannte Ostmarkmedaille (Personal-Fragebogen, 30.05.1938 und Karteikarte BMI-Karteikarte, ÖStA, AdR, BMI, GA 133.267). Unmittelbar nach dem „Anschluss“ wirkte Schadler bei der Errichtung des Konzentrationslagers Mauthausen mit. Der Ankauf von Grund und Boden sowie die Verpachtung der Steinbrüche in Mauthausen, die im Besitz der Stadt Wien waren, erfolgte vom April bis August 1938. Darüber wird in einem internen Schreiben des Magistratsdirektors Rudolf Hornek (1879–1945) an den Wiener Bürgermeister wie folgt berichtet:

*„Heute [8. April 1938] haben der Sturmbannführer [Arthur] Ahrens der Reichsführung der SS-München, Karlsstraße 10, und der Geologe des Landesmuseums in Linz, Professor Dr. Schadler, bei mir vorgesprochen und mitgeteilt, dass in Mauthausen ein staatliches Konzentrationslager für 3000 bis 5000 Leute errichtet werden soll. In Betracht kommen 2 Steinbrüche, die der Stadt Wien gehören, und zwar der außer Betrieb stehende Steinbruch ‚Wiener Graben‘ und der in Betrieb stehende Steinbruch ‚Bettelberg‘ [Abb. 22]. Nach Ansicht des Prof. Dr. Schadler ist die Möglichkeit einer Verwertung der beiden Steinbrüche gegeben.*

*Die beiden Herren haben gebeten, dass sie bis heute 16:00 Uhr die grundsätzliche Zustimmung erhalten, dass die beiden Steinbrüche der Reichsführung SS zur Verfügung gestellt werden. [...]*

*Im Steinbruch werden derzeit 100 Mann beschäftigt. [...] Die 100 Arbeiter sollen nach den Erklärungen der beiden Herren als Vorarbeiter im Konzentrationslagerbetrieb verwendet werden.*

*Ich bin der Meinung, dass die beiden Steinbrüche der Reichsführung SS zur Verfügung zu stellen sind und dass über weitere Einzelheiten der Überlassung noch im Wege der Reichsstatthalterei zu verhandeln sein wird, wobei sich die Stadt Wien den Eigenbedarf an Steinmaterial wird sichern müssen und für die Überlassung der Steinbrüche eine entsprechende Entschädigung zu fordern sein wird“ (BOTZ, 2008: 345).*

In Schadlers Nachlass sind aus dem Jahr 1938 mehrere Karten aus der Umgebung von Mauthausen überliefert, zu denen aber keine erklärenden Unterlagen aufgefunden werden konnten (AGBA, Sammlungen Schadler SA/2). Gesichert feststellbar sind 1938/39 zahlreiche Untersuchungen über Baugrund und Baumaterialien im Auftrag der Hermann-Göring-Werke, der Reichsautobahn (Strecken Passau-Linz-Amstetten, Salzburg-Mondsee-Attersee, Salzburg-Wien), für die Ennskraftwerke und für den Bau der Linzer Brücke. Zusammen mit Hermann Vettors begutachtete Schadler Gebiete der Umgebung von Linz und Wels über das Vorkommen von Tonen zur Ziegelfabrikation und für Großbaugründe. Die geologische Landesaufnahme auf Blatt Linz-Eferding setzte er fort, „zu dessen Fertigstellung nur noch wenige Tage benötigt“ wären (BECK, 1939: 10; Josef Schadler, Reichsautobahn – Strecke Salzburg – Wien: Neue Linienführung im Abschnitt Schwarzenbach-Nussdorf: Geologische Beurteilung, AGBA, A 14817-R). Das Blatt Linz-Eferding konnte letztlich erst 1952 veröffentlicht werden. Zudem legte er eine Zusammenstellung der Beryllvorkommen in Oberösterreich, nun Oberdonau, und einen Bericht für den Flughafen Hörsching vor (Josef Schadler, Beryll-Vorkommen im kristallinen Grundgebirge von Oberdonau, 19.09.1938, GBA Bibliothek, 4568,40; Josef Schadler, Flughafen Hörsching bei Linz: Geologische Verhältnisse, 07.11.1938, Abschrift, AGBA, A 14793-R). Er war Sachbearbeiter für die Untersuchungen an den Phosphoritlagerstätten von Prambachkirchen 1938/39, wo ca. 100.000 Tonnen nachgewiesen wurden. Es konnte aber, da zum Teil unter dem Grundwasserspiegel liegend, nicht abgebaut werden (Erich Haberfelner, Die geologischen, geophysikalischen und bergmännischen Untersuchungsarbeiten in der Ostmark 1938–1943, o.D., GBA, Lagerstättenarchiv). Gemeinsam mit Kurt Ehrenberg (1896–1979) wurde er vom SS-Ahnenerbe beauftragt, Grabungen in der Salzofenhöhle (Totes Gebirge) durchzuführen und die von Otto Körber (1886–1945) aufgestellte These, dass sich dort die höchstgelegene prähistorische Siedlungsstätte innerhalb des Deutschen Reichs befinde, zu überprüfen (MATTES, 2019: 456). Im Mai 1941 nahm Schadler an der Gründungsversammlung des „Reichsbundes für Karst- und Höhlenforschung“

in Salzburg teil und wurde als stellvertretendes Mitglied des Forschungsbeirates bestellt. Die Aufgabe des Bundes war die Zusammenfassung der höhlenforschenden Vereine und Einzelpersonen zu gemeinsamer Arbeit mit gleicher wissenschaftlicher Ausrichtung. Während des Zweiten Weltkriegs galten sowohl die praktische als auch die wissenschaftliche Höhlenkunde als kriegswichtig (DANNER, 2017: 49–51, 126).

Von 1942 bis 1943 war er nach HÄUSLER (2015: 76) als Wehrgeologe der Organisation Todt im besetzten Norwegen eingesetzt. Ende November 1942 kartierte er den Gulosenfjord bei Øysand, 20 km südwestlich von Trondheim. HÄUSLER (ebd.) vermutete, dass diese geologischen Aufnahmen im Zusammenhang mit der Planung einer strategischen Marinebasis und der Anlage einer Stadt erfolgt sein könnten. In seinem Tagebuch berichtete Joseph Goebbels am 9. Juli 1940, Hitler habe große Pläne mit Norwegen: „Neben Drontheim eine große deutsche Stadt, wahrscheinlich Nordstern mit Namen. Phantastisch gebaut. Von dort Autobahn bis Klagenfurt durch. Eine Verbindung quer durch das germanische Reich“ (GOEBBELS, 1998). Im April 1943 kartierte Josef Schadler auf der Insel Gossa, nordwestlich von Molde (HÄUSLER, 2015: 77). Dieser Teil der Küste in der Mitte Norwegens war für die Wehrmacht und die Kriegsmarine von strategischer Bedeutung, um im Fall einer alliierten Landung die Teilung des besetzten Norwegens und das Abschneiden der deutschen Nachschublinien aus dem Norden zu verhindern. Für den Bau von Stellungen und des größten deutschen Militärflughafens im besetzten Norwegen – in Zusammenarbeit von Luftwaffe und Organisation Todt – wurden mehrere Arbeitslager errichtet. Ein Viertel der über 2.000 Personen zählenden Bevölkerung der Insel Gossa wurde vertrieben. Auf die Insel kamen 2.000 deutsche Soldaten und rund 1.000 Kriegsgefangene sowie 600 zivile Zwangsarbeiter (Abb. 23, 24). Die Lebensbedingungen der Arbeitsklaven waren schwer: Kälte, Hunger, tägliche Gewaltanwendung und auch Exekutionen. Die Sterblichkeitsrate ist unklar, da eine unbekannte Anzahl der Verstorbenen oder Ermordeten kein Begräbnis erhielt, sondern deren Leichname einfach ins Meer geworfen wurden (JASINSKI, 2013).



Abb. 23. Sowjetische Zwangsarbeiter auf Gossa, undatiert (Romsdalsmuseum Molde).



Abb. 24.  
Polnische Kriegsgefangene in Bud, undatiert. Der Mann ganz rechts übergab das Foto an die lokale Bevölkerung, die ihm Essen überlassen hatte. Freundlicher Hinweis von Anne Holen Helseth (Archiv der Gemeinde Fræna).

Ab November 1944 übernahm Schadler von Hans Peter Cornelius die Stellvertretung des Leiters Franz Lotze der Zweigstelle Wien des Reichsamtes für Bodenforschung (Abb. 25). Nach SCHEDL & PIRKL (1999: 150) dürfte Schadler, obwohl er ebenso wie Cornelius Nationalsozialist war, auf größere Akzeptanz bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Anstalt gestoßen sein als sein Vorgänger. Nachdem das Palais Rasumofsky, das Gebäude der Zweigstelle Wien, im März 1944 bei einem Fliegerangriff schwer beschädigt wurde, richtete Schadler im Auftrag des Reichsamtes für Bodenforschung zusammen mit der Geologin Gerda Woletz (1916–2017) ein Ausweichquartier in Wilhering bei Linz ein. Als zusätzlicher Standort wurde das Stift Kremsmünster ausgewählt (ebd. 150–151). Den Einmarsch der Roten Armee erlebte Schadler in Oberösterreich und setzte „unmittelbar“ nach dem Ende der Kampfhandlungen seine Arbeit, etwa bei der Kartierung des Blattes Linz-Eferding, fort (Erwin Veit, Bericht über die Ereignisse von Ostern 1945 bis Ende Mai 1945, 25.10.1945, GBA, Lagerstättenarchiv; SCHADLER, 1949).

Nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur zog Franz Lotze mit Unterstützung von Schadler eine „Geologische Landesanstalt von Österreich“ in Kremsmünster auf. Sie erhielten, um dieser Stelle einen entsprechenden äußeren Amtscharakter zu geben, mündlich die Anerkennung von der neuen Oberösterreichischen Landesregierung. In dieser Anstalt sammelten sich überwiegend Nationalsozialisten (SCHEDL, 1999: 152). Bei Besprechungen mit dem Landeshauptmann und seinem Sekretär wurde festgestellt, dass die Weiterarbeit „völlig rechtmäßig“ geschehe und dass bei Schwierigkeiten die Landeshauptmannschaft Hilfestellungen leisten würde (Aktennotiz über eine Besprechung mit Landeshauptmann Dr. Eigl am 26. Juni 1945 in Linz, 28.06.1945; Aktennotiz über eine Besprechung mit Herrn Dr. Hirsch am 13. Juli 1945 in Linz, 15.07.1945, GBA, Lagerstättenarchiv). In Wien sah man das anders. Da Lotze mit der Amtskasse von Wien geflüchtet sei, leitete die legitime Geologische Staatsanstalt in Wien polizeiliche Ermittlungen gegen ihn ein. Die Stelle in Kremsmünster wurde im September 1945 liquidiert (SCHEDL, 1999: 152). Im Jahr 1945 führte die Geologische Staatsanstalt Schadler als auswärtiger Mitarbeiter (GÖTZINGER, 1946).

Erst 1946 wurde Schadler von seinem Amt im Landesmuseum entlassen (PREY, 1980). Im Registrierungsverfahren behauptete er, dass er seine „Zugehörigkeit zur NSDAP niemals mißbrauchte und jederzeit ein positives Verhalten für [s]eine Heimat Österreich bewiesen“ hätte (Schadler an Registrierungsamt Linz, 07.03.1946, Archiv der Stadt Linz, Städtische Registratur, NS-Registrierung, Listen Linz, Linz M, Blatt 16). In Folge wurde er 1947 als minderbelastet eingestuft (Meldeblatt 1947, ebd.). Ab 1947 veröffentlichte er wieder in den Publikationen der GBA (SCHADLER, 1947). Erfolglos suchte er 1949 um Wiederverwendung im Oberösterreichischen Landesmuseum an (AGBA, A 03775-BM). Nach dem Verlust seiner Ämter engagierte er sich innerhalb der Naturschutzbewegung, wurde zum Vorsitzenden des Landesbeirats für Naturschutz bestellt und Mitbegründer sowie erster Obmann der Landesgruppe Oberösterreich des Österreichischen Naturschutzbundes. Weiterhin wurde er mit der Neuerfassung und Begutachtung von Bodenrohstoffen betraut, unter anderem untersuchte er die Salzbergwerke von Bad Ischl, Bad Aussee und Hallstatt. 1950 wurde er zum Ehrenmitglied des Akademischen Senats der Universität Innsbruck und 1968 des Oberösterreichischen Musealvereins ernannt sowie 1965 mit dem Ehrenring der Stadt Linz und

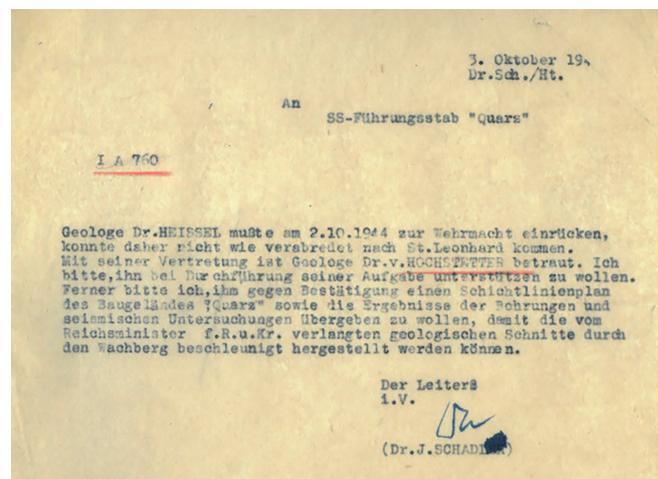


Abb. 25.  
Schreiben von Josef Schadler an den SS-Führungsstab „Quarz“, 3. Oktober 1944 (GBA).

1969 mit dem Titel eines Professors ausgezeichnet (MAT-  
TES, 2019: 456). Schadlers Tätigkeit am Oberösterreichischen Landesmuseum in der Zeit von 1931 bis 1946, in die auch seine Beteiligung zur Errichtung des Konzentrationslagers Mauthausen fiel, wurden als „Blütezeit der Entfaltung allseitiger geowissenschaftlicher Tätigkeit in Oberösterreich“ verklärt (KOHL, 1978: 18). Die stellvertretende Leitung der Zweigstelle Wien des Reichsamtes für Bodenforschung am Ende der NS-Diktatur sei „wohl die Krönung einer wissenschaftlichen Leistung“ gewesen (OBERÖSTERREICHISCHER MUSEALVEREIN, 1969: 30). Schadler verstarb am 8. April 1978.

## Stiny, Josef

Anlass der Verleihung: Wiederaufbau- und 100-Jahr-Feier der GBA.

Datum der Verleihung: Das genaue Datum ist unbekannt, da Stiny bei der Feier am 12. Juni 1951 verhindert war. Er bedankte sich am 26. Juni für die Verleihung (AGBA, GBA-Protokollbuch, 1289/51).

Begründung der Verleihung: „[...] Verdienste um die Vertiefung des Verständnisses für geologisches Denken im Ingenieurfach, besonders auf dem Gebiete des modernen Tunnel- und Wasserkraftbaues und Bauwesens in Österreich“ (HOFMANN, 1999: 395; vgl. auch GEOLOGISCHE BUNDESANSTALT, 1952: 10).

Josef Stiny (seit 1942: Stini, in Folge durchgehend: Stiny; Abb. 26) wurde am 20. Februar 1880 in Wappoltenreith, Niederösterreich, geboren. Nach dem Gymnasium absolvierte er die Hochschule für Bodenkultur in Wien und hörte dann an der Technischen Hochschule in Graz ergänzende Vorlesungen aus dem Bauingenieurfach. Später, schon neben seinem Ingenieurberuf, studierte er Geologie an der Universität Graz. Von 1903 bis 1911 war er bei der staatlichen Wildbachverbauung hauptsächlich in Tirol tätig, dann als behördlicher Fachreferent. Während des Ersten Weltkriegs war er als Landsturmingenieur mit vielen technischen Bauvorhaben, besonders der Raabregulierung, betraut. Von 1919 bis 1925 wirkte er als Professor für naturwissenschaftliche Fächer an der höheren Forstlehranstalt in Bruck an der Mur. Nach seiner Habilitation 1924 wurde er bald darauf zum ordentlichen Professor der Geologie an die Technische Hochschule Wien berufen (KIESLINGER, 1958: 389).

Am 4. November 1938 stellte er handschriftlich einen Antrag auf Mitgliedschaft in der NSDAP direkt bei Reichskommissar Josef Bürckel. Die NSDAP habe er in der Verbotszeit durch Spenden für Flüchtlinge unterstützt und dadurch seine Stellung gefährdet, schrieb er (Stiny an Bürckel [sic!], 04.11.1938, BArch, R 9361-II/984328). Er wurde angewiesen, den Antrag bei einer NSDAP-Ortsgruppe erneut einzubringen (NEMEC, 2013b). Laut einer politischen Beurteilung der zuständigen Ortsgruppe Kärlnerviertel sei Stiny bereits vor dem „Anschluss“ national eingestellt gewesen. So soll Stiny Verbindung mit der NSDAP aufgenommen, sich an Geldspenden beteiligt und nationalsozialistische Studierende der Hochschule gefördert haben. Sein Verhalten zu Partei und Staat sei aus nationalsozialistischer Perspektive „gut“ (NSDAP Gauleitung Wien, Personalamt, Hauptstelle Politische Beurteilung, Beurteilung der



Abb. 26.  
Josef Stiny, undatiert (GBA).

Ortsgruppe Kärlnerviertel, 19.06.1942, ÖStA, AdR, BMI, GA 41.914). In der politischen Beurteilung des Gaupersonalamtes hieß es, Stiny sei zwar vor dem „Anschluss“ nicht der NSDAP als Mitglied beigetreten, er habe aber die NS-Bewegung häufig und in weitgehendem Maße finanziell unterstützt. Aus seiner nationalsozialistischen Gesinnung mache er demnach „nie ein Hehl“ (Sicherheitsdienst des Reichsführers-SS, SD-Leitabschnitt Wien an NSDAP Gauleitung Wien, Gaupersonalamt, 31.01.1941, ebd.). Ähnlich war die Einschätzung an der Hochschule. Dem Fakultätsführer Friedrich Schaffernak und dem Dozentenbundführer Hans Schober zufolge habe sich Stiny nach dem März 1938 „offen als Nationalsozialist bekannt“ („Wissenschaftlich-charakterliche-politische“ Beurteilung, 17.10.1938, ebd.). Im Mai 1938 trat Stiny zudem dem Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps (NSKK), einer Gliederung der NSDAP, bei (NEMEC, 2013b: 293). Der NSKK war „der berufene Banner- und Willensträger des Motorisierungsgedankens im neuen Deutschland“ (JOHANNY & REDELBERGER, 1941: 97).

Anfang 1942 ersuchte der 62-jährige Stiny um vorzeitige „Entpflichtung“ von seinen Aufgaben an der Technischen Hochschule Wien, also um Emeritierung an. Dafür machte er gesundheitliche Gründe geltend. Er könne sich damit ganz der Vollendung zahlreicher, begonnener wissenschaftlicher, feldgeologischer Arbeiten widmen und dadurch dem Deutschen Reich mehr nützen als durch seine Tätigkeit an der Hochschule. In seinem Ansuchen ließ Stiny den weit zurückreichenden Konflikt zwischen den beiden geologischen Instituten der Hochschule anklingen, der sich in der NS-Zeit zugespitzt hatte: Er habe „ohnedies nicht mehr den Wirkungskreis [...] wie früher“ (Stiny an Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung, 08.01.1942, BArch, R 4901/25502). Dem Wunsch Stinys wurde vom Ministerium Ende März 1942 entsprochen und eine Honorarprofessur in Graz in Aussicht gestellt, doch musste er bis zum Wintersemester 1943/44 seinen Lehrstuhl an der Wiener Fakultät für Bauwesen weiter wahrnehmen (Diverser Schriftverkehr und Erlässe in BArch, R 4901/25502). Dem Führer des nationalsozialistischen Dozentenbundes Arthur Marchet zufolge war der Hauptgrund für die mit Ende März 1942 erfolgte Emeritierung, dass Stiny sich „augenscheinlich an seiner Hochschule zurückgesetzt“ fühlte. Marchets Bemühungen, Stiny vom Rückzug abzuhalten, seien vergeblich geblieben und es schien Stiny das Verhältnis besonders zu dem

Vertreter der Mineralogie der Hochschule, Professor Roman Grengg, „*ein unangenehmes*“ zu sein. Ursache dafür sei, so Marchet weiter, „*wohl einerseits die Art und Weise*“, mit der Grengg vorgehe und andererseits „*eine große Empfindlichkeit*“ von Stiny (Marchet an Gaupersonalamt, Hauptstelle für Politische Beurteilung, 15.06.1942, ÖStA, AdR, BMI, GA 41.914). Grengg, der durch seine illegale NSDAP-Mitgliedschaft seit 1932 noch besser in der Partei verankert gewesen sein dürfte als Stiny, nannte diesen auf der anderen Seite später einen seiner „*Getreuen*“ im Führungsteam der Bauleitung des Kraftwerks Kaprun. Gleich nach dem „Anschluss“ und dem „Spatenstich“ Hermann Görings im Mai 1938 hatte dieses Führungsteam begonnen, Pläne und Projektentwürfe für das geplante Großprojekt zu entwickeln (REITER, 2014: 130–131, 175–176).

Nachdem seine Mitgliedschaft 1939 noch abgelehnt worden war, wurde Stiny am 9. April 1943 eingeladen, sich in der Ortsgruppe seine Mitgliedskarte der NSDAP abzuholen. Knapp nach der Aushändigung seiner Mitgliedskarte erhielt er eine Sachbeihilfe vom Reichsforschungsrat für die „Durchführung von Untersuchungen über die Abdichtung von Staudämmen und Untersuchungen von Lockermassen“ bewilligt (ÖStA, AdR, BMI, GA 41.914; NEMEC, 2013b: 293). Vor seiner Emeritierung hatte Stiny versprochen, solange er noch arbeitsfähig sei, jährlich mindestens 50 bis 60 Druckseiten wissenschaftlicher Arbeit „*zu Nutzen des Reiches und der Allgemeinheit der Öffentlichkeit zu übergeben*“ (Stiny an Reichsministerium für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung, 08.01.1942, BAArch, R 4901/25502). Dieses Versprechen hielt er ein, doch bildete die angewandte gutachterliche Tätigkeit für oftmals geheime Bauvorhaben in Folge den Schwerpunkt seiner Arbeit. Über Stiny existiert für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg die Erzählung, dass die Beurteilung „*irgendeines größeren Bauvorhabens in Österreich*“, so etwa besonders im Ausbau der Wasserkräfte, der Verkehrswege oder im Tunnelbau, nicht als abgeschlossen gelten konnte, bevor Stiny „*als die überlegene Autorität sich dazu geäußert und seine Billigung gegeben*“ habe (CLAR, 1981). In diese Erzählung sollte die Zeit des Zweiten Weltkrieges einbezogen werden.

Gemessen an der Anzahl der in seinem persönlichen Archiv an der GBA überlieferten Gutachten und anderen Arbeiten nahm die angewandte Tätigkeit Stinys im Laufe des Krieges zu: 46 (1940), 79 (1941), 79 (1942), 93 (1943), 112 (1944). Er war in mehreren Außenlagern des KZ Mauthausen aktiv, sowohl bevor diese Lager errichtet waren als auch während ihres Betriebes. Am 8. Februar 1944 legte er ein „Geologisches Gutachten betreffend den Bau von Ausweichräumen im Wachberge bei Melk“ vor (AGBA, A 16946-R). Zum „Projekt Quarz“ liegt die umfangreiche Publikation von PERZ (2014) vor. Für den Raum St. Aegyd und Umgebung (RABL, 2008) legte Stiny am 14. Juni 1944 ein „Vorläufiges geologisches Gutachten betreffend Stollenplanungen“ vor (AGBA, A 16948-R). Am 28. Juni 1944 folgte ein „Geologisches Gutachten betreffend die Schaffung weiter Hohlräume bei Peggau, Steiermark“ (AGBA, A 14479-R.3; PERZ, 2014: 179–180) und nach Befahrungen am 26. Juni 1944 (AGBA, A 14476-R.5) sowie am 11. Jänner 1945 (AGBA, A 14476-R.7) legte er Berichte über die „*unterirdischen Steinbrüche in Aflenz bei Wilden*“ vor. Zu diesem Lager hat ebenso PERZ (2006a) publiziert. Hier sollen in Folge nur etwas detaillierter auf die KZ-Außenlager Wien-Hinterbrühl und Loibl eingegangen werden.

Das 1912 durch Sprengung geflutete Gipsbergwerk in Hinterbrühl wurde seit 1932 als Schaubergwerk „*Seegrotte*“ touristisch genutzt. Am 1. Mai 1944 wurde es beschlagnahmt, um eine Produktionsstätte für Flugzeugteile der Heinkel-Werke zu errichten (FRÖHLICH, 2012; PERZ, 2012). In Veröffentlichungen wird teilweise „*Languste*“ als Deckname für die Produktionsstätte und „*Lisa*“ für das Lager der Häftlinge angegeben (UZIEL, 2012: 248; MITTER, 2020: 42; STADT WIEN, 2020). In seinen Unterlagen verwendete Stiny beide Decknamen für die Produktionsstätte. Er wohnte ganz nahe von dieser in der Hinterbrühler Hauptstraße und besuchte das Werk erstmals am 5. Juli 1944 sowie bis Jänner 1945 zumindest weitere fünf Mal. Die Aufträge für seine verschiedenen Gutachten erhielt er von der Direktion der Heinkel-Werke, der obersten Bauleitung der Organisation Todt und der Bauleitung der Firma Heberer. Am 14. August 1944 hielt er mit dem Bauleiter der Firma Heberer „*eine längere Besprechung über die geplanten Bauten und den Einfluss der geologischen Verhältnisse auf sie*“ ab (Josef Stiny, Baugeologisches Gutachten betreffend die vom Werke Lisa geplanten Anlagen, 14.08.1944, AGBA, A 16946-R). Stiny war der Meinung, dass sich die Seegrotte (Abb. 27) wenig zur Auffahrung großer Hohlräume eigne, die geplante Anlage rechtfertige sich „*wohl nur durch das Vorhandensein alter Räumlichkeiten, welche man nur umzugestalten*“ brauche. Man dürfe „*sich jedoch nicht der Hoffnung hingeben, dass die Arbeiten zur Brauchbarmachung der Gruben einfach, leicht und rasch auszuführen*“ seien. Er empfahl die Erweiterung der Anlage in Nordostrichtung. Das Gestein lasse sich „*im allgemeinen nicht schwer lösen*“, man müsse „*nur die richtige Art und Weise für den Arbeitsvorgang finden*.“ Der Pickel würde Stinys Einschätzung nach „*nur in gipsarmen Massen einigen Arbeitsfortschritt bringen*“ und er glaubte, dass sich Pressluftschrämmen „*recht gut bewähren*“ würden. Sollten die von ihm empfohlenen Schürfungen auf Gips ungünstig ausfallen, bestehe „*keine Hoffnung, die Anlage auf billige Art und rasch erweitern zu können*.“ Denn nur der Gips biete „*eine halbwegs vertretbare Möglichkeit*“ der Anlage von fünf bis acht Meter weiten Hallen. Er stellte zahlreiche Ablösungen und „*sogar einzelne recht gefährliche Strecken fest, wie z.B. den nicht umsonst so genannten Trümmergang*.“ Zudem schlug er verschiedene Sicherungsmaßnahmen vor, zog sich bei der Umsetzung seiner Empfehlungen aber aus der Verantwortung: „*Die Nutzenanwendung aus dieser Anschauung überlasse ich jenen Ingenieuren, welche das Werk einzurichten und zu betreiben haben*“ (Josef Stiny, Werk Lisa, Beobachtungen am 11. August 1944, 14.08.1944, ebd.).

Ende Oktober 1944 wurde Stiny erneut für die Werkserweiterung durch einen Zufahrtstunnel und einen Schrägaufzug beigezogen. Es ist unklar, inwieweit die Pläne umgesetzt wurden (Josef Stiny, Baugeologisches Gutachten betreffend den Zufahrtstunnel für das Werk „*Lisa*“, 29.10.1944, ebd.). Die Aufstellung der Pressluftanlage bewährte sich nicht so gut wie zuvor angenommen. Die Bauleitung teilte Stiny mit, dass sich frische Ablösungen zeigten, welche „*die Arbeiter, die aufgestellten Maschinen und die Erzeugung des Werkes bedrohen*“ und führte diese „*beunruhigende Erscheinung auf die Aufstellung eines Kompressors zurück, dessen Erschütterungen sich auf das Gebirge übertragen*.“ Der aufgestellte Kolbenkompressor erschütterte das Gebirge in einer Weise, welche man deutlich mit der Hand wahrnehmen könne. Im sogenannten

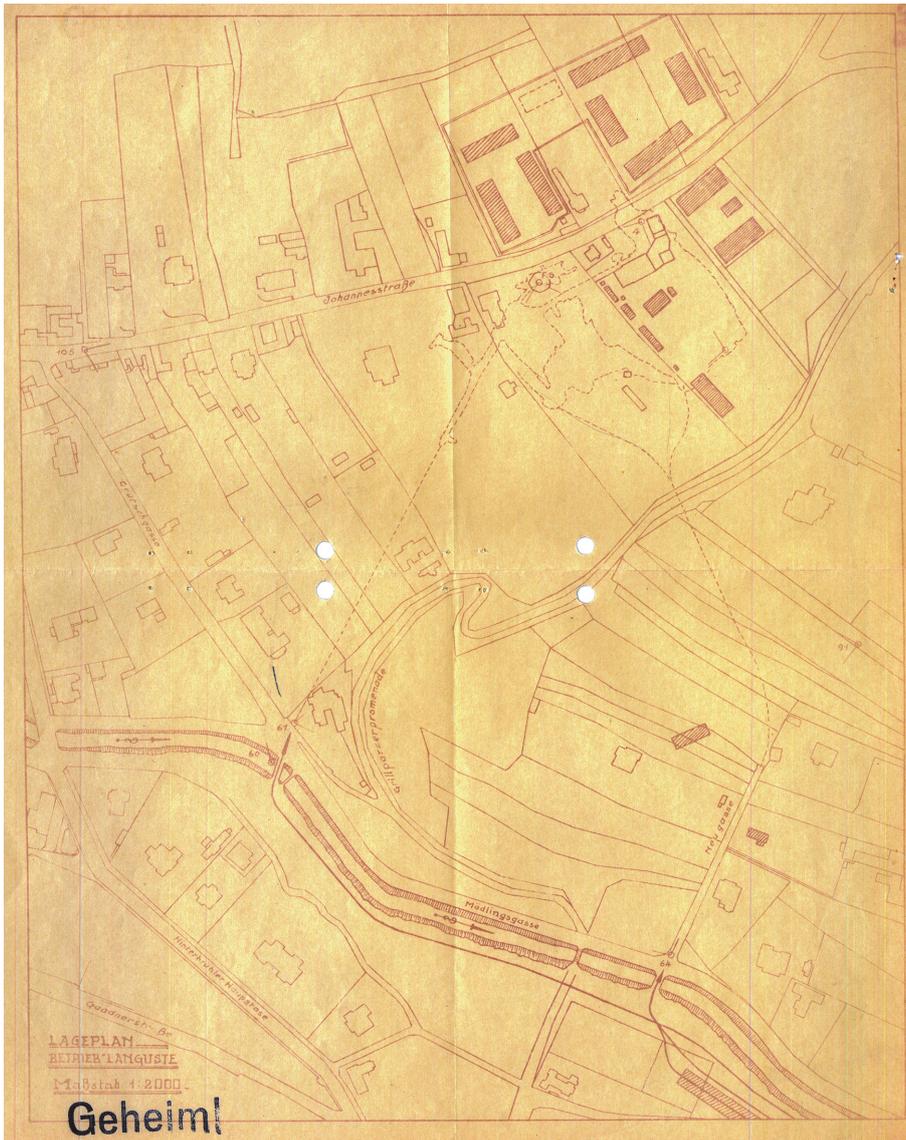


Abb. 27. Lageplan des KZ-Außenlagers Hinterbrühl, 1944. Im Bereich der Baracken nördlich der Johannesstraße befindet sich heute eine Gedenkstätte (GBA).

„Trümmegang“ habe sich die Ablösung wesentlich gesteigert, obwohl diese Halle von der Pressluftanlage weit entfernt sei. Stiny brachte seine Befürchtung zum Ausdruck, dass die Kolben-Pressluftanlage „in Zukunft im Werksge­lände ernste Unfälle auslöst, den Betrieb erschwert und mit der Zeit vielleicht sogar weitgehend stört.“ Es sei un­bedingt notwendig, „durchgreifende Massnahmen gegen die um sich greifenden Folgen des Betriebes der Kolben­anlage zu ergreifen.“ Er empfahl daher, „die bestehende Pressluftanlage durch eine rotierende zu ersetzen“ (Josef Stiny, Geologisches Gutachten betreffend die frischen Gesteins-Ablagerungen im Werke Languste des Herrn Heberer in Hinterbrühl, 20.01.1945, AGBA, A 16940-R).

Nach PERZ (2012: 28) wurden bis zu 1.600 Häftlinge in der „Seegrotte“ eingesetzt. In den Dachauer Mauthausenprozessen 1947/48 (US vs. WALDEMAR BARNER et al., 1948) legten ehemalige Hinterbrühler Häftlinge Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen vor. Sie seien unter Schlägen durch das Tor des Werkes getrieben und bei leichten Vergehen verprügelt worden. Wenn ein SS-Aufseher der Meinung gewesen sei, Häftlinge würden nicht schnell genug arbeiten, seien diese oft bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen worden. Selbst während eines Luftan-

griffes seien Häftlinge derart verprügelt worden, dass sie von anderen Häftlingen getragen werden mussten. Der politische Häftling Marcello Martini aus Italien überlebte das Lager und berichtete in seinen zuletzt veröffentlichten Erinnerungen über die katastrophalen Lebens- und Arbeitsbedingungen (MARTINI, 2007; MITTERHÖFER, 2020). Die Heinkel-Produktionsstätten im Wiener Raum wurden Ende März 1945 vor der herannahenden Roten Armee in sogenannten Todesmärschen Richtung Mauthausen evakuiert. Mindestens 50 kranke Häftlinge wurden noch im Lager Hinterbrühl getötet, mindestens 150 weitere auf dem einwöchigen Marsch nach Mauthausen erschossen (BERNT-KOPPENSTEINER, 2015; FRÖHLICH, 2012; PERZ, 2006b: 451).

In Hinblick auf den „fachgerechten“ Kriegseinsatz von Wehrgeologen zählte MAIER (2017: 19–20) in einem Kurzgutachten zum Forschungsstand der NS-Aufarbeitung der deutschen Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe die ab 1943 einsetzende Untertage-Verlagerung von Rüstungsbetrieben zu den „grausamsten Regimen im Bereich der Sklavenarbeit“. Außer der Tatsache des fachlich begründeten Einsatzes von Geologen bei der Untertage-Verlagerung konnte er in der Literatur lediglich kleinere weitere Hinweise in diesem Zusammenhang finden. In

der Literatur mit Bezug zum Gebiet der heutigen Republik Österreich wurde bereits umfangreicher über geologische Gutachtertätigkeit in der Untertage-Verlagerung der NS-Zeit diskutiert. QUATEMBER (2010) analysierte ein Gutachten des Tunnelbautechnikers Ladislaus Rabcewicz (1893–1975) für das „Projekt Kalk“ (KZ Ebensee). Den Einsatz von KZ-Häftlingen habe Rabcewicz *„wie selbstverständlich ins Kalkül genommen.“* Quatember argumentierte, dass der Tunnelbautechniker für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge nicht verantwortlich gemacht werden könne. Er hatte sich an Vorgaben der Auftraggeber anzupassen. Es sei auch nicht belegt, jedoch anzunehmen, dass Rabcewicz nach Abgabe des Gutachtens später wieder an die Baustelle in Ebensee zurückgekehrt sei. PERZ (2017: 256) hinterfragte dieses *„gewissermaßen entlastende Argument“*, nach Abgabe des Gutachtens nicht mehr vor Ort gewesen zu sein. Er legte Belege vor, dass Rabcewicz noch während des Baus der Stollenanlage in Ebensee eng mit der Bauführung kooperierte und PERZ (2017) zeigte auch am Beispiel des Loibltunnels, dass Rabcewicz KZ-Baustellen tatsächlich besucht hatte. Analog zu dieser Diskussion kann Stiny nicht für die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Häftlinge verantwortlich gemacht werden. Er kollaborierte im System der NS-Zwangsarbeit im Untertagebau jedoch umfangreicher, als dies von Rabcewicz oder anderen österreichischen Geologinnen oder Geologen bisher im Detail bekannt wäre. Er besuchte mehrmals KZ-Außenlager und kooperierte mit Bauführungen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die fachlich-technischen Entscheidungen Einfluss auf die an den Baustellen zur Arbeit gezwungenen Personen hatten.

Der Loibltunnel in den Karawanken wurde als wichtige Nord-Süd-Verbindung für die Material- und Truppentransporte der Wehrmacht errichtet und zum Tunnelbau wurden Lager für Zwangsarbeiter auf nördlicher und südlicher Seite des Passes errichtet (ZAUSNIG, 1995). Am 19. September 1943 legte Stiny einen „Bericht über die geologischen Verhältnisse im Loibltunnel“ vor. Es folgten mehrere kurze und längere Gutachten (AGBA, A 14701-R). Am 20. Oktober 1943 war es zur Aufstellung der Barackenunterkunft im KZ-Außenlager Loibl Nord gekommen (TISLER & TESSIER, 2007: 173). Noch im Oktober kam es zur Verlegung von Häftlingen in das bis dahin provisorisch geführte Nordlager. Diese Verlegungen hatten für die betroffenen KZ-Häftlinge den Charakter einer Strafverschärfung (ZAUSNIG, 1995: 143–144). Gemeinsam mit Rabcewicz nahm Stiny am 29. Oktober 1943 an einer Besprechung mit der Bauleitung des Loibltunnels teil (Amtsvermerk über die Besprechung am 29.10.1943 in St. Anna, 02.11.1943, AGBA, A 14701-R.11). Der Tunnel wurde von der Nord- und Südseite vorangetrieben und auf beiden Seiten Lager für die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter errichtet. Bei der Besprechung wurde der *„Vorschlag der Bauleitung (Aufbruch unmittelbar vor Beginn der Druckstrecke auf der Süd- und Nordseite, um vor allem den Ausbau der Druckstrecke zu betreiben, Zurückstellung der Arbeiten im Dolomit der Südseite als Pufferarbeit) als zweckentsprechend angenommen“* (ebd.). Stiny erwartete in der Druckstrecke eine Vermehrung des Gebirgsdrucks und Rabcewicz schlug eine neue Bauweise vor. In Hinblick auf diese Bauweise war Stiny zurückhaltend. Er ließ grundsätzlich den Vorschlag von Rabcewicz gut, erklärte jedoch, *„da es sich um eine völlig neue Bauweise handelt, über den Erfolg der Maßnahme kein Urteil abgeben“*

zu können (ebd.). Zum Zeitpunkt der Besprechung am 29. Oktober 1943 waren im Richtstollen bei einem Vortrieb von fünf Metern pro Tag noch 220 Meter bis zum Durchschlag zu bohren. Für den feierlichen Durchschlag wurde auf Vorschlag der Bauleitung der 4. Dezember 1943 (Barbaratag) in Aussicht genommen. Dieses Ziel war aber mit einem Vortrieb von fünf Metern pro Tag nicht zu erreichen. Zudem erwarteten die Ingenieure einen geringeren Arbeitsfortschritt in der Druckstrecke. Es sei *„daher voraussichtlich notwendig, durch Vermehrung der Aufbrüche die Zahl der Angriffsstellen zu erhöhen, um den verlangten Fertigstellungstermin zu halten“* (ebd.). Gleichzeitig würden an den einzelnen Aufbruchstellen mehr Pölmineure wie in der normalen Dolomitstrecke benötigt. Es sei daher *„unbedingt zur Einhaltung des Termins notwendig, dass eine weitgehende Erhöhung des derzeitigen Standes an Pölmineuren erreicht wird“* und würden daher zuzüglich zu den 25 bereits eingesetzten Pölmineuren 200 weitere gebraucht (ebd.).

Trotz des erwarteten geringeren Arbeitsfortschritts in der Druckstrecke konnte der Vortrieb im November 1943 um 50 Prozent auf 7,5 Meter pro Tag gesteigert werden. Genau einen Monat nach der Besprechung erfolgte am 29. November der Tunnel-Durchstich. Die Firmenleitung der Universale wollte das Ereignis feiern, aber die Öffnung musste zugemauert werden und man bereitete einen neuen Durchstich für die Ankunft der hohen deutschen NS-Funktionäre vor. Schätzungen gehen von rund 40 ermordeten Häftlingen in den Loibl-KZs aus. Es wurden allerdings zahlreiche arbeitsunfähige Häftlinge nach Mauthausen zurückgeschickt. Die meisten Häftlinge wussten, dass dies eine *„Reise ohne Rückkehr“* war (TISLER & TESSIER, 2007: 65, 117, 234). Nach RABCEWICZ (1965) waren die Bauarbeiten für den Loibltunnel der erste Versuch der praktischen Durchführung der später als „Neue Österreichische Tunnelbauweise“ bezeichneten Methode mit dem Grundgedanken der Hilfgewölbebauweise bzw. der Dimensionierung auf Grund von Deformationsmessungen. Auf einer Tagung meinte RABCEWICZ (1965: 122) zur Geschichte der nach dem Ende des Nationalsozialismus als „neu“ und „österreichisch“ präsentierten Methode und den KZ-Bauarbeiten am Loibl: *„Ein erster – allerdings durch die Kriegsverhältnisse nicht befriedigend gelungener – Versuch der praktischen Durchführung“*. Die „Neue Österreichische Tunnelbauweise“ hat PERZ (2017) bereits kritisch diskutiert. In Hinblick auf die Biografie von Stiny bleibt die Frage offen, warum er sich im fortgeschrittenen Alter noch so intensiv für NS-Bauprojekte eingesetzt hat, nachdem er sich von der Universität aus gesundheitlichen Gründen entpflichten ließ.

Nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur entthob das wieder errichtete österreichische Staatsamt für Unterricht Stiny im August 1945 *„mit sofortiger Wirkung“* von der Lehrtätigkeit an der TH (Aktenvermerk zum Erlass vom 11.08.1945, Zl. 3088/III/4a/45, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 16 Stiny Josef). Innerhalb der Professorenschaft der TH gab es in Fragen der Entnazifizierung einen Zwiespalt: Während einige fürchteten, dass die TH durch eine ernsthafte Durchführung gegenüber anderen Hochschulen bei der Rekrutierung von Lehrpersonal ins Hintertreffen geraten könnte, traten andere, wie der Chemiker und Dekan Robert Strebinger (1886–1962), für eine rigorose Durchführung der Entnazifizierung ein: Die TH stehe *„als be-*

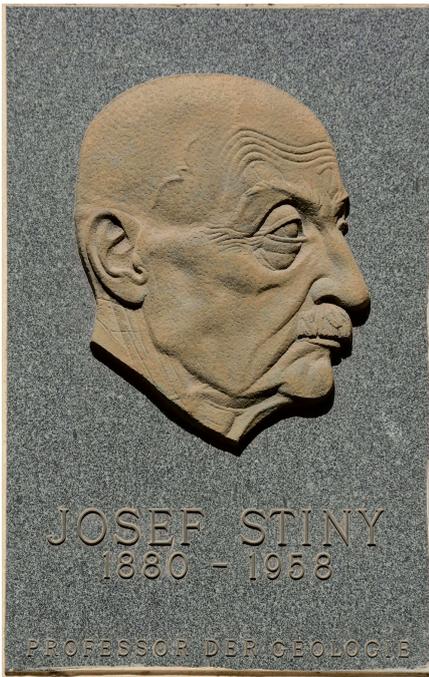


Abb. 28.  
Josef-Stiny-Denkmal  
im Hof der TU Wien,  
2013 (Peter Haas, CC  
BY-SA 3.0, Wikimedia  
Commons).

kannte Nazi-Hochburg nicht nur unter schärfster Kontrolle der Studentenschaft, sondern der gesamten Bevölkerung“ und es müssten die Beschlüsse zur Säuberung des Lehrkörpers „daher unter größtem Verantwortungsbewusstsein getroffen werden“ (EBNER, 2016: 164). Bei Stiny entschied sich die Sonderkommission für die weniger strikte Durchführung. In ihrer Entscheidung stellte sie im September 1945 fest, Stiny sei „während der Zeit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Wort und Schrift für seine österreichische Heimat eingetreten“ und er habe eine „hilfreiche Einstellung zu Verfolgten bekundet“. Worin diese Einstellung lag, wurde nicht ausgeführt (Erkenntnis der Sonderkommission, 15.09.1945, Zl. 29/SK/1945, Abschrift, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 16 Stiny Josef). Offenbar wollte man Stinys Tätigkeit während der NS-Diktatur – er hatte immerhin wenige Monate zuvor noch im System der NS-Zwangsarbeit kollaboriert – nicht zu genau hinterfragen. So wurde Stiny für tragbar erklärt und konnte seine Lehrkanzel „seit Ende der Kampfhandlungen 1945 ununterbrochen“ supplieren (Rektorat der Technischen Hochschule an BMU, 07.06.1946, Zl. 1509/45, Durchschlag, ebd.). Im Mai 1946 wurde er in den dauernden Ruhestand versetzt (ebd.).

Die Versetzung in den Ruhestand bedeutete vorerst nicht das Ende von Stinys Tätigkeit an der TH. Er supplierte die drei Vorlesungen Technische Geologie für Bauingenieure, Landformenkunde und Lagerstättenlehre noch weiter. Nach dem Verbotsgesetz 1947 galt er als minderbelastet. Erst ein erneutes Ansuchen des Rektorats um Betrauung Stinys mit einem Lehrauftrag für das Wintersemester 1947/48 konnte vom Ministerium „wegen Zugehörigkeit des Professor Stiny zu den registrierungspflichtigen Personen nicht genehmigt werden“ (BMU an Rektorat der Technischen Hochschule, 01.12.1947, Zl. 72.488-III/9/47, ebd.). An seine Stelle trat nun vertretungsweise Hannes Mohr. Noch einmal, im Sommersemester 1951, sollte Stiny an eine Hochschule zurückkehren. Er supplierte Wildbach- und Lawinenverbauung an der Wiener Hochschule für Bodenkultur (BMU an Rektorat der Hochschule für Bodenkultur, 02.10.1951, Zl. 16.228-I/3/51, ebd.). Offenbar

noch zu Lebzeiten Stinys erfolgte mit Beschluss des Gemeinderatsausschusses für Kultur vom 20. Oktober 1956 die Benennung der Stinygasse im 10. Wiener Gemeindebezirk (NEMEC, 2013b). Stiny verstarb am 28. Jänner 1958. Vor seinem Arbeitszimmer in der Technischen Hochschule wurde 1971 ein Denkmal für ihn enthüllt (Abb. 28), welches sich heute – ebenso wie das Denkmal für Alois Kieslinger – im Hof der TU befindet (KAHLER, 1971). Im Jahr 2013 stufte eine Kommission, welche die historische Bedeutung jener Persönlichkeiten untersuchte, nach denen Wiener Straßen benannt sind, die Benennung der Stinygasse als historisch kritisch ein (NEMEC, 2013b).

## Stowasser, Hermann

Anlass der Verleihung: 130-Jahr-Feier der GBA.

Datum der Verleihung: 12. Juni 1979.

Begründung für die Verleihung (ursprünglich nicht veröffentlicht): „[...] einen verdienten Erdölgeologen [...] trat zunächst in die Dienste der Rohöl-Gewinnungs-AG (RAG), später wurde er Mitarbeiter der Österreichischen Mineralöl-Verwaltung (ÖMV). Besondere Verdienste erwarb er sich durch seine Vorlesungen über Erdölgeologie an der Universität Wien bzw. an der Montanistischen Hochschule in Leoben“ (HOFMANN, 1999: 395).

Hermann Stowasser (Abb. 29) wurde am 17. September 1908 in Wien geboren. Er besuchte die Bundesrealschule Wien IV, die er 1926 abschloss. Ab dem Wintersemester 1927 studierte er an der Universität Wien, vorerst mit grundlegenden Vorlesungen über die naturwissenschaftlichen Fächer, musste aber als Werkstudent das Studium mehrmals unterbrechen (WESSELY, 1994). Er wurde mit 1. Oktober 1932 bei der Ortsgruppe Wien der NSDAP als Mitglied mit der Nummer 1.301.335 geführt (Mitgliedschaftsamt München an Gauschatzmeister Wien, 20.09.1939, BArch, R 9361-II/990011). Seiner eigenen Darstellung zufolge betätigte er sich auch nach dem Parteiverbot 1933 weiter für die NSDAP. Um seine illegale Tätigkeit für die NS-Bewegung zu betonen, behauptete er zudem, seinem Bruder geholfen zu haben, der als SA-Mitglied nach Deutschland geflüchtet und in der Österreichischen Legion war. Stowasser stellte Anfang 1935 seine Beitragsleistung für die NSDAP ein, da es im Wiener Gemeindebezirk Wieden zu polizeilichen Aufdeckungen der getarnten Partei kam (Personal-Fragebogen, 21.07.1938, ebd.). Laut einer Meldung seiner Ortsgruppe wurde er vor dem „Anschluss“ wegen nationalsozialistischer Betätigung polizeilich mit einer Geldstrafe von 275 Schilling bestraft (Befürwortung der NSDAP-Ortsgruppe Mommsengasse, o.D., ebd.).

In den Sommern 1935 bis 1937 arbeitete er an seiner geologischen Dissertation mit dem Thema „Zur Schichtfolge, Verbreitung und Tektonik des Stangalm-Mesozoikums (Gurktaler Alpen)“ unter Leitung des Universitätsprofessors Franz Eduard Suess. Kurz vor dem Abschluss des Studiums trat er im September 1937 in die Erdölindustrie ein. Zu Beginn seiner Tätigkeit bei der Steinberg Naphta AG war er als Assistent des Betriebsleiters mit Bohr- und Fördertätigkeit befasst. Mit dem „Anschluss“ verlor die Steinberg Naphta ihre Selbständigkeit an die Firma Hermann von Rautenkrantz, Internationale Tiefbohr AG (Itag), Celle.



Abb. 29.  
Hermann Stowasser, undatiert  
(GBA).

Stowasser wurde die Leitung der geologischen Abteilung der österreichischen Zweigniederlassung überlassen und er war bald technischer Prokurist. Er war mitverantwortlich für die Leitung der Bohrbetriebe mit über 20 Bohranlagen und rund 1.200 Personen Belegschaft in der Ostmark und im Protektorat Böhmen und Mähren (WESSELY, 1994).

Stowasser musste nicht zur Wehrmacht einrücken, wurde aber Anfang November 1944 für den Wiener Volkssturm erfasst (Personalblatt für das Volkssturmaufgebot, 02.11.1944, WStLA, Gauakt 175.121). Zu Kriegsende setzte er sich aber nach Bayern ab, wo er bis Ende November 1945 blieb und mit einem Transport nach Oberösterreich gelangte. Im Jänner 1946 war er zurück in Wien und kam als ehemaliger Parteigenosse seiner Registrierungspflicht nach. Seinen Beitritt zur NSDAP verlegte er aus dem Jahr 1932 in das Jahr 1941. Mit seiner Behauptung, ab 1938 nur Parteianwärter gewesen zu sein, kam er durch und entging damit der Verzeichnung als Illegaler. Einen Einspruch gegen seine Registrierung und eine dadurch womöglich erfolgte genauere Überprüfung vermied er. Nach dem Verbotsgesetz 1947 wurde er als Minderbelasteter verzeichnet (WStLA, NS-Registrierung Hermann Stowasser).

Im Mai 1946 trat er als Erdölgeologe in die Dienste der RAG Wien unter Robert Janoschek. Stowassers Tätigkeit bei dieser Gesellschaft bestand am Anfang hauptsächlich in der Bearbeitung des großen, durch die intensive Bohr-



Abb. 30.  
Hermann Stowasser bei der Verleihung der Haidinger-Medaille, 12. Juni 1979  
(GBA).

tätigkeit während des Krieges gewonnenen, aber nicht ausgewerteten, geologischen und lagerstättenkundlichen Materials. Während seiner Dienstzeit bei der Rohöl-Gewinnungs AG wurde er am 24. Juni 1948 zum Doktor der Philosophie aus dem Fach Geologie promoviert (WESSELY, 1994). Es ist möglich, dass sich Stowassers Promotion im Rahmen der Entnazifizierung verzögerte. Nach dem Verbotsgesetz 1947 waren die belasteten und minderbelasteten Personen vom Hochschulstudium bis 30. April 1950 ausgeschlossen. Promotionen von Registrierungspflichtigen hielt der mächtige Sektionschef im Unterrichtsministerium Skrebensky für „sehr gefährlich“, weshalb die Zulassung zu Prüfungen und Promotionen vorerst gestoppt wurde (HUBER, 2009: 119). Stowassers Arbeit wurde 1956 veröffentlicht (STOWASSER, 1956).

Im Mai 1953 kehrte er zur Firma Hermann von Rautenkranz zurück, wo er Betriebsleiter der Badischen Erdölwerke in Ubstadt bei Bruchsal wurde, einem Tochterunternehmen der Itag im Rheinland. Zusammen mit einem kaufmännischen Kollegen hatte er die Leitung eines Bohrbetriebes inne. Im Februar 1957 begann seine Tätigkeit in der Österreichischen Mineralölverwaltung (ÖMV), zunächst als erster Geologe im Förderbetrieb Neusiedl an der Zaya und ab 1959 in Wien. Von 1958 bis 1965 hielt er die Vorlesungen „Erdölbetriebsgeologie“ und „Feldmäßige Bohrkernanalyse“ an der Montanistischen Hochschule in Leoben und war dort Mitglied der II. Staatsprüfungskommission für Berg-, Markscheide- und Erdölwesen. Von 1965 bis 1967 hielt er Vorlesungen über „Erdölgeologie“ an der Universität Wien. 1969/70 war er Präsident der Geologischen Gesellschaft und wurde auch zu deren Ehrenmitglied. Die GBA zeichnete ihn 1979 mit der Haidinger-Medaille aus (Abb. 30). Stowasser verstarb am 11. Juli 1994 (WESSELY, 1994).

## Thurner, Andreas

Anlass der Verleihung: 125-Jahr-Feier der GBA.

Datum der Verleihung: 12. September 1975.

Begründung für die Verleihung: „[...] wurde auf Grund seiner Verdienste und Publikationen auf dem Gebiet der Hydrogeologie gewürdigt. Seine Beratungs- bzw. Gutachtertätigkeit reichte von Einzelversorgungsanlagen bis zu Großwasserversorgungskonzepten. Die Idee sowie die Planung des Wasserverbandes Hochschwab geht auf seine Initiative zurück. Neben der Hydrogeologie befasste Prof. Thurner sich auch intensiv mit ingenieurgeologischen Fragestellungen“ (HOFMANN, 1999: 396; vgl. auch JANOSCHEK & SCHARBERT, 1976: A47).

Andreas Thurner (Abb. 31) wurde am 9. April 1895 in Aflenz geboren. Er besuchte die Volksschule in Aflenz und die vierjährige Bürgerschule in Bruck an der Mur. In den Jahren 1910 bis 1914 studierte er in Graz an der staatlichen Lehrerbildungsanstalt, unternahm in den Ferien 1912 seine ersten Bergfahrten in das Hochschwab- und Gesäusegebiet und erhielt 1914 eine Anstellung als Volksschullehrer in Thörl bei Aflenz. Als Freiwilliger kam er 1915 an die italienische Front, wurde 1916 am Kleinen Pal (Plöckenabschnitt) durch einen Kopfschuss schwer verwundet und erblindete dadurch am rechten Auge. Nach seiner Verwundung lernte er 1917 in Aflenz Professor Erich Spengler (1886–1962) kennen, der dort die geologische Aufnahme durchführte und begleitete ihn in das Hochschwabgebiet.



Abb. 31.  
Andreas Thurner, undatiert (GBA).

Im Lager Feldbach traf er 1918 Professor Josef Stiny, der ihm für seine privaten Studien viele Anregungen gab. Ab 1919 wirkte er an den Volksschulen in Mariazell, Kapfenberg und Graz, dann als Fachlehrer in Murau und Donawitz und studierte von 1921 bis 1925 an der Universität Graz Geologie und Mineralogie. Von 1924 bis 1938 war er Hauptschullehrer in der Grazer Wielandschule (Andreas Thurner, Lebenslauf vom 23.10.1938, GBA, Lagerstättenarchiv, Ablage Haberfelner, Mappe „Bew“, Dank an Albert Schedl für den Quellenhinweis; Ernennungsvorschlag, 01.07.1944, R 4901/21607). Ab 1927 war er auswärtiger Mitarbeiter der GBA.

Thurner trat im April 1933 in Graz der noch legalen NSDAP und im Oktober 1933 dem bereits illegalen Nationalsozialistischen Lehrerbund (NSLB) bei. In der „Verbotszeit“ leistete er von 1935 bis März 1938 Spenden und zahlte seinen Beitrag als förderndes Mitglied der SS. Als Auszeichnung für seine NS-Betätigung vor dem „Anschluss“ erhielt er die „Erinnerungsmedaille an den 13. März 1938“ (Polizeidirektion Graz, Kriminalpolizei Abt. I, Auszug aus der Politischen Evidenz, 29.11.1946, StAG, NS-Registrierung Andreas Thurner). Er erhielt nun die NSDAP-Mitgliedsnummer 1,620.065. Nach dem „Anschluss“ erhielt er den Posten eines Hauptschuldirektors in der Grazer Kronengasse und war neben seiner Tätigkeit als Blockleiter der Ortsgruppe Altstadt „Sachbearbeiter für Rassekunde“ (Ernennungsvorschlag, 01.07.1944, R 4901/21607). Im Juni 1938 habilitierte er sich an der Universität Graz mit der Absicht, Vorlesungen über „nationalsoz[ialistische] Wirtschaftsgeologie, Wehrgeologie und über geologische Arbeiten im Vierjahresplan zu halten“ (Andreas Thurner, Lebenslauf vom 23.10.1938, GBA, LA, Ablage Haberfelner, Mappe „Bew“). Mit einer Vorlesung über die Braunkohlen-Lagerstätten Österreichs führte er in Folge die Abhaltung montangeologischer Lehrveranstaltungen am Institut für Geologie und Paläontologie ein und wurde 1939 Studienrat an der Lehrerbildungsanstalt in Graz (FLÜGEL, 1976: 6). Erfolglos hatte er sich im Oktober 1938 an der Geologischen Landesanstalt in Wien, der früheren Geologischen Bundesanstalt, mit der Ankündigung beworben, er „möchte die Geologie wirklich nationalsozialistisch gestalten und den Stoff so bringen, dass man damit imstande ist – ausgehend von dem Grundsatz, ‚der Boden unseres Reiches ist die Grundlage der Wirtschaft‘ wichtige Beiträge für den Aufbau des Reiches zu geben“ (Andreas Thurner, Lebenslauf vom 23.10.1938, GBA, LA, Ablage Haberfelner, Mappe „Bew“).

Trotz 70-prozentiger Invalidität wurde Thurner 1939 zur Wehrmacht einberufen. Seine Erfahrungen in Angewandter Geologie, wie beispielsweise bei Stollenbauten und dem Bau von Wasserversorgungsanlagen am Westwall, gingen nach Hermann Häusler auf die Zeit vor seiner Tätigkeit in Berlin zurück. Thurner war 1940 bei der „Wehrgeologengruppe Pioniererkundungsstab Frankreich“, Wehrgeologen-Erkundungstrupp 3, Diedenhofen, vermutlich nur im Dezember 1941 leitender Heeresgeologe bei der Inspektion der Festungen im Oberkommando des Heeres und ab April 1942 Führer der „Wehrgeologen Lehr-, und Geräte-stelle“ in Sternberg (Neumark). Dort war Thurner für die Ausbildung der „Wehrgeologen“ verantwortlich (HÄUSLER, 1995: 50, 85). Diese Funktion hatte er zumindest bis Juni 1942 inne (BArch, R 73/15197).

Die Angaben von FLÜGEL (1976: 6), Thurner sei 1944 aus dem Wehrdienst entlassen worden, konnten sich bisher in der Literatur halten (HÄUSLER, 1995: 50, 85; HUBMANN et al., 2017: 135). Thurner wurde bereits Anfang 1943 aus dem Wehrdienst entlassen und übernahm die Leitung der im Aufbau befindlichen Lehrerbildungsanstalt in Marburg/Drau (Maribor). Dem Reichsstatthalter in der Steiermark Siegfried Uiberreither zufolge habe Thurner gewissenhaft die Erzieherinnen und Erzieher seiner Anstalt überwacht und seine eigene Erziehtätigkeit sei „in bestem Sinne nationalsozialistisch“ gewesen (Reichsstatthalter in der Steiermark an Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 16.02.1944, BArch, R 4901/21607). Im Juni 1944 wurde Thurner zum Oberstudiendirektor ernannt und zu Kriegsende in den Volkssturm eingezogen (NSDAP Parteikanzlei an Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, 08.06.1944, ebd.; Thurner an Registrierungsamt Graz, 18.10.1945, StAG, NS-Registrierung Andreas Thurner.)

Noch während des Krieges konnte er seine Arbeit über die „Reliefüberschiebungen in den Ostalpen“ veröffentlichen (THURNER, 1943). Für den Leiter der Fachgliederung Bodenforschung im Reichsforschungsrat, Karl Beurlen, war diese Arbeit „bei ihrer großen Bedeutung für alle technischen und bergbaulichen Planungen in den Kalkalpen“ zwar nicht „kriegswichtig im engeren Sinn“, aber „staatswichtig im weiteren Sinn“ (Beurlen an Deutsche Forschungsgemeinschaft, 23.05.1942, BArch, R 73/15197). Otto Ampferer hatte sich zuvor für die Veröffentlichung eingesetzt. Wenn man bedenke, so Ampferer, „welche Riesenaufgaben der deutschen Geologie während und nach diesem Kriege zukommen werde“, könne er sich die Veröffentlichung nur wünschen, damit sich Thurners „eifrige Hilfe und Mitarbeit für den Umbau von Grossdeutschland voll auswirken“ könne (Otto Ampferer, Begutachtung der Arbeit von Dr. Andreas Thurner über die „Reliefverschiebungen der Ostalpen“, 30.04.1942, ebd.).

Nach der Befreiung vom Nationalsozialismus wurde Thurner im Rahmen der Entnazifizierung aus dem Schuldienst entlassen. Seine Überstellung zum höheren Schuldienst in der NS-Zeit wurde als eine „Beförderung über das normale Maß hinaus“ angesehen und widerrufen (Steiermärkischer Landesschulrat an Thurner, 10.02.1946, Abschrift in Zl. 95.983/III-8/48, 20.11.1948, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 12 Thurner Andreas). Bei seiner NS-Registrierung im August 1945 führte er zwar seine fördernde Mitgliedschaft in der SS von 1935 bis 1939 an, verschwieg aber seine illegale Parteimitgliedschaft und behauptete, er wäre im Juni 1933 aus der NSDAP ausgetreten und hätte die Er-

## Zusammenfassung

innerungsmedaille 1938 nur wegen seiner Mitgliedschaft im Nationalsozialistischen Lehrerbund erhalten (Meldeblatt 1945, StAG, NS-Registrierung Andreas Thurner). Er betonte, dass er „alle Naziideen gründlich abgelegt“ habe, stellte sich „rückhaltlos für die Arbeit im österreichischen Staate zur Verfügung“ und sei als ÖVP-Mitglied seit Oktober 1945 „jederzeit bereit dort mitzuarbeiten“ (Schreiben Thurner, 10.12.1945, ebd.). Zudem legte er zahlreiche Persilscheine vor und versuchte gegen seine Verzeichnung als förderndes Mitglied der SS vor 1938 Einspruch zu erheben. Obwohl dies gar kein Kriterium für eine Verzeichnung als Illegaler war und er ohnehin mit seinen verschleiern den Angaben, er wäre in der „Verbotszeit“ nicht Parteimitglied gewesen, bei der NS-Registrierung 1945 durchkam. Der Einspruch wurde daher schon aus formellen Gründen abgelehnt (Bescheid 09.09.1947, LAD.Reg.Ein 5 T 17/1-1947, ebd.). Bei der NS-Registrierung 1947 wurde er als minderbelastet verzeichnet und wegen der Versehrtenstufe III von den Sühnfolgen ausgenommen. Im November 1949 wurde Thurner amnestiert (Karteikarte, ebd.).

Das Professorenkollegium der Philosophischen Fakultät der Universität Graz beantragte im November 1948 die Bestätigung der in der NS-Zeit verliehenen Lehrbefugnis von Thurner. Der steirische ÖVP-Nationalrat Karl Brunner, der 1938 verhaftet sowie zu lebenslänglichem schwerem Kerker verurteilt wurde und bis 1945 in der Strafanstalt Karlauf inhaftiert war, setzte sich für Thurner ein (Aktenvermerk zu Zl. 95.983/III-8/48, 20.11.1948, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 12 Thurner Andreas). Im Dezember 1948 erhielt Thurner die Bestätigung und war spätestens ab April 1949 wieder als Dozent tätig (Landesschulrat für Steiermark an BMU, 15.04.1955, Zl. VII Fu 42/66-55 in Zl. 49.670, ebd.). Zurück an der Universität Graz baute er einen viersemestrigen Zyklus über „Technische Geologie“ auf, den er bis 1970 hielt. Es war dies der erste derartige Vorlesungszyklus an einer österreichischen Universität (FLÜGEL, 1976: 6). Obwohl er als Hauptschullehrer kein Lehramt für Mittelschulen hatte, leitete er von Oktober 1948 bis Oktober 1957 die von Pichl an der Enns nach Bad Gleichenberg verlegte Hotelfachschule (Exhibit, Abteilung 17, 27.04.1955, Zl. 42.870-IV-200/55, ÖStA, AdR, BMU PA Sign 12 Thurner Andreas). Einer Bemerkung der zuständigen Ministerialabteilung zufolge sei es ihm dabei gelungen, „die von Pichl ganz verlottert gekommene Schule auf ein entsprechendes Niveau zu bringen“ (Aktenvermerk, Abteilung 17, 24.07.1952, Zl. 64.760-IV/200/52, ebd.).

Im März 1958 verlieh ihm Bundespräsident Adolf Schärf (1890–1965) den Titel eines außerordentlichen Professors. Er stellte, so das Schreiben des Dekanats, „im Kreise der österreichischen Geologen eine wohlumschriebene und anerkannte Erscheinung dar“ (Dekanat der Philosophischen Fakultät der Universität Graz an BMU, 07.01.1958 in Zl. 27.244-4/58, ebd.). Im Jahr 1967 wurde ihm der Titel eines ordentlichen Universitätsprofessors verliehen. Thurner war bis zu seinem 70. Lebensjahr auswärtiger Mitarbeiter der GBA und veröffentlichte mehr als 100 geologische Publikationen sowie sechs Schulbücher (ZETINIGG & GRÄF, 1976). Seit 1969 war er korrespondierendes Mitglied des Naturwissenschaftlichen Vereins für Kärnten und erhielt vom Land Steiermark 1973 den Erzherzog-Johann-Forschungspreis. Die ihm am 12. September 1975 verliehene Haidinger-Medaille konnte er nicht mehr entgegennehmen, da er am 22. Juni des Jahres verstorben war (BOROVICZÉNY, 1975: 213–214).

Für die vorliegende Studie wurde von den Preisträgern der Haidinger-Medaille die für die NS-Zeit relevanten Geburtsjahrgänge ermittelt (1876 bis 1910) und ein Sample von elf Personen gebildet. Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe in Hannover als Körperschaft und der Brite Kingsley Dunham wurden nicht einbezogen. Die einzelnen Biografien wurden in Bezug auf die NS-Vergangenheit untersucht. Dabei wurde die Zeit vor dem „Anschluss“, während der NS-Diktatur, die Entnazifizierung und, soweit aktenkundig, Rechtsextremismus nach 1945 berücksichtigt. Unter den elf untersuchten Preisträgern waren neun Personen Mitglieder der NSDAP oder Parteianwärter (Tab. 2). Somit weisen über 80 Prozent der für die NS-Zeit relevanten Geburtsjahrgänge unter den Preisträgern der Haidinger-Medaille eine NS-Belastung auf.

Unter den elf untersuchten Preisträgern leistete, soweit bekannt, nur Janoschek vor dem „Anschluss“ 1938 keinen Beitrag für die Ziele des nationalsozialistischen Deutschlands. Das Spektrum der NS-Betätigung vor 1938 war unter den übrigen zehn Preisträgern breit gestreut. Es reichte von der obligatorischen illegalen Bezahlung der Mitgliedsbeiträge und sonstiger Spendentätigkeit für die NSDAP, über die Tätigkeit in weiteren NS-Organisationen, etwa der SA-Reserve (Clar), der NS-Betriebszelle (Horninger), dem Nationalsozialistischen Lehrerbund oder als förderndes Mitglied der SS (Thurner), bis hin zum fachlichen Engagement. Obwohl er nicht NSDAP-Mitglied wurde, lieferte Petrascheck Informationen über österreichische Rohstoffvorkommen an das Deutsche Reich aus und positionierte sich bei der Beschreibung der Besitzverhältnisse klar antisemitisch. Friedrich arbeitete 1936/37 als Mitarbeiter der Lagerstättenkundlichen Forschungsstelle in Leipzig bzw. Freiberg/Sachsen im Sinne des deutschen Vierjahresplanes und war 1937 in der illegalen Bodenforschungsstelle der Montanistischen Hochschule leitend tätig. Er erlangte das persönliche Vertrauen Hermann Görings. Auch Kieslinger arbeitete bei der Leobener Forschungsstelle im Auftrag deutscher Zentralstellen mit. Er war eigenen Angaben zufolge zudem im Vertrieb antisemitischer und pro-nationalsozialistischer Zeitungen involviert und versteckte in seiner Privatwohnung und an der Hochschule kompromittierendes Beweismaterial der illegalen NS-Presse. Stiny beanspruchte für sich vor dem „Anschluss“ geflüchtete Nationalsozialisten durch Spenden unterstützt und dadurch seine Stellung an der Hochschule gefährdet zu haben. In den wenigsten Fällen wurde die NS-Betätigung von der Polizei aufgedeckt. Bei Kieslinger wurden erfolglos mehrere Hausdurchsuchungen durchgeführt. Er wurde 1937 tit. a.o. Professor an der TH Wien, obwohl bekannt war, dass er Nationalsozialist war. Nur Stowasser wurde laut einer Meldung seiner NSDAP-Ortsgruppe vor dem „Anschluss“ wegen nationalsozialistischer Betätigung polizeilich bestraft. Clar, Schadler und Thurner wurden für ihre Verdienste um den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich mit der sogenannten „Ostmarkmedaille“ ausgezeichnet.

Bis auf Janoschek und Petrascheck suchten nach dem „Anschluss“ alle untersuchten Personen um Aufnahme in die NSDAP an. Clar, Friedrich, Stowasser und Thurner behielten ihre alten niedrigen Mitgliedsnummern. Horninger, Müller und Schadler erhielten neue Nummern aus dem für

Preisträger (Geburtsjahr)	NSDAP	Illegal/ Altparteigenosse	NSDAP- Mitglieds- nummer	Wehr- formation
Eberhard Clar (1904)	Mitglied	ja	1,628.952	SA-Reserve
Othmar M. Friedrich (1902)	Mitglied	ja	1,304.389	-
Georg Horninger (1910)	Mitglied	ja	6,199.728	-
Robert Janoschek (1906)	-	-	-	-
Alois Kieslinger (1900)	Parteianwärter	-	-	-
Leopold Müller (1908)	Mitglied	ja	6,347.131	-
Wilhelm Petrascheck (1876)	-	-	-	-
Josef Schadler (1889)	Mitglied	ja	6,315.937	-
Josef Stiny (1880)	Mitglied	-	unbekannt	NSKK
Hermann Stowasser (1908)	Mitglied	ja	1,301.335	-
Andreas Thurner (1895)	Mitglied	ja	1,620.065	SS (Förderer)

Tab. 2.  
NS-Belastung bei den Preisträgern der Haidinger-Medaille.

Altparteigenossen reservierten Block zugesprochen. Stiny wurde zwar in amtlichen Quellen ab Sommer 1938 als Parteimitglied bezeichnet und 1943 eingeladen, seine Mitgliedskarte abzuholen, zu seiner Person sind jedoch nicht alle Unterlagen überliefert und seine Mitgliedsnummer ist nicht nachweisbar. Bemerkenswert sei hierzu, dass die Aufnahme in die NSDAP ein Privileg war. Nach Hitlers Auffassung sollten nur 10 Prozent der Bevölkerung Mitglied der Partei werden. Der Anteil von Parteianwärtern und Mitgliedern der NSDAP unter den untersuchten Preisträgern der Haidinger-Medaille ist mit über 80 Prozent daher hoch. Kieslingers Aufnahme wurde als einzige abgelehnt und Müller aus der Partei wieder ausgeschlossen. In beiden, letztlich erst 1944 entschiedenen Fällen, war dies nicht auf mangelnde NS-Betätigung zurückzuführen, sondern auf die strengen Aufnahmekriterien der NSDAP und auf die Nürnberger Rassegesetze. Bis 1944 konnten sich die beiden Nationalsozialisten daher jahrelang stolz ihrer schon bereits illegal geleisteten Parteitätigkeit rühmen. In Hinblick auf die Wehrformationen der NSDAP ist Stiny's Mitgliedschaft im Nationalsozialistischen Kraftfahrerkorps und in Hinblick auf Funktionen in der Partei der Blockleiter Thurner und der Zellenleiter Clar zu erwähnen. Thurner war zudem „Sachbearbeiter für Rassekunde“. Clar leitete das Grazer Kreisamt für Technik.

Wie konnte in Hinblick auf das fachliche Engagement der einzelnen Geologen in der NS-Zeit die Geologie „wirklich nationalsozialistisch“ gestaltet werden, so wie Thurner es 1938 ankündigte? Thurner bereitete als Ausbilder Wehrgeologen für die Ausbeutung der besetzten Gebiete durch die Wehrmacht vor. Bei dieser oft durch Zwangsarbeit getragenen Ausbeutung war Clar in Serbien fachlich maßgeblich beteiligt. Kieslinger, Müller und Schadler waren unter anderem in Norwegen bei den heute als „Blutstraßen“ bekannten Bauprojekten tätig. Bei diesen ebenso unter Ausbeutung von Zwangsarbeit durchgeführten Bauprojekten war Kieslinger Front- und Müller Einheitsführer. Noch vor Kriegsbeginn, unmittelbar nach dem „Anschluss“, involvierte sich Schadler bei der Errichtung des Konzentrationslagers Mauthausen. Kieslinger war 1938 mehrere Tage in den Mauthausener Steinbrüchen tätig, als das Konzen-

trationslager bereits errichtet war. Stiny war gegen Ende der NS-Diktatur in zunehmendem Ausmaß in mehreren Konzentrationslagern tätig, etwa in der „Seegrötte“ in seiner Heimatgemeinde Hinterbrühl. Der fachliche Einsatz der Geologen stützte das System der NS-Zwangsarbeit.

Der Untergang des NS-Regimes führte bei mehreren Personen zur Kriegsgefangenschaft bzw. politischen Internierung. Clar und Kieslinger internierte die britische Besatzungsmacht etwa in den Lagern Weissenstein und Wolfsberg. Gegen Clar leitete das Volksgericht Graz ein später eingestelltes Verfahren nach §§ 10 und 11 Verbotsgesetz ein. Er ging 1994 auf seine NS-Vergangenheit ein. Mit der Ausnahme von Janoschek und Petrascheck brachte die Entnazifizierung für die meisten Personen im Untersuchungssample einen Karriereknick durch Entlassungen und Enthebungen. Kieslinger wurde von der GBA entlassen, Clar, Friedrich, Horninger und Stiny von ihren Hochschulen, Thurner vom Schuldienst und Schadler vom Oberösterreichischen Landesmuseum. Die Betroffenen überbrückten die Zeit teilweise als Hilfsarbeiter, konnten aber fallweise die Tätigkeit an den Hochschulen fortsetzen oder wurden, wie Schadler, als auswärtiger Mitarbeiter der GBA geführt. Nach 1945 gaben sich die meisten, zuvor noch eifrigen Nationalsozialisten, plötzlich als aufrechte österreichische Demokraten. Sie verharmlosten oder verschwiegen ihre Vergangenheit. Bei den Kommissionen zur Entnazifizierung, bei den NS-Registrierungsbehörden und auch vor Gericht fanden oftmals sogar die unglaubwürdigsten Rechtfertigungsstrategien und Selbstbeschreibungen Anklang. Kieslinger beschrieb etwa seine Rolle in der NS-Zeit als Leiter der Steinbruchkartei mit der Tätigkeit als „wissenschaftlicher Hilfsarbeiter“. Mit der Minderbelastetenamnestie 1948 war die Entnazifizierung nahezu abgeschlossen und ehemaligen Nationalsozialistinnen und Nationalsozialisten die Reintegration ermöglicht. Friedrich inszenierte sich nach 1945 nur für die Entnazifizierung als „scharfer Gegner der NSDAP“, blieb seinen radikalen Überzeugungen jedoch treu. Er war nach 1945 im rechtsextremen Milieu aktiv und entsprechende Positionen flossen in sein „wissenschaftliches“ Werk ein.

## Dank

Nach der Ausstellung „BergWetter 1938“ haben KAROLINA BEGUSCH-PFEFFERKORN (Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Forschung), THOMAS HOFMANN (Leiter der Fachabteilung Bibliothek, Verlag, Archiv der GBA), OLIVER RATHKOLB (Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien), PETER SEIFERT (Direktor i.R. der GBA) und ROBERT SUPPER (Vizedirektor der GBA) die weitere Forschung zur

historischen Aufarbeitung in der GBA gefördert und unterstützt. Außerdem bedanke ich mich bei MARTINA BINDER, MONIKA BRÜGGEMANN-LEDOLTER, CHRISTIAN CERMAK, MILENKO DUKIC, JOHANNA GEHMACHER und den Mitgliedern ihrer Dissertations-Arbeitsgruppe am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien, WERNER GESSELBAUER, CHRISTOPH JANDA, PIOTR LIPIARSKI, LINA MAISEL, MARKUS OSTERMANN, MELANIE REINBERGER, ALBERT SCHEDL, ANGELIKA VRABLIK und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der konsultierten Archive im In- und Ausland.

## Quellenverzeichnis

### Archivbestände

- Archiv der Gemeinde Fræna  
Fotosammlung
- Archiv der Stadt Linz  
Städtische Registratur, NS-Registrierung
- Archiv der Technischen Universität Wien  
Personalakten
- Archiv der Universität Wien  
Fotosammlung
- Archiv des Romsdalsmuseums, Molde  
Fotosammlung
- Bundesarchiv Berlin (BArch)  
R 4901: Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung  
R 71: Reichsamt für Bodenforschung  
R 73: Deutsche Forschungsgemeinschaft  
R 9361-I: Personenbezogene Unterlagen der NSDAP  
R 9361-II: Personenbezogene Unterlagen der NSDAP / Parteikorrespondenz  
R 9361-V: Personenbezogene Unterlagen der Reichskulturkammer  
R 9361-VI: Personenbezogene Unterlagen von Gliederungen der NSDAP und angeschlossenen Verbänden
- Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes (DÖW)  
Rechtsextremismus-Sammlung
- Geologische Bundesanstalt, Archiv (AGBA)  
Amtsarchiv  
Biographische Materialien  
Friedrich-Archiv  
Geologenarchiv  
Kartensammlung  
Wissenschaftliches Archiv
- Geologische Bundesanstalt, Rohstoffgeologie  
Lagerstättenarchiv  
Rohstoff-Abbau-Datenbank
- Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien  
NSDAP Ortsgruppenkartei (IfZ, OGK)
- Montanuniversität Leoben, Archiv  
Fotosammlung
- MuseumsCenter Leoben/Stadtarchiv Leoben  
Fotosammlung
- Österreichisches Staatsarchiv, Allgemeines Verwaltungsarchiv (ÖStA, AVA)  
Unterricht und Kultus
- Österreichisches Staatsarchiv, Archiv der Republik (ÖStA, AdR)  
Bundesministerium für Handel und Wiederaufbau  
Bundesministerium für Inneres  
Bundesministerium für Unterricht  
Zivilakten der NS-Zeit

- Salzburger Landesarchiv (SLA)  
Landesregierungsakten  
Mikrofilme der US-Akten  
Rehrl-Akten
- Stadtarchiv Graz (StAG)  
NS-Registrierung
- Stadtarchiv Salzburg (STARSBG)  
NS-Registrierung
- Steiermärkisches Landesarchiv (StLA)  
Bezirkshauptmannschaft Leoben  
Landesgericht für Strafsachen
- Wiener Stadt- und Landesarchiv (WStLA)  
1.3.2.119 – NS-Registrierung  
1.3.2.350 – M.Abt. 350  
2.7.1.4 – Gauakten
- Yad Vashem, Jerusalem  
Foto- und Filmarchiv

### Zeitungen

- „Der Standard“  
„Grazer Volkszeitung“  
„Kurier“  
„Österreichische Volksstimme“

### Gedruckte Quellen und Websites

- AUSTRIA PRESSE AGENTUR (2018): ORF, Steiermark heute, 27.01.2018, 19:00 Uhr, Universitäten Montanuniversität Leoben/ Kommunales Leoben. – Transkript zitiert nach Austria Presse Agentur, Online Manager. – <https://www.aomweb.apa.at/> (abgerufen am 15.12.2020).
- BACHL-HOFMANN, C. (1999): Die geologische Reichsanstalt von 1849 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs. – In: BACHL-HOFMANN, C. (Red.), CERNAJSEK, T. (Red.), HOFMANN, T. (Red.) & SCHEDL, A. (Red.): Die Geologische Bundesanstalt in Wien: 150 Jahre Geologie im Dienste Österreichs (1849–1999), 55–77, Wien (Böhlau).
- BECK, H. (1939): Jahresbericht der Zweigstelle Wien der Reichsstelle für Bodenforschung über das Jahr 1938. – Verhandlungen der Zweigstelle Wien der Reichsstelle für Bodenforschung, **1939**, 2–31, Wien.
- BENZ, W. (Hrsg.) (2009): Wie wurde man Parteigenosse? Die NSDAP und ihre Mitglieder. – 218 S., Frankfurt am Main (Fischer).
- BERNT-KOPPENSTEINER, I. (2015): Evakuierungsmärsche von KZ-Häftlingen von Außenlagern des KZ-Komplexes Mauthausen. – In: BERNT-KOPPENSTEINER, I. (Hrsg.): Nirgendwohin: Todesmärsche durch Oberösterreich 1945. Eine Spurensuche in die Zukunft, 277–409, Steyr (Ennsthaler).

- BLACH, H. (1981): Die Entwicklung der Erdölwirtschaft in Österreich. – Diplomarbeit, Wirtschaftsuniversität Wien, 92 S., Wien.
- BLIMLINGER, E. (2006): Die Republik Österreich. Keine Schuldigen, nur Opfer. – In: KRAMER, H. (Hrsg.): Österreichische Nation – Kultur – Exil und Widerstand. In Memoriam Felix Kreissler, 137–148, Berlin–Münster–Wien (LIT-Verlag).
- BLIMLINGER, E. (2012): Die Republik Österreich – Immer nur Opfer. – DÖW Mitteilungen, **206**, 1–5, Wien.
- BLODVEGER (2020): NS-Zwangsarbeit in Nord-Norwegen. – <http://blodveger.info/> (abgerufen am 15.12.2020).
- BOHN, R. (2000): Reichskommissariat Norwegen: „Nationalsozialistische Neuordnung“ und Kriegswirtschaft. – Beiträge zur Militärgeschichte, **54**, 508 S., München (De Gruyter Oldenbourg).
- BOROVICZÉNY, F. (1975): Andreas Thurner. – Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt, **1975**, 213–217, Wien.
- BOTZ, G. (2008): Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39. – Überarbeitete und erweiterte Neuauflage, 734 S., Wien (Mandelbaum).
- BRAUMÜLLER, E. (1966): Robert Janoschek – ein Sechziger: Ein Beitrag zur Geschichte der Erdölexploration in Österreich. – Erdöl-Erdgas-Zeitschrift, **82**, 172–174, Wien.
- BRAUMÜLLER, E. (1986): Robert Janoschek. – Mitteilungen der Österreichischen Geologischen Gesellschaft, **79**, 379–384, Wien.
- BUNDESINNING DER STEINMETZMEISTER ÖSTERREICHS (Hrsg.) (1987): Alois Kieslinger-Denkmal. – 16 S., Wien.
- CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY (1947): Intelligence Report. – Soviet Petroleum Research Institute, 12.11.1947. – <https://www.cia.gov/readingroom/docs/CIA-RDP82-00457R001000770010-9.pdf> (abgerufen am 15.12.2020).
- CERNAJSEK, T. (1996): Wilhelm Karl Ritter von Haidinger – der erste geowissenschaftliche Manager Österreichs. – Abhandlungen der Geologischen Bundesanstalt, **53**, 5–13, Wien.
- CIBRAN, G., GRUBER, R., MÜLLER, W.J., SIEGL, W. & PETRASCHHECK, W. (1943): Chemische und petrographische Untersuchungen an der Braunkohle des Hausruck in Oberdonau (vorgelegt in der Sitzung am 6. Mai 1943). – Sitzungsberichte der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Klasse der Akademie der Wissenschaften in Wien, Abteilung I, **152**, 177–240, Wien.
- CLAR, E. (1981): Zum 100. Geburtstag von Josef Stini. Ansprache bei der Eröffnung des 29. Kolloquiums für Geomechanik. – In: MÜLLER, L. (Hrsg.): Ingenieurgeologie und Geomechanik im Tal-sperren- und Tunnelbau. Vorträge des 29. Geomechanik-Kolloquiums der Österreichischen Gesellschaft für Geomechanik. – Felsmechanik, Supplementum **11**, 1–7, Wien–New York (Springer).
- CLAR, E. (1987): Alois Kieslinger als Geologe. – In: BUNDESINNING DER STEINMETZMEISTER ÖSTERREICHS (Hrsg.): Alois Kieslinger-Denkmal, 4–6, Wien.
- CLAR, E. (1994): Mein Leben. – Mitteilungen der Österreichischen Geologischen Gesellschaft, **87**, 123–128, Wien.
- CONZE, E., FREI, N., HAYES, P. & ZIMMERMANN, M. (2010): Das Amt und die Vergangenheit: Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik. – 880 S., München (Karl Blessing Verlag).
- DANNER, P. (2015): Görings Geologen in der Ostmark: „Bodenforschung“ in Österreich für den Vierjahresplan von 1936 bis 1939. Eine Archivstudie. – Berichte der Geologischen Bundesanstalt, **109**, 121 S., Wien.
- DANNER, P. (2017): Die Neuordnung der Großdeutschen Höhlenforschung und die Höhlenforschung in Salzburg von 1938 bis 1945. – Berichte der Geologischen Bundesanstalt, **119**, 192 S., Wien.
- DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES (Hrsg.) (1996): Rechtsextreme Funktionäre, Aktivisten und Ideologen. – Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus, 103–253, Wien (Deuticke).
- EBNER, P. (2016): Die Entnazifizierung an der Hochschule. – In: MIKOLETZKY, J. & EBNER, P. (Hrsg.): Geschichte der Technischen Hochschule Wien 1914–1955: Anschluss, Krieg und Rekonstruktion, 161–200, Wien–Köln–Weimar (Böhlau).
- EPPENSTEINER, W. (1978): Alois Kieslinger (Nachruf). – Mitteilungen der Österreichischen Geologischen Gesellschaft, **68**, 189–192, Wien.
- FETTWEIS, G. (1974): Leopold Müller – 65 Jahre. – In: FECKER, E., GÖTZ, H.-P., SAUER, G. & SPAUN, G. (Hrsg.): Festschrift Leopold Müller-Salzburg zum 65. Geburtstag, 11–15, Karlsruhe (Verlag Widmann).
- FLÜGEL, H.W. (1976): Zum Gedenken. Andreas Thurner. – Mitteilungen des Naturwissenschaftlichen Vereins für Steiermark, **106**, 5–7, Graz.
- FOETTERLE, F., HAUER, F., HÖRNES, M. & LIPOLD, M.V. (1856): Die Haidinger-Medaille: Bericht des Subscriptions-Ausschusses. – Jahrbuch der k. k. Geologischen Reichsanstalt, **7**, V–XIX, Wien.
- FRAWIEC, F. (1951): Eduard Sueß. Zur Wiederaufstellung seines Denkmals bei der Geologischen Bundesanstalt im Rahmen deren 100-Jahr-Feier am 12. Juni. – Amtsblatt der Stadt Wien, **56**, 1–2, Wien.
- FREUND, F. & PERZ, B. (2006): Mauthausen Stammlager. – In: BENZ, W. & DISTEL, B. (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der Nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band **4**: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück, 293–346, München (Beck).
- FRIEDRICH, O.M. (1949): Friedrich an Sander, 16.01.1949. – [https://www.uibk.ac.at/universitaetsarchiv/universitaetsgeschichte-nach-1950/bruno-sander-ii/019\\_montan-hochschule-leoben-1947-1949.pdf](https://www.uibk.ac.at/universitaetsarchiv/universitaetsgeschichte-nach-1950/bruno-sander-ii/019_montan-hochschule-leoben-1947-1949.pdf) (abgerufen am 15.12.2020).
- FRIEDRICH, O.M. (1964a): Die Lagerstätten der Kreuzeckgruppe: Monographien kärntner Lagerstätten, 3. Teil. – Archiv für Lagerstättenforschung in den Ostalpen, **1**, 220 S., Leoben.
- FRIEDRICH, O.M. (1964b): Radnig, eine sedimentäre Blei-Zinklagerstätte in den südlichen Kalkalpen. – Archiv für Lagerstättenforschung in den Ostalpen, **2**, 159–160, Leoben.
- FRIEDRICH, O.M. (1972): Boden, Bodenschätze und Völker. – Archiv für Lagerstättenforschung in den Ostalpen, Sonderband **1**, 106 S., Leoben.
- FRÖHLICH, R. (2012): Außenlager des KZ Mauthausen in Wien an den Standorten der Ernst Heinkel Aktiengesellschaft. Eine Bestandsaufnahme. – In: BUNDESMINISTERIUM FÜR INNERES (Hrsg.): KZ-Gedenkstätte Mauthausen Memorial 2012, 31–42, Bundesministerium für Inneres, Wien.
- GASCHE, W.R. (2014): Eduard Suess und seine Familie. – In: ANGETTER, D., GASCHKE, W.R. & SEIDL, J. (Hrsg.): Eduard Suess (1831–1914): Wiener Großbürger – Wissenschaftler – Politiker. Zum 100. Todestag, 13–20, Geologische Bundesanstalt, Wien.
- GEHLER, M. (1988): Die Studenten der Universität Innsbruck und die Anschlussbewegung 1918–1938. – In: ALBRICH, T., EISTERER, K. & STEININGER, R. (Hrsg.): Tirol und der Anschluss. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen, 1918–1938, 75–112, Innsbruck (Haymon).
- GEOLOGISCHE BUNDESANSTALT (Hrsg.) (1952): Wiederaufbau- und Hundertjahrfeier der Geologischen Bundesanstalt 12. Juni 1951. – Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt, Sonderheft **C**, 132 S., Wien.

- GEOLOGISCHE BUNDESANSTALT (Hrsg.) (1989): Festband: em. Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. O.M. Friedrich zum 85. Geburtstag gewidmet. – Archiv für Lagerstättenforschung der Geologischen Bundesanstalt, **10**, 225 S., Wien.
- GEOLOGISCHE BUNDESANSTALT (2020): Träger der Haidinger-Medaille. – <https://www.geologie.ac.at/ueber-uns/unser-haus/haidinger-medaille/traeger-der-haidinger-medaille/> (abgerufen am 15.12.2020).
- GEOLOGISCHE GESELLSCHAFT IN WIEN (1937): Franz Eduard Sueß-Festschrift der Geologischen Gesellschaft in Wien. – Mitteilungen der Geologischen Gesellschaft in Wien, **29**, 573 S., Wien.
- GOEBBELS, J. (1998): Eintrag vom 9. Juli 1940. – In: FRÖHLICH, E. (Hrsg.): Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941, Band 8: April–November 1940, 212–214, München (K.G. Saur).
- GOGL, S. (2020): Laying the Foundations of Occupation. Organisation Todt and the German Construction Industry in Occupied Norway. – Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Beihefte, **27**, 372 S., Berlin–Boston (De Gruyter Oldenbourg).
- GOLLER, P. (2017): Die politische Lage an der Universität Innsbruck 1933/34–1938–1945/1950. – In: KOLL, J. (Hrsg.): „Säuberungen“ an Österreichischen Hochschulen 1934–1945, 365–404, Wien–Köln–Weimar (Böhlau).
- GÖTZINGER, G. (1946): Bericht über die Geologische Staatsanstalt (Mai bis Oktober 1945). – Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt, **1946**, 5–7, Wien.
- GUNTAU, M. (2002): Zu einigen Aspekten der Geologie in der Zeit des Nationalsozialismus in Deutschland (1933–1945). – Geohistorische Blätter, **5**, 125–150, Berlin.
- HADITSCH, J.G. (1992): Othmar Michael Friedrich. – Mitteilungen der Österreichischen Geologischen Gesellschaft, **84**, 373–376, Wien.
- HADINGER, W. (1858): Drei Briefe von der Expedition der k. k. Fregatte Novara, von Singapore erhalten und mitgeteilt. – Sitzungsberichte der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Classe der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, **30**, 175–190, Wien.
- HÄUSLER, H. (1981): Militärgeologie – ein Tätigkeitsbereich der Angewandten Geologie. – Mitteilungen der Gesellschaft der Geologie- und Bergbaustudenten in Österreich, **27**, 1–6, Wien.
- HÄUSLER, H. (1995): Die Wehrgeologie im Rahmen der Deutschen Wehrmacht und Kriegswirtschaft, Teil 2: Verzeichnis der Wehrgeologen. – Informationen des Militärischen Geo-Dienstes (MILGEO-INFO), **48**, 119 S., Wien.
- HÄUSLER, H. (2015): Von der Wehrgeologie in Norwegen 1940–45 zum „Salzburger Kreis“ der Geomechanik. – Berichte der Geologischen Bundesanstalt, **113**, 56–84, Wien.
- HAUSWIRTH, C. (1957): Geschichte einer Erdölgesellschaft 1935–1957. – 40 S., Rohöl-Gewinnungs A.G., Wien.
- HOFMANN, T. (1999): Haidinger-Medaille. – In: BACHL-HOFMANN, C. (Red.), CERNAJSEK, T. (Red.), HOFMANN, T. (Red.) & SCHEDL, A. (Red.): Die Geologische Bundesanstalt in Wien: 150 Jahre Geologie im Dienste Österreichs (1849–1999), 394–398, Wien (Böhlau).
- HOLZER, H. (1958): Zur photogeologischen Karte der Kreuzeckgruppe: Geologische Luftbildinterpretation II. – Jahrbuch der Geologischen Bundesanstalt, **101**, 187–190, Wien.
- HOLZER, H. (1967): Wilhelm Petrascheck. – Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt, **1967**, 3–9, Wien.
- HOLZER, W. (1996): Rechtsextremismus. Konturen, Definitionsmerkmale und Erklärungsansätze. – In: DOKUMENTATIONSARCHIV DES ÖSTERREICHISCHEN WIDERSTANDES (Hrsg.): Handbuch des Österreichischen Rechtsextremismus, 12–96, Wien (Deuticke).
- HOPPE, A. & HOPPE, D. (2018): Geowissenschaftler und ihr Judentum im deutschen Sprachraum des 19. und 20. Jahrhunderts. – Zeitschrift der Deutschen Gesellschaft für Geowissenschaften, **169**, 73–95, Stuttgart. <https://doi.org/10.1127/zdgg/2018/0154>
- HUBER, A. (2009): Studenten im Schatten der NS-Zeit. Entnazifizierung und politische Unruhen an der Universität Wien 1945–1950. – Diplomarbeit, Universität Wien, 256 S., Wien.
- HUBMANN, B., ANGETTER, D. & SEIDL, J. (2017): Grazer Erdwissenschaftler/innen (1812–2016). Ein bio-bibliographisches Handbuch. – Scripta geo-historica, **6**, X + 174 S., Graz (Leykam).
- IBER, W.M. (2009): Erdöl statt Reparationen. Die Sowjetische Mineralölverwaltung (SMV) in Österreich 1945–1955. – Vierteljahresschritte für Zeitgeschichte, **57**, 571–605, München. <https://doi.org/10.1524/vfzg.2009.0055>
- IBER, W.M. (2011): Die sowjetische Mineralölverwaltung in Österreich: Zur Vorgeschichte der OMV 1945–1955. – Veröffentlichungen des Ludwig-Boltzmann-Instituts für Kriegsfolgen-Forschung, Graz – Wien – Klagenfurt, **15**, 309 S., Innsbruck–Wien–Bozen (StudienVerlag).
- JANJETOVIĆ, Z. (2017): Regimenting Unfree Labor in Serbia 1941–1944 (Unabhängige Historikerkommission zur Aufarbeitung der Geschichte des Reichsarbeitsministeriums 1933–1945, Working Paper Serie A, No. 3), Berlin.
- JANOSCHEK, W. & SCHARBERT, S. (1976): Bericht über die 125-Jahr Feier der Geologischen Bundesanstalt. – Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt, **1976**, A23–A52, Wien.
- JASINSKI, M.E. (2013): Reinforced Concrete, Steel and Slaves: Archaeological Studies of Prisoners of World War II in Norway – The Case of Romsdal Peninsula. – In: MYTUM, H. & CARR, G. (Hrsg.): Prisoners of War. Archaeology, Memory and Heritage of 19<sup>th</sup>- and 20<sup>th</sup>-Century Mass Internment, 145–156, New York (Springer).
- JOHANNY, C. & REDELBERGER, O. (1941): Volk, Partei, Reich. – 288 S., Berlin–Leipzig–Wien (Deutscher Rechtsverlag).
- JONTES, L. (2012): Das Jahr 1938 an der Montanistischen Hochschule in Leoben anhand der Geschäfts-Protokolle. – Res montanarum, **50**, 271–282, Leoben.
- JÜDISCHE MATRIKEN (1885): Matriken der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, 1784–1911. – Zitiert nach: <https://www.genteam.at> (abgerufen am 15.12.2020).
- JUDSON, P.M. (2014): Reisebeschreibungen in der „Südmark“ und die Idee der deutschen Diaspora nach 1918. – In: STACHEL, P. & THOMSEN, M. (Hrsg.): Zwischen Exotik und Vertrautem. Zum Tourismus in der Habsburgermonarchie und Ihren Nachfolgestaaten, 59–76, Bielefeld (Transcript-Verlag).
- KADLETZ, K. & HEINDL, G. (2000): Wilhelm Haidinger (1795–1871). – Wissenschaft und Forschung in Österreich: Exemplarische Leistungen Österreichischer Naturforscher, Techniker und Mediziner, 9–30, Frankfurt am Main (Lang).
- KAHLER, F. (1971): Ein Denkmal für Professor Dr. Josef Stiny. – Carinthia II, **81**, 140, Klagenfurt.
- KIERSCH, G.A. & UNDERWOOD, J.R. (1998): Geology and military operations, 1800–1960: An overview. – In: UNDERWOOD, J.R. & GUTH, P.L. (Hrsg.): Military Geology in War and Peace. – Reviews in Engineering Geology, **13**, 5–27, Geological Society of America, Boulder.
- KIESLINGER, A. (1958): Josef Stiny: Zur Geschichte der technischen Geologie. – Mitteilungen der Geologischen Gesellschaft in Wien, **50**, 389–430, Wien.
- KIRCHNER, E. (1996): Nachruf Eberhard Clar 1904–1995. – Mitteilungen der Österreichischen Mineralogischen Gesellschaft, **141**, 371–376, Wien.

- KLEBELSBERG, R. (1953): Innsbrucker Erinnerungen 1902–1952. – Schlern-Schriften, **100**, 442 S., Innsbruck (Wagner).
- KOHL, H. (1978): Professor Dr. Josef Schadler. – Jahrbuch des Oberösterreichischen Musealvereines Gesellschaft für Landeskunde, **123**, 17–22, Linz.
- KÖLBL-EBERT, M. (2017): Geology in Germany 1933–1945: People, politics and organization. – *Earth Sciences History*, **36**, 63–100, Washington, D.C. <https://doi.org/10.17704/1944-6178-36.1.63>
- KOROTIN, I. (2016): biografiA: Lexikon österreichischer Frauen, Band 1. – 1422 S., Wien-Köln-Weimar (Böhlau).
- KRIECHBAUMER, R. (Hrsg.) (2016): Neues aus dem Westen. Aus den streng vertraulichen Berichten der Sicherheitsdirektion und der Bundespolizeidirektion Salzburg an das Innenministerium 1945 bis 1955. – Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, **56**, 481 S., Wien-Köln-Weimar (Böhlau).
- KÜHN, O. (1968): Wilhelm Petrascheck. – Almanach der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, **117**, 269–277, Wien.
- KÜPPER, H. (1951): Jahresbericht der Geologischen Bundesanstalt über das Jahr 1950: Erster Teil: Bericht über die Tätigkeit der Anstalt. – Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt, **1950/1951**, 1–17, Wien.
- LEHMBRUCH, G. (2003): Proporzdemokratie: Politisches System und politische Kultur in der Schweiz und in Österreich (1967). – In: LEHMBRUCH, G. (Hrsg.): Verhandlungsdemokratie. Beiträge zur vergleichenden Regierungslehre, 16–58, Wiesbaden (Westdeutscher Verlag). <https://doi.org/10.1007/978-3-322-80515-7>
- LEIN, R. (2020): Erinnerungen und Reflexionen: das Geologische Institut der Universität Wien im Herbst 1968. – In: ANGETTER-PFEIFFER, D. & HUBMANN, B. (Hrsg.): Quadrifolium, 163–184, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht).
- LEUTNER, M. (1999): Wissenschaftstheoretische Fallstudien zur Entwicklung der erdwissenschaftlichen Forschung in Österreich: Wilhelm Haidinger – Franz von Hauer – Otto Ampferer. – Abhandlungen der Geologischen Bundesanstalt, **55**, 85–92, Wien.
- LINGG, A. (1939): Die Verwaltung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei. – 327 S., München (Eher).
- MAIER, H. (2017): Kurzgutachten zum Forschungsstand der Aufarbeitung der NS-Vergangenheit des dem BMWi nachgeordneten Bereichs (insb. BAM, BGR, PTB). II: Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe. – 115 S., Berlin.
- MARTIN, C. (Hrsg.) (2000): Lexikon der Geowissenschaften, Band 1: A bis Edi. – 528 S., Heidelberg (Spektrum Akademischer Verlag).
- MARTINI, M. (2007): Un adolescente in lager. Ciò che gli occhi tuoi hanno visto. – 109 S., Firenze (Giuntina).
- MATTES, J. (2019): Wissenskulturen des Subterranean. Vermittler im Spannungsfeld zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Ein biografisches Lexikon. – 572 S., Wien-Köln-Weimar (Vandenhoeck & Ruprecht).
- MAUTHAUSEN MEMORIAL (2018): Sie mussten in schwerer Arbeit ihr eigenes Lager bauen – Zur Ankunft der ersten Gefangenen in Mauthausen am 8. August 1938. – <https://www.mauthausen-memorial.org/de/Aktuell/Sie-mussten-in-schwerer-Arbeit-ihr-eigenes-Lager-bauen-Zur-Ankunft-der-ersten-Gefangenen-in-Mauthausen-am-8-August-1938> (abgerufen am 15.12.2020).
- MEIXNER, W. (2000): Ing. Friedrich Reitlinger – Bruchstücke einer verdrängten Biographie. – In: ALBRICH, T. (Hrsg.): „Wir lebten wie sie...“. Jüdische Lebensgeschichten aus Tirol und Vorarlberg, 85–110, Innsbruck (Haymon).
- MEIXNER, W. (2001): „Arisierung“ der Tiroler Industrie am Beispiel der Jenbacher Berg- und Hüttenwerke sowie des Metallwerkes Plansee. – Österreich in Geschichte und Literatur (mit Geographie), **45**, 313–329, Wien.
- MEMORY GAPS (2016): „ Fassaden“. – <https://www.memorygaps.eu/gap-mai-2016/> (abgerufen am 15.12.2020).
- MEMORY GAPS (2019): „Statt der Frauen“ Teil III: Erinnerungslücken. – <https://www.memorygaps.eu/gap-märz-2019/> (abgerufen am 15.12.2020).
- MERTZ, G. (2021): Die Praxis der Entnazifizierung staatlich-wissenschaftlicher Forschungsanstalten in Österreich: Die Geologische Bundesanstalt und die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik im Vergleich (1945–1947). – In: HALBRÄINER, H., KORBEL, S. & LAMPRECHT, G. (Hrsg.): Der „schwierige“ Umgang mit dem Nationalsozialismus an Österreichischen Universitäten. Die Karl-Franzens-Universität Graz im Vergleich. – Graz (CLIO) (im Erscheinen).
- MIKOLETZKY, J. (2016): Die „Säuberung“ des Lehrkörpers/“Cleansing” the Teaching Staff. – In: EBNER, P. & MIKOLETZKY, J. (Hrsg.): Geschichte der Technischen Hochschule Wien 1914–1955: Abschluss, Krieg und Rekonstruktion, 23–48, Wien-Köln-Weimar (Böhlau).
- MITTER, H. (2020): Lisa und Languste. Die „Geheimsache Hinterbrühl“. – 2. Auflage, 152 S., Baden bei Wien (increase-Verlag).
- MITTERHÖFER, J.P. (2020): Mit 14 Jahren im KZ. Das Leben des Marcello Martini: Vom Todesmarsch zur Versöhnung. Aus den Erinnerungen des letzten Überlebenden im Konzentrationslager Hinterbrühl. – 96 S., Hinterbrühl.
- MONDL, W. (1942): Die Werksteinindustrie in Niederdonau. – Dissertation, Hochschule für Welthandel, 161 S. (Exemplar der Geologischen Bundesanstalt), 214 S. (Exemplar der Wirtschaftsuniversität Wien), Wien.
- MÜLLER, L. (1965): Geomechanik – Wege und Entwicklungen einer jungen Wissenschaft. – Berg- und Hüttenmännische Monatshefte, **110**, 148–156, Wien.
- MÜLLER, L. (1971): Die mechanischen Eigenschaften der geologischen Körper. – Carinthia II, Sonderheft **28**, 177–191, Klagenfurt.
- MÜLLER, L. (1982): Geomechanik – Felsbaumechanik – Felsbau. – In: MÜLLER, L. (Hrsg.): Ingenieurgeologie und Geomechanik als Grundlagen des Felsbaues: Vorträge des 30. Geomechanik-Kolloquiums der Österreichischen Gesellschaft für Geomechanik Salzburg. – Felsmechanik, Supplement **12**, 1–18, Wien (Springer).
- NEMEC, B. (2013a): 13., Clarplatz. – In: RATHKOLB, O., AUTENGRUBER, P., NEMEC, B. & WENNINGER, F. (Hrsg.): Forschungsprojektendbericht: Straßennamen Wiens seit 1860 als „Politische Erinnerungsorte“, 281–282, Wien.
- NEMEC, B. (2013b): 10., Stinygasse. – In: RATHKOLB, O., AUTENGRUBER, P., NEMEC, B. & WENNINGER, F. (Hrsg.): Forschungsprojektendbericht: Straßennamen Wiens seit 1860 als „Politische Erinnerungsorte“, 292–293, Wien.
- NIEDERACHER, S. (2005): Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung. – In: MESNER, M. (Hrsg.): Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ, 13–36, Wien-München (Oldenbourg Wissenschaftsverlag).
- OBERÖSTERREICHISCHER MUSEALVEREIN (Hrsg.) (1969): Die neuen Ehrenmitglieder des Oberösterreichischen Musealvereines: Dr. Josef Schadler. – Jahrbuch des Oberösterreichischen Musealvereines, **114**, 29–30, Linz.
- OBRADOVIĆ, M. & NOVAKOVIĆ, N. (2019): Milan Nedic's Quisling Regime and Forced Labor in Serbia from 1941 to 1944. – *E-Journal of International and Comparative Labour Studies*, **8**, 85–113.

- OPFER, B. (2005): Im Schatten des Krieges. Besatzung oder Anschluss – Befreiung oder Unterdrückung? Eine comparative Untersuchung über die bulgarische Herrschaft in Vardar-Makedonien 1915–1918 und 1941–1944. – 376 S., Münster (LIT Verlag).
- OTTOSEN, K. (1991): Arbeits- und Konzentrationslager in Norwegen. – In: BOHN, R., ELVERT, J., REBAS, H. & SALEWSKI, M. (Hrsg.): Neutralität und totalitäre Aggression: Nordeuropa und die Grossmächte im Zweiten Weltkrieg, 355–368, Stuttgart (Steiner).
- PERZ, B. (2006a): Leibnitz. – In: BENZ, W. & DISTEL, B. (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der Nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück, 396–389, München (Beck).
- PERZ, B. (2006b): Wien-Floridsdorf. – In: BENZ, W. & DISTEL, B. (Hrsg.): Der Ort des Terrors. Geschichte der Nationalsozialistischen Konzentrationslager, Band 4: Flossenbürg, Mauthausen, Ravensbrück, 448–453, München (Beck).
- PERZ, B. (2012): Zwangsarbeit von KZ-Häftlingen für die Flugzeugindustrie in Schwechater Kellereien. – In: BUNDESMINISTER FÜR INNERES (Hrsg.): Bundesministerium für Inneres, 19–30, Wien (Bundesministerium für Inneres).
- PERZ, B. (2014): Das Projekt „Quarz“. Der Bau einer unterirdischen Fabrik durch Häftlinge des KZ Melk für die Steyr-Daimler-Puch AG 1944–1945. – Überarbeitete Ausgabe, 583 S., Innsbruck–Wien–Bozen (StudienVerlag).
- PERZ, B. (2017): Die „Neue Österreichische Tunnelbaumethode“ und ihre weniger bekannten Bezüge zum Nationalsozialismus. – In: REITER, W.L., MIKOLETZKY, J., MATIS, H. & ASH, M.G. (Hrsg.): Wissenschaft, Technologie und industrielle Entwicklung in Zentraleuropa im Kalten Krieg, 243–262, Wien (LIT Verlag).
- PETRASCHECK, W.E. (1988): Als Geologe neben Krieg und Politik: Lebenserinnerungen. – Leobener grüne Hefte, Neue Folge 8, 142 S., Wien (Verlag des Verbandes der Wissenschaftlichen Gesellschaften Österreichs).
- PETRASCHECK, W. & PETRASCHECK, W.E. (1950): Lagerstättenlehre. Ein kurzes Lehrbuch von den Bodenschätzen in der Erde. – VIII + 410 S., Wien.
- PINWINKLER, A. (2019): Die „Tabula honorum“ der Paris-Lo-dron-Universität Salzburg: Akademische Ehrungen im Schatten der NS-Vergangenheit. – In: KOLL, J. & PINWINKLER, A. (Hrsg.): Zuviel der Ehre?, 383–488, Wien (Böhlau).
- PINWINKLER, A. & KOLL, J. (Hrsg.) (2019): Zuviel der Ehre? Interdisziplinäre Perspektiven auf akademische Ehrungen in Deutschland und Österreich. – 510 S., Wien–Köln–Weimar.
- PIRKL, H.R. (1986a): Laudatio für Herrn O. Univ.-Prof. Dr. Georg Horninger. – Jahresbericht der Geologischen Bundesanstalt, 1985, 34, Wien.
- PIRKL, H.R. (1986b): Laudatio für Herrn Baurat h.c. Hon.-Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. techn. Dr. mont. h.c. Leopold Müller. – Jahresbericht der Geologischen Bundesanstalt, 1985, 33, Wien.
- PRESSEREFERAT DER ÖSTERREICHISCHEN HOCHSCHULEN (Hrsg.) (1947): Jahrbuch der Hochschülerschaft Österreichs 1947. Montanistische Hochschule Leoben. – 104 S., Wien.
- PREY, S. (1980): Professor Dr. Josef Schadler. – Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt, 1979, 279–284, Wien.
- QUATEMBER, W. (2010): Die Stollen von Ebensee. Das Gutachten Projekt „Kalk“ von Prof. L. Rabcewicz. – betrifft Widerstand, 99, 4–8, Ebensee.
- RABCEWICZ, L. (1965): Bemessung von Hohlraumbauten. – In: MÜLLER, L. & FAIRHURST, C. (Hrsg.): Die Sicherheit im Felsbau. XV. Kolloquium der Österreichischen Regionalgruppe (i. Gr.) der Internationalen Gesellschaft für Felsmechanik, Salzburg, 24. und 25. September 1964. – Felsmechanik und Ingenieurgeologie, Supplementum II, 120–135, Wien–New York (Springer).
- RABL, C. (2008): Das KZ-Außenlager St. Aegydt am Neuwalde. – Mauthausen Studien, 164 S., Wien (Bundesministerium für Inneres).
- RATHKOLB, O. (2017): Fiktion „Opfer“ Österreich und die langen Schatten des Nationalsozialismus und der Dollfuß-Diktatur. – 118 S., Innsbruck–Wien–Bozen (StudienVerlag).
- RATHKOLB, O., AUTENGRUBER, P., NEMEC, B. & WENNINGER, F. (2013): Straßennamen Wiens seit 1860 als „Politische Erinnerungsorte“. Forschungsprojektendbericht, erstellt im Auftrag der Kulturabteilung der Stadt Wien (MA 7), 350 S., Wien.
- REITER, M. (2014): Das Tauernkraftwerk Kaprun. – In: RATHKOLB, O. & FREUND, F. (Hrsg.): NS-Zwangsarbeit in der Elektrizitätswirtschaft der „Ostmark“, 1938–1945. Ennstalwerke – Kaprun – Draukraftwerke – Ybbs-Persenbeug – Ernsthofen, 127–198, Wien–Köln–Weimar (Böhlau).
- ROHÖL-GEWINNUNGS-AG (2010): 75 Jahre Energie aus der Tiefe: 1935–2010. – 39 S., Wien.
- RUTAR, S. (2005): Arbeit und Überleben in Serbien. Das Kupfererzbergwerk Bor im Zweiten Weltkrieg. – Geschichte und Gesellschaft, 31, 101–134, Stuttgart.
- RUTTNER, A.W. (1974): Jahresbericht der Geologischen Bundesanstalt über das Jahr 1973. – Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt, 1974, A2–A25, Wien.
- SCHADLER, J. (1947): Das Phosphoritvorkommen Plesching bei Linz a. d. Donau: Zusammenfassender Bericht. – Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt, 1945, 70–77, Wien.
- SCHADLER, J. (1949): Bericht (1945) des auswärtigen Mitarbeiters Dr. Josef Schadler. – Verhandlungen der Geologischen Bundesanstalt, 1946, 45–46, Wien.
- SCHAUSBERGER, N. (1970): Rüstung in Österreich 1938–1945. Eine Studie über die Wechselwirkung von Wirtschaft, Politik und Kriegsführung. – 228 S., Wien (Hollinek).
- SCHEDL, A. (1999): Der Wiederaufbau nach 1945. – In: BACHL-HOFMANN, C. (Red.), CERNAJSEK, T. (Red.), HOFMANN, T. (Red.) & SCHEDL, A. (Red.): Die Geologische Bundesanstalt in Wien: 150 Jahre Geologie im Dienste Österreichs (1849–1999), 152–161, Wien (Böhlau).
- SCHEDL, A. & PIRKL, H.R. (1999): Vom „Anschluss“ 1938 bis zum Ende des 2. Weltkrieges. – In: BACHL-HOFMANN, C. (Red.), CERNAJSEK, T. (Red.), HOFMANN, T. (Red.) & SCHEDL, A. (Red.): Die Geologische Bundesanstalt in Wien: 150 Jahre Geologie im Dienste Österreichs (1849–1999), 139–151, Wien (Böhlau).
- SCHEDL, A., FRITZ, I. & LIPIARSKI, P. (2006): Schaffung von Grundlagen für einen digitalen Datenverbund, Landesmuseum Joanneum GmbH (LMJ)-Geologische Bundesanstalt (GBA) Umsetzungsbeispiel FRIEDRICH-Archiv: Endbericht. – 19 S., Wien.
- SCHMID, S. & PISARRI, M. (Hrsg.) (2018): Forced Labour in Serbia. Producers, Consumers and Consequences of Forced Labour – Serbia 1941–1944. – 158 S., Belgard.
- SCHÖNFELD, R. (1976): Deutsche Rohstoffsicherungspolitik in Jugoslawien 1934–1944. – Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 24, 215–258, München.
- SCHUSTER, W. & WEBER, W. (2004): Entnazifizierung im regionalen Vergleich. – 726 S., Linz (Archiv der Stadt Linz).
- SEETHALER, J. & MELISCHEK, G. (2006): Befunde und Defizite der kommunikationshistorischen Forschung zur NS-Presse in Österreich. – KMK Forschungsbericht No. 6, 23 S., Wien.
- ŞENGÖR, A.M.C. (2015): The Founder of Modern Geology Died 100 Years ago: The Scientific Work and Legacy of Eduard Suess. – Geoscience Canada, 42, 181–246, Ottawa. <https://doi.org/10.12789/geocanj.2015.42.070>

- STADT WIEN (2020): KZ-Außenlager Hinterbrühl. – Wien Geschichte Wiki [https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/KZ-Außenlager\\_Hinterbrühl](https://www.geschichtewiki.wien.gv.at/KZ-Außenlager_Hinterbrühl) (abgerufen am 15.12.2020).
- STATE DEPARTMENT (Ed.) (1968): The United States Political Adviser for Austrian Affairs (Erhardt) to the Acting Secretary of State, 863.6363/9–1445: Telegram, 13.09.1945, Document 406. – Foreign Relations of the United States: Diplomatic Papers, 1945, European Advisory Commission, Austria, Germany, Volume III, 591–593, Washington, D.C.
- STAUDACHER, A.L. (2009): „...meldet den Austritt aus dem mosaischen Glauben“. 18000 Austritte aus dem Judentum in Wien, 1868–1914 – Namen – Quellen – Daten. – 826 S., Frankfurt am Main (Lang).
- STAUDIGL-CIECHOWICZ, K.M. (2017): Das Dienst-, Habilitations- und Disziplinarrecht der Universität Wien 1848–1938. Eine rechtshistorische Untersuchung zur Stellung des wissenschaftlichen Universitätspersonals. – Schriften des Archivs der Universität Wien, **22**, 863 S., Göttingen (V&R Unipress). <https://doi.org/10.14220/9783737007207.351>
- STEININGER, F.F., ANGETTER, D. & SEIDL, J. (2018): Zur Entwicklung der Paläontologie in Wien bis 1945. – Abhandlungen der Geologischen Bundesanstalt, **72**, 160 S., Wien.
- STIEFEL, D. (1981): Entnazifizierung in Österreich. – 339 S., Wien (Europaverlag).
- STOWASSER, H. (1956): Zur Schichtfolge, Verbreitung und Tektonik des Stangalm-Mesozoikums (Gurktaler Alpen). – Jahrbuch der Geologischen Bundesanstalt, **99**, 75–200, Wien.
- SUPREME HEADQUARTERS ALLIED EXPEDITIONARY FORCE COUNTER INTELLIGENCE SUB-DIVISION (1945): Handbook of the Organisation Todt, MIRS/MR-OT/5/45, London.
- TASCHWER, K. (2015): Othenio Abel. Paläontologe, antisemitischer Fakultäts- und Universitätspolitiker. – In: ASH, M.G. & EHMER, J. (Hrsg.): Universität – Politik – Gesellschaft, 650 Jahre Universität Wien – Aufbruch ins neue Jahrhundert, 287–292, Göttingen–Wien (V&R Unipress).
- TASCHWER, K. (2016): Geheimsache Bärenhöhle. Wie ein antisemitisches Professorenkartell der Universität Wien nach 1918 jüdische und linke Forscherinnen und Forscher vertrieb. – In: FRITZ, R., ROSSOLINSKI-LIEBE, G. & STAREK, J. (Hrsg.): Alma Mater Antisemitica. Akademisches Milieu, Juden und Antisemitismus an den Universitäten Europas zwischen 1918 und 1939, 221–242, Wien (New Academic Press).
- TENTSCHERT, E. (1998): Prof. Dr. Georg Horninger. – Mitteilungen der Österreichischen Geologischen Gesellschaft, **89**, 241–242, Wien.
- THALER, J., MERTZ, G., HAMMERL, C. & RATHKOLB, O. (2018): Berg-Wetter 1938: Diktatur, Behörden, Wissenschaft. GBA und ZAMG im Schatten des Nationalsozialismus. – 58 S., Wien (Verlag der Geologischen Bundesanstalt).
- THURNER, A. (1943): Reliefüberschiebungen in den Ostalpen. – Fortschritte der Geologie und Paläontologie, **48**, 183–345, Berlin.
- TICHY, G. (1990): Leopold Müller. – Mitteilungen der Österreichischen Geologischen Gesellschaft, **82**, 293–306, Wien.
- TIŠLER, J. & TESSIER, C. (2007): Das Loibl-KZ. Die Geschichte des Mauthausen-Außenlagers am Loiblpass/Ljubelj. – Schriftenreihe der KZ-Gedenkstätte Mauthausen, 487 S., Wien (Bundesministerium für Inneres).
- UHL, H. (2001): Das „erste Opfer“. Der österreichische Opfermythos und seine Transformationen in der Zweiten Republik. – Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, **30**, 19–34, Wien.
- US VS. WALDEMAR BARNER et al. (1948): Case No. 000-50-5-17. – <https://www.online.uni-marburg.de/icwc/dachau/000-050-0005-017.pdf> (abgerufen am 15.12.2020).
- UZIEL, D. (2012): Arming the Luftwaffe: The German Aviation Industry in World War II. – 303 S., North Carolina–London (McFarland & Company).
- VAN BEMMELEN, R.W. (1957): Beitrag zur Geologie der westlichen Gailtaler Alpen (Kärnten, Österreich): Erster Teil. – Jahrbuch der Geologischen Bundesanstalt, **100**, 179–212, Wien.
- VAN BEMMELEN, R.W. (1961): Beitrag zur Geologie der Gailtaler Alpen (Kärnten, Österreich), Zweiter Teil: Die zentralen Gailtaler Alpen. – Jahrbuch der Geologischen Bundesanstalt, **104**, 213–237, Wien.
- VERBAND SOZIALISTISCHER STUDENTINNEN ÖSTERREICHS, SEKTION LEOBEN (2017): Die Montanuniversität im Dritten Reich. Eine Spurensuche. – 28 S., Leoben.
- VOLSANSKY, G. (2001): Pakt auf Zeit. Das deutsch-österreichische Juli-Abkommen 1936. – 312 S., Wien–Köln–Weimar (Böhlau).
- VON REEKEN, D. & THIESSEN, M. (2016): Ehrregime. Perspektiven, Potenziale und Befunde eines Forschungskonzepts. – In: VON REEKEN, D. & THIESSEN, M. (Hrsg.): Ehrregime. Akteure, Praktiken und Medien lokaler Ehrungen in der Moderne, 11–29, Göttingen (Vandenhoeck & Ruprecht).
- WEINGAND, H.-P. (1995): Die Technische Hochschule Graz im Dritten Reich. Vorgeschichte, Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus an einer Institution. – 2. Auflage, 172 S., Graz (Hochschülerschaft an der Technischen Universität Graz).
- WESSELY, G. (1994): Hermann Stowasser. – Mitteilungen der Österreichischen Geologischen Gesellschaft, **87**, 159–160, Wien.
- WILLIG, D. (2001): Zur Geschichte der Wehrgeologie in Deutschland. – Nachrichtenblatt zur Geschichte der Geowissenschaften, **11**, 60–84, Krefeld.
- WITTMANN, A.M. (2018): Bor. – In: WHITE, J.R. (Hrsg.): Encyclopedia of Camps and Ghettos, 1933–1945, Vol. 3: Camps and Ghettos under European Regimes aligned with Nazi Germany, 320–322, Bloomington–Indianapolis (Indiana University Press).
- WLADIKA, M. (2018): Zur Repräsentanz von Politikern und Mandatären mit NS-Vergangenheit in der Österreichischen Volkspartei 1945–1980. Eine gruppenbiographische Untersuchung. – 214 S., Wien.
- WODAK, R., NOWAK, P., PELIKAN, J., GRUBER, H., DE CILLIA, R. & MITTEN, R. (1990): „Wir sind alle unschuldige Täter“: Diskurshistorische Studien zum Nachkriegsantisemitismus. – 401 S., Frankfurt am Main (Suhrkamp).
- ZAUSNIG, J. (1995): Der Loibltunnel. Das vergessene KZ an der Südgrenze Österreichs. – 176 S., Klagenfurt (Drava-Verlag).
- ZETINIGG, H. & GRÄF, W. (1976): Verzeichnis der geologischen Publikationen von tit. o. Univ.-Prof. Dr. Andreas Thurner. – Mitteilungen des Naturwissenschaftlichen Vereins für Steiermark, **106**, 8–12, Graz.

Eingelangt: 15. Dezember 2020, angenommen: 23. Dezember 2020

## Anhang

Statut für die Verleihung der W.R.v. Haidinger-Medaille, 12/1977, Archiv der Geologischen Bundesanstalt, A 11944-R.  
Orthografie und Fußnoten wie im Original, enthält handschriftliche Anmerkung mit Hinweis auf die einstimmige Annahme in der Geologensitzung im Dezember 1977:

### STATUT FÜR DIE VERLEIHUNG DER W.R.v.HAIDINGER-MEDAILLE<sup>1 2</sup>

#### I

Die W.R.v.Haidinger-Medaille wird als Zeichen der Anerkennung herausragender Verdienste auf dem Gebiet der Angewandten Geologie von den Geologen<sup>3</sup> der Geologischen Bundesanstalt im Gedenken an W.R.v.Haidinger (1795–1871), den bedeutenden Erdwissenschaftler und Gründungsdirektor der GBA, verliehen.

#### II

Die W.R.v.Haidinger-Medaille, entworfen vom Architekten der Wiener Staatsoper Van der Nüll und erstmals W.R.v.Haidinger am 29. April 1856 von seinen Freunden überreicht, wird seit der Hundertjahrfeier der GBA in der Regel alle fünf Jahre (vom Gründungsdatum an gerechnet) verliehen. Zu besonderen Anlässen kann sie jederzeit verliehen werden.

#### III

Vorschläge und Anträge auf Verleihung der W.R.v.Haidinger-Medaille sind an einen der Proponenten<sup>4</sup> zu richten<sup>5</sup>, als die der Direktor, der Vizedirektor<sup>6</sup> und die Abteilungsleiter der GBA<sup>7</sup> fungieren.

Die Proponenten treten auf Einberufung durch den Direktor der GBA zusammen und beschliessen<sup>8</sup> mit einer Mehrheit von wenigstens vier Fünftel den Vorschlag an die Vollversammlung der Geologen. Wenn wenigstens drei Proponenten dies begehren, ist eine Sitzung innerhalb von 3 Monaten einzuberufen.

Proponenten, die verhindert sind an der Sitzung teilzunehmen, können sich durch einen Geologen des Hauses vertreten lassen.

#### IV

Zur Entscheidung über die Verleihung der W.R.v.Haidinger-Medaille werden alle Geologen der GBA vom Direktor<sup>9</sup> der Anstalt einberufen und beschliessen bei Anwesenheit von drei Viertel mit einer Mehrheit von wenigstens vier Fünftel, wem die W.R.v.Haidinger-Medaille zuerkannt wird.

Wenn dies begehrt wird, ist über die Verleihung in geheimer Abstimmung zu entscheiden.<sup>10 11</sup>

Die ausführliche Begründung der Verleihung ist in den jeweils folgenden Verhandlungen (Jahresbericht der Direktion) zu veröffentlichen.

Die Verleihung der W.R.v.Haidinger-Medaille an Geologen der GBA im Dienst- oder Ruhestand ist nicht vorgesehen [Wort „zulässig“ handschriftlich durch „vorgesehen“ ersetzt].

1 Vgl. „Verhandlungen der GBA“, Sonderheft C aus 1952, S. 9 und 10.

2 Die Vorlage für dieses Statut wurde in der [handschriftliche Ergänzung um die Worte „um den Dienststellenausschuss erweiterten“] Abteilungsleitersitzung vom 4. März 1977 einstimmig beschlossen.

3 Erläuternd wurde in der Sitzung gem. Anm 2 festgestellt, dass darunter auch jene wissenschaftlich ausgebildeten und graduierten Geologen zu verstehen sind, die nicht in den Dienstzweig 46 der Dienstzweigeordnung (vgl. Jahrbuch 1975 der Gewerkschaft öffentlich Bediensteter, S. 188) eingereicht sind, sondern z.B. in den Höheren Bibliotheksdienst

4 Vorschläge und Anträge kann jedermann einbringen.

5 Ein und derselbe Vorschlag kann auch allen Proponenten zugeleitet werden

6 Direktor und Vizedirektor fungieren auch dann als Proponenten, wenn sie nicht Geologen sind. Die Formulierung meint „das Direktorium“ der GBA, sollte also einmal die Funktion eines oder mehrerer weiterer Vizedirektoren geschaffen werden, wären auch sie als Proponenten anzusehen.

7 Es wurde bewusst davon abgegangen, auch die Chefgeologen in das Proponentenkomitee einzubeziehen, da – anders als zur Zeit der Schaffung der Medaille – heute mit diesem Amtstitel nicht notwendig die Abteilungsleiterfunktion verbunden ist.

8 Der Inhalt des Vorschlages ist bewusst nicht festgelegt. Dadurch ist jede Beschränkung in Bezug auf Anzahl und Verleihungszeitpunkt vermieden.

9 Da es bei der Verleihung der Haidinger-Medaille nicht um eine Angelegenheit im Rahmen des Dienstbetriebes der GBA geht, hat hier der Direktor die Stellung eines Vorsitzenden, der an die Beschlüsse des Proponentenkomitees gebunden ist.

10 Sollte die Geologensammlung zum festgesetzten Zeitpunkt nicht beschlussfähig sein, dann wäre eine neuerliche Sitzung für den nächsten Termin einzuberufen, zu dem die Anwesenheit von wenigstens drei Viertel der Geologen gesichert erscheint.

11 Bei Ablehnung eines Vorschlages kann beschlossen werden, ob und wann ein neuerlicher Antrag eingebracht werden kann. Das Statut für die Verleihung der W.R.v.Haidinger-Medaille ist in einer Geologensammlung mit einfacher Mehrheit zu beschließen.